BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 20. Februar 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz – Franz Rauhut
Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen

und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Amerikas neue Außenpolitik“* S. 37
- *Johannes Weidenheim, „Kick and rush“* S. 38
- *Dr. Georg Groeninger, „Welt-Wende oder Welt-Ende?“* S. 43
- *Katharina Seibert, „Gespräche mit Nehru“* S. 44
- *Prof. Dr. Hans Rheinfelder, „Aufgaben des Christentums in heutiger Zeit“* S. 50
- *„Die polnischen Katholiken angesichts der neuen Lage“* S. 56
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Zweiter Brief an einen Bundestagsabgeordneten“* S. 58
- *Dr. Franz Beyer, „Militärische Brennpunkte im Mittelmeer“ (I)* S. 60
- *Wirtschaft („Kolonialismus über die Hintertreppe“)* S. 64
- *Auslandsberichte („Ein britischer Vorschlag zur kolonialen Selbstverwaltung“)* S. 67
- *Zeitdokumente (Die Eisenhower-Doktrin und Stellungnahmen dazu)* S. 69

Dr. Hermann Rauschning

Amerikas neue Außenpolitik

Mit Sorge wird man die jüngste Wendung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zur Kenntnis nehmen. Legte schon die Forderung des Präsidenten nach besonderen Vollmachten für den Nahen Osten die Vermutung nahe, daß sich in den letzten Wochen des vergangenen Jahres in der amerikanischen Politik eine Änderung vollzogen habe, so läßt die Inaugural-Adresse des Präsidenten zu seiner zweiten Amtsperiode keinen Zweifel mehr übrig, daß der Versuch einer Verständigung zwischen Westen und Osten mindestens vorläufig aufgegeben ist und daß statt dessen das, was man als kalten Krieg bezeichnet, wieder aufgenommen wird. Es handelt sich dabei nicht um ein bloßes Aufflackern des Brandes kurz vor seinem Erlöschen, sondern in vergrößertem Rahmen und mit neuer Intensität und

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 20. Februar 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Amerikas neue Außenpolitik"* S. 37
- *Johannes Weidenheim, „Kick and rush"* S. 38
- *Dr. Georg Groeninger, „Welt-Wende oder Welt-Ende?"* S. 43
- *Katharina Seibert, „Gespräche mit Nehru"* S. 44
- *Prof. Dr. Hans Rheinfelder, „Aufgaben des Christentums in heutiger Zeit"* S. 50
- *„Die polnischen Katholiken angesichts der neuen Lage"* S. 56
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Zweiter Brief an einen Bundestagsabgeordneten"* S. 58
- *Dr. Franz Beyer, „Militärische Brennpunkte im Mittelmeer" (I)* S. 60
- *Wirtschaft („Kolonialismus über die Hintertreppe")* S. 64
- *Auslandsberichte („Ein britischer Vorschlag zur kolonialen Selbstverwaltung")* S. 67
- *Zeitdokumente (Die Eisenhower-Doktrin und Stellungnahmen dazu)* S. 69

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz – Franz Rauhut
Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Dr. Hermann Rauschning

Amerikas neue Außenpolitik

Mit Sorge wird man die jüngste Wendung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zur Kenntnis nehmen. Legte schon die Forderung des Präsidenten nach besonderen Vollmachten für den Nahen Osten die Vermutung nahe, daß sich in den letzten Wochen des vergangenen Jahres in der amerikanischen Politik eine Änderung vollzogen habe, so läßt die Inaugural-Adresse des Präsidenten zu seiner zweiten Amtsperiode keinen Zweifel mehr übrig, daß der Versuch einer Verständigung zwischen Westen und Osten mindestens vorläufig aufgegeben ist und daß statt dessen das, was man als kalten Krieg bezeichnet, wieder aufgenommen wird. Es handelt sich dabei nicht um ein bloßes Aufflackern des Brandes kurz vor seinem Erlöschen, sondern in vergrößertem Rahmen und mit neuer Intensität und

Entschlossenheit wird nach kurzer Atempause der Kampf wieder aufgenommen. Die Welt geht neuen kritischen Spannungen entgegen, deren Folgen unabsehbares Unheil über die Völker bringen können. Wir nähern uns dem Atomkriege mehr als je in den vergangenen Jahren.

Zu dieser Schlußfolgerung wird man durch die Forderung des Präsidenten nach besonderen Vollmachten für die Stabilisierung der Lage im Nahen Osten — in Amerika als Mittlerer Osten bezeichnet und die Gebiete von Libyen bis Pakistan, von der Türkei bis Äthiopien umfassend — gezwungen, womit Amerika den Anspruch auf dieses Gebiet als ausschließliche Interessen- und Sicherheitssphäre des Westens erhebt. Daß es sich dabei nicht um die Stellungnahme zu einem politischen Einzelproblem handelt, erweist die Rede Eisenhowers, in der der internationale Kommunismus als die spaltende Macht in der Welt bezeichnet wird, mit welchem es — so muß der Hörer oder Leser schließen — keine Verständigung geben könne. Die Nationen und Völker, die unter seiner Herrschaft leben, werden freundlich begrüßt, aber hinter dem Wunsch nach einer Besserung ihres Schicksals kann man unmöglich die Aufforderung verkennen, zu ihrem Teile zur Beseitigung der spaltenden Macht beizutragen. Während das erstere als „Eisenhower-Doktrin*)" die verschärfte Wiederaufnahme der Trumanschen „Rückdrängungs"-Politik ist, muß man hinter dem höchst ungewöhnlichen unmittelbaren Appell an fremde Nationen über den Kopf ihrer Regierungen hinweg die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten sehen, in naher Zukunft eine endgültige Entscheidung im Konflikt zwischen Westen und Osten herbeizuführen, das, was man in den USA einen „showdown" nennt.

Welches sind die Motive dieser epochalen Wendung in der amerikanischen Außenpolitik, die genau die entgegengesetzte Linie eingeschlagen hat, welche man nach den Äußerungen des Präsidenten während der Wahl und aus der Willenskundgebung des amerikanischen Volkes durch die Wahl erwarten durfte? Welches sind die Absichten und Ziele? Was werden die voraussichtlichen Folgen sein?

In einer — die Bedeutung seines Anliegens besonders hervorhebenden außerordentlichen Sitzung des Kongresses — ersuchte der persönlich erscheinende Präsident um eine Resolution, die ihn ermächtigt, jederzeit ohne vorherige Befragung des Kongresses militärische Machtmittel einzusetzen, um die politische Unabhängigkeit jeder nahöstlichen Nation gegen Angriffe durch kommunistische Mächte zu sichern. Er forderte zu dem bisherigen wirtschaftlichen Hilfsprogramm 200 Millionen Dollars für dieses Gebiet als einen

*) Wir verweisen unsere Leser auf den abschließenden Teil dieses Heftes, wo wir die wichtigsten Abschnitte aus der Eisenhower-Doktrin ebenso abgedruckt haben wie wichtige Auslandsstimmen zu dieser Botschaft des amerikanischen Präsidenten. Die Redaktion

„Kick and rush"

In den Schnellzügen der Bundesbahn liegt neuerdings eine von der Bonner „Bundeszentrale für Heimatdienst" subventionierte Zeitschrift auf („Wir" — Unterhaltung und Wissen für jedermann), die einer Erwähnung nicht sonderlich wert wäre, wenn sie nicht auch einen Sportteil enthielte.

In diesem wird — auf Seite 8 — für ein neuartiges Fußballspiel geworben, das man am besten mit „Europa-Kick" bezeichnen könnte. Das Spielfeld ist, laut Abbildung, Europa und wird von jener Linie geteilt, die man gemeinhin immer noch den Eisernen Vorhang nennt. In der linken Hälfte haben 5 Spieler in schmucken Jerseys Aufstellung genommen — der eine auf den Britischen Inseln, drei im Raum West- bis Südeuropa und einer etwa in Holland. Aber sie können nicht anfangen, denn der sechste Mann fehlt noch (daß es bei „Europa-Kick" nicht 11, sondern nur 6 Mann zu sein brauchen, geht vielleicht darauf zurück, daß der Erfinder des Spiels überzeugt ist, 11 werde man sowieso nie zusammenbekommen). Aber 6 müssen es laut Spielregel sein; der sechste ist zwar schon sichtbar, aber erst halb: als Schattenriß. Er steht da, hat die Hände in die Hüften gestemmt und blickt ziemlich gedankenvoll in das andere Spielfeld ostwärts — wo laut Abbildung keine Gegenspieler zu sehen sind — und er scheint tatsächlich zu überlegen: soll ich oder soll ich nicht? Das versteht man besser, wenn man anhand der Abbildung beachtet, daß sein Platz die Bundesrepublik ist und daß er laut Aufstellung die Rolle des Stoppers einzunehmen hat — und jeder Fußballkenner weiß, daß ein Stopper immer die Hauptlast des Kampfes zu tragen hat.

Warum aber zögert der (deutsche) Stop-

besonderen Dispositionsfond. Eine Entschließung, die die Maßnahme des Präsidenten im voraus billigt, sollte ihr moralisches Gewicht stärken.

Auf den ersten Blick hin scheinen sich diese Maßnahmen im Rahmen der bisherigen Sicherung vor krisenhaften Entwicklungen in einem besonders kritischen Gebiete zu halten. Bei näherer Betrachtung jedoch zeigt sich dahinter eine Konzeption.

Der wesentliche Punkt bei dieser Schutzgarantie ist ihre einseitige und nicht allgemein gültige Fassung. Die Erklärung wendet sich ausdrücklich gegen Angriffe durch kommunistische Mächte, obzwar kürzlich erst eine der nahöstlichen Nationen von nichtkommunistischen Staaten angegriffen wurde. Es handelt sich um eine Warnung ausschließlich an die Adresse des Kommunismus, wobei man sich zu fragen haben wird, welche Anzeichen vorhanden waren, um Angriffe durch kommunistische Mächte befürchten zu müssen. Ferner soll die Warnung die Erklärung einer dauernden Politik sein, eines bleibenden Interesses Amerikas an dem Gebiet, das es damit als zu seiner Einflußzone gehörig bezeichnet. Endlich richtet sich die Warnung nicht nur gegen Angriffe seitens einer von Kommunisten beherrschten fremden kommunistischen oder nahöstlichen Macht, obwohl eine solche zur Zeit nicht existiert, sondern sie wendet sich auch an alle Staaten und Völker dieser Zone mit dem Hinweise, sie sollten sich mit dem Kommunismus in keine Verbindung einlassen. Damit ist die Erklärung von viel weiterreichender Bedeutung, als sie einer Schutz-Garantie für dieses Gebiet zuzuerkennen wäre. Sie ist — mit den Worten eines der führenden USA-Kolumnisten, James Reston — eine „globale Monroe-Doktrin", eine „Hände weg!"-Erklärung gegen jede Ausdehnung des Sowjetsystems auf ein Gebiet, das die Vereinigten Staaten nicht unter die Herrschaft von Ideen und Ordnungen fallen sehen wollen, die dem Handel und der Ideologie Amerikas feindlich sind.

Reston macht auf den bemerkenswerten Unterschied zwischen der ursprünglichen und der neuen Monroe-Doktrin aufmerksam. Vor 133 Jahren versuchte der Präsident, fremde Mächte — u. a. damals auch Rußland, das Alaska besaß und sich in Kalifornien festzusetzen anschickte — von den an das amerikanische Staatsgebiet angrenzenden Gebieten fernzuhalten. Die neue Doktrin versucht, die Sowjets aus Gegenden auszuschließen, die vor dem Staatsgebiet der UdSSR liegen und sowjetische Sicherungslinien flankieren, aus Gebieten, in denen auch die Sowjetunion lebenswichtige Interessen hat. Im Gegensatz zur ursprünglichen weist die neue Doktrin nicht fremde Einflüsse aus dem eigenen Gebiet ab, sondern sie verlangt vielmehr die Unterordnung des Sicherheitsbedürfnisses anderer Mächte und der Entscheidungsfreiheit der Völker dieser Zone über ihre eigenen Lebensformen unter die Interessen der USA.

---

per? Weiß er, daß das gegnerische Spielfeld viele, viele Male größer ist, als es ihm in der Abbildung dargestellt wird? Denkt er an bestimmte Erfahrungen, die er bei ähnlichen Spielen schon hat machen müssen? Oder ist er ganz einfach ein Star, eine Primadonna, die sich erst einmal sehr schön bitten lassen will?

Jedenfalls klärt ihn der geistreiche Texter des Spiels darüber auf, daß er unbedingt mitspielen müsse, denn erst durch ihn werden „die Mannschaften einander einigermaßen gleichwertig und kann von einem fairen Kampf die Rede sein". Außerdem wird er daran erinnert, daß „der Beitritt zum Sportverein Verpflichtungen mit sich" bringe.

Solcherart an seiner Sportlerehre gepackt, müßte er nun eigentlich mitspielen — zumal ihm auch noch vorgehalten wird: „Zu seinem Wort stehen, halten, was man versprochen hat — das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Im Leben des Einzelnen wie im Leben der Völker." Also ist er ein Lump, wenn er in der Kabine bleibt.

Wir aber sollten ihm noch ein Weilchen Zeit wünschen, nachzudenken. Kann sein, daß er dahinterkommt, bevor es zu spät ist: hinter die Masche, daß dieses perverse Spielchen K r i e g heißt, daß „Europa-Kick" nicht mit einem Fußball aus Leder, sondern mit einer niedlichen kleinen W a s s e r s t o f f k u g e l ausgetragen wird und daß schon beim ersten Torschuß wahrscheinlich niemand mehr da sein wird, der noch begeistert „Toooor —!" jubelt.

Hier ist vielmehr ein anderer Sportruf angebracht: ein langanhaltendes „Buh!" auf die Förderer und Herausgeber, die da zulassen, daß man in einer Zeitschrift, die täglich Tausenden zur kostenlosen Lektüre angeboten wird, die Lebensfrage unseres Volkes so ekelerregend verharmlost.

Johannes Weidenheim

Ein anderer Kolumnist, Walter Lippmann, nennt es taktlos und unweise, die amerikanische Politik so zu konzipieren, daß der Nahe Osten gezwungen sei, eine öffentliche und endgültige Wahl seiner Protektoren zu treffen. Die natürliche Politik für die Völker dieser Zone sei es, eine solche Wahl zu vermeiden. Darum wäre es am besten, die dortigen Staaten in einer mittleren Position zu erhalten. Nicht weniger kritisch müsse man die einseitige Betonung westlicher Interessen an diesem Gebiete ansehen, die dem legitimen Interesse Moskaus — ein Interesse von wirtschaftlicher und strategischer Natur — deshalb nicht Rechnung zu tragen bereit sei, weil es sich dabei um eine vom internationalen Kommunismus beherrschte Macht handele, der man nicht trauen dürfe. Eine derartige unvermeidliche Auslegung der Eisenhower-Doktrin bedeute einen ausgesprochen unfreundlichen Akt gegenüber der Sowjetregierung. Somit stelle die Warnung, welche die vom Präsidenten verlangte Resolution Sowjetrußland erteilen soll, sagt Lippmann, nur die eine Seite einer wechselseitigen Enthaltung von Eingriffen in die Angelegenheiten des Nahen Ostens dar. Und er folgert daraus, daß die natürliche Neigung der arabischen Staaten zur Neutralität respektiert und ermutigt werden sollte: die Entwicklung der Verhältnisse zwinge dazu, durch Verhandlungen mit der UdSSR diese Gebiete mittels Neutralisierung zu festigen.

Die Beratungen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gingen an dem eigentlichen Kernpunkt vorbei, an der Frage nämlich, ob es sich um eine Kampfmaßnahme oder um eine solche der dauernden Beilegung gefährlicher Spannung handele. Der die Fragen beantwortende Außenminister Dulles bemühte sich, den wirklichen Zweck nicht zu erläutern. So z. B., als die Frage gestellt wurde, ob die Resolution nicht ein Blanko-Scheck für den Präsidenten sei, den Krieg zu erklären, und Dulles antwortete, es sei vielmehr eine Friedenserklärung. Oder als nach der Möglichkeit einer Bekämpfung der (kommunistischen) Subversion durch die Erklärung Eisenhowers gefragt und zur Antwort gegeben wurde, das geschehe durch die Verminderung der Furcht vor dem offenen Angriff, durch die Unterstützung der militärischen Planung und durch wirksame wirtschaftliche Hilfe. Diese Antwort geht an dem wesentlichen Punkte vorbei, daß nämlich die nahöstlichen Völker hauptsächlich darum für eine subversive Beeinflussung durch den Kommunismus empfänglich sind, weil ihnen von den Westmächten Schwierigkeiten in der Erlangung ihrer Unabhängigkeit gemacht worden sind. Und es erhebt sich die Frage, ob nicht die Zumutung einer neuen Bevormundung — wie gefällig auch immer die äußere Verpackung sein möge — gerade diese Empfänglichkeit noch vermehre, anstatt sie zu vermindern!

Ihre wahre Bedeutung und ihren Platz in einer neu konzipierten Außenpolitik erweist die Eisenhower-Doktrin jedoch erst durch die Inauguraladresse des Präsidenten. Sie ist eine überraschende, ja befremdliche Rede, die in der Form einer Friedenserklärung eine klare Kampfansage gegen den Kommunismus bis zu seiner Niederringung ist. Sie beschuldigt den „in seinen Endzielen dunklen" Kommunismus der Absicht, für immer das Schicksal der Völker zu besiegeln, die er versklavt hat und für seine Zwecke mißbraucht. Sie spricht zwar die Hoffnung auf eine Heilung des Zwiespalts in der Welt aus, knüpft sie aber nicht an eine Verständigung der beiden verschiedenartigen Lebensformen von Liberalismus und Kommunismus, sondern äußert den Wunsch nach einer Änderung des Kommunismus, wenn nicht den nach einer Befreiung von ihm. Während der Präsident die Bevölkerung der Sowjetunion begrüßt und ihre Fortschritte in Erziehung und Industrie anerkennt, wünscht er ihr zugleich größere geistige Freiheit, größere Sicherheit vor den eigenen Gesetzen und größere Früchte aus der eigenen Arbeit. Das ist nicht nur eine für den führenden Staatsmann einer Nation höchst ungewöhnliche Einmischung in die inneren Verhältnisse einer anderen, sondern auch eine deutliche Parteinahme für alle Bestrebungen in der UdSSR und den ihr assoziierten Nationen, sich mehr Freiheit zu erringen und den Kommunismus wenn nicht zu stürzen, so doch so zu liberalisieren, daß neue reformierte Regime vertragswürdig werden. Es ist somit gerade das, was man angesichts der Ereignisse in Ungarn als die gefährlichste Politik des Westens erkennen mußte, nämlich in die innere Entwicklung der kommunistischen Nationen von außen her einzugreifen, um zu versuchen, Regierung und Volk auseinanderzutreiben.

Der Sinn einer derartigen Erklärung kann nur der sein, daß die USA-Regierung den Zeitpunkt einer endgültigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus für gekommen hält und für diesen Endkampf Verantwortung und Führung beansprucht. Der Präsident

betont zwar, die Vereinigten Staaten suchten den Frieden. Aber Friede sei nur in einem Klima der Freiheit möglich, und zu solcher Freiheit ruft nun Amerika auf.

Motive für diese überraschende politische Wendung können kaum anderswo als in der Hoffnung gesucht werden, das sowjetische Regime durch eine Vermehrung der inneren Schwierigkeiten zu Fall bringen zu können, „Fermente" einer neuen, dem Westen gemäßeren Ordnung ans Ruder kommen zu lassen und die antikommunistischen Faktoren innerhalb des bolschewistischen Systems zu stärken. Auch scheinen wirtschaftliche Überlegungen von Gewicht gewesen zu sein. Die wirtschaftliche Isolierung der Sowjets in Verbindung mit der Notwendigkeit, mehr statt weniger für Rüstungen auszugeben, wenn der kalte Krieg wieder aufgenommen wird, könnte — so hofft man — die Sowjets zu Konzessionen reif machen. Daher sei die Abriegelung bis zur Einkreisung fortzusetzen, der Ring enger zu schließen, das Allianzsystem auszubauen. Man nimmt dabei bewußt das kalkulierte Risiko eines Atomkrieges auf sich. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich dieses Risiko durch die neue Politik bedeutend verschärft. Gewiß redet man davon, daß die Sowjetunion als „verwundeter Bär" behandelt werden müsse, weil er verwundet gefährlicher sei als unverletzt, doch ist die neue amerikanische Politik sicherlich nicht dazu angetan, „den Bären nicht zu reizen, während er seine Wunden leckt". Darum muß sie entweder in der Erkenntnis konzipiert worden sein, daß die Sowjets gegenwärtig außerstande seien, innerpolitischen Schwierigkeiten durch das altgewohnte Mittel der außenpolitischen Ablenkung zu entgehen, oder daß man einem, vom Westen nicht präventiv herbeigeführten, sondern vom Gegner provozierten Kriege — der als Selbstverteidigung gelten könnte — mit einer gewissen Zuversicht entgegensieht, wobei die Hoffnung auf ein Aufbrechen der gesamten Ordnung in der UdSSR im kritischen Augenblick ausschlaggebend sein mag.

Man wird sich fragen, ob das nicht die politischen Absichten mißverstehen heißt und ob nicht eine andere Interpretation möglich sei. Tatsächlich wird vielfach die Meinung vertreten, die Vereinigten Staaten suchten nur einen sicheren Einfluß im Nahen Osten zu gewinnen, um stärkere Verhandlungsbasen für künftige Entspannungsgespräche zu haben. In diese Richtung weist eine Äußerung des Präsidenten, der Nahe Osten solle seine geographische Rolle der Verbindung statt der Trennung des Ostens und des Westens fortsetzen. Aber der Versuch zu einseitiger Ordnung dieses Gebietes als ausschließliche Interessensphäre des Westens gibt vorläufig keinen Anhaltspunkt für die Möglichkeit, diese geographische Aufgabe auch zu lösen und zu verwirklichen.

Wie in anderen kritischen Zonen, so handelt es sich auch im Nahen Osten um ein eigenständiges Problem innerhalb des großen Problems, des Gegensatzes zwischen Westen und Osten. Beides ist so ineinander verschlungen, daß keines ohne das andere zu lösen ist. Solange der Ost-West-Konflikt nicht beigelegt ist, präjudiziert das Interesse einer Großmacht die Ordnung und das Selbstbestimmungsrecht in ihren Einflußzonen, und die „Freiheit" der territorialen Völker ist nur eine graduell verschiedene Abhängigkeit.

Nicht übersehen werden darf die Sicherung der Ölbezüge aus dem Nahen Osten, die für die westeuropäische Wirtschaft eine Lebensfrage ist. Dabei ist es aber eine gefährliche Auffassung, wenn ein angesehenes amerikanisches Blatt die Ansicht vertritt, es sei unrealistisch, wenn eine kleine Nation wie Ägypten das Recht und die Macht haben solle, ganze Völker durch eine willkürliche Auslegung der Doktrin von der nationalen Souveränität zu ruinieren. Es muß — und sicherlich könnte auch — ein Weg gefunden werden, diesen wichtigen Rohstoff für die bisherigen Abnehmer sicherzustellen, ohne daß jenes Gebiet in einseitige politische Abhängigkeit gerät. Erstes Erfordernis wäre die Schaffung eines Systems internationaler Verpflichtungen, von dem die Sowjets ausschließen zu wollen noch viel unrealistischer sein müßte als die Meinung jenes Blattes. Aber gerade das scheint die neue amerikanische Politik versuchen zu wollen.

Die Möglichkeit, es könne sich dabei um eine nur vorläufige taktische Maßnahme handeln, wird dadurch unwahrscheinlich, daß Dulles andeutete, im nächsten Jahr oder in den beiden nächsten Jahren werde sich entscheiden, ob ein Friede möglich oder aber der Krieg unvermeidlich sei. Durch andere Äußerungen läßt sich der Sinn dieser Aussage dahingehend erläutern, daß, wenn sich in den zwei kommenden Jahren die innere Ordnung Sowjetrußlands nicht grundlegend geändert, d. h. „liberalisiert" habe, ein Krieg unausbleiblich sei. Dabei bleibt unklar, was der amerikanischen Regierung etwa als Mindestmaß von Liberalisierung vorschwebt, um mit Moskau zu bindenden Vereinbarungen

kommen zu können. Angesichts der Eisenhowerschen Angriffe auf den internationalen Kommunismus kann man sich des Gedankens nicht erwehren, bei der Einschätzung der Weltsituation habe man den Umstand nicht berücksichtigt, daß ein beträchtlicher Teil der Völker in allen Erdteilen die politischen und wirtschaftlichen Ideen und Normen des westlichen Liberalismus als ihren eigenen Interessen nicht angemessen empfinden und eine sozialistische Form glauben vorziehen zu sollen.

Hinter dem Angriff gegen den Weltkommunismus stehen auch wirtschaftliche Erkenntnisse. Die mit höchsten Löhnen arbeitende amerikanische Wirtschaft kann mit einer kommunistischen keinen fairen Wettbewerb aufnehmen. Denn der Kommunismus ist in der Lage, durch die Drosselung des Lebensstandards für seine Arbeiter und durch eine rigorose Lenkung des Verbrauchs die Preise westlicher Produkte zu unterbieten. Eine echte Entspannung wird deshalb nicht eher für möglich gehalten, als nicht die innere Evolution im Osten den Massen eine ähnliche Freiheit des Konsums wie im Westen einräumt. Jeder Abbau der Rüstungen im gegenwärtigen Stadium werde sich für den Westen als Druck sowjetischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt auswirken. Darum — so scheint die Schlußfolgerung zu sein — sei es wünschenswert, die Sowjets zu zwingen, ihre Rüstungsausgaben weiter zu steigern und den Inlandsverbrauch so niedrig wie möglich zu halten. Auf diese Weise würden sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe getroffen. Für einen östlichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt bliebe eine nur geringe Quote übrig, und die Lähmung der wirtschaftlichen Beweglichkeit bei den östlichen Völkern gewähre dem Westen Zeit, um seine Positionen in der Welt zu festigen. Im Innern des Ostblocks aber vermehre sich zugleich die Spannung durch das Bedürfnis nach Konsumausweitung und werde jede Kraft zu außenpolitischen Unternehmungen von vornherein absorbieren. Bei der Neigung amerikanischer Politiker, vornehmlich in wirtschaftlichen Kategorien zu denken, ergab sich aus den Unruhen in den europäischen Randstaaten des Ostblocks der Schluß, daß die Massen auf die Dauer die ihnen auferlegte Verbrauchsbeschränkung nicht weiter mitmachen. Das legt für die hier angestellte Überlegung einen anderen Schluß nahe: müsse sich entsprechend eine Fortdauer solcher Beschränkungen für die östlichen Massen als ein immer stärkerer Druck auf die Regierungen der Ostblockländer auswirken, sei logischerweise die Wiederaufnahme der Politik der Stärke das beste Mittel zur Herbeiführung einer Regime-Änderung in Moskau, ganz besonders, wenn die USA gleichzeitig ihre Freundschaft und Hilfsbereitschaft gegenüber dem russischen Volk und den anderen kommunistisch regierten Völkern feierlich verkündeten.

Aber: kann diese neue amerikanische Politik der Welt den Frieden näherbringen?

In seiner jährlichen Botschaft über die Lage der Vereinigten Staaten erwähnte Präsident Eisenhower, daß es für die USA eine neue Art von Isolationismus nicht geben könne. Isolierung lade zum Kriege ein. Dem ist notwendigerweise hinzuzufügen, daß das nicht nur für die Selbstisolierung einer Großmacht wie die Vereinigten Staaten gilt, sondern daß die Isolierung einer anderen Großmacht durch Abriegelung und Eingrenzung auch genau denselben „Erfolg" hätte! Die Einkreisung einer Macht, ja, selbst schon der Verdacht eines solchen Versuchs fordert den Krieg heraus. Schon einmal hat der Ausschluß Sowjetrußlands von Vereinbarungen, die angeblich den Frieden für die damals lebende Generation sichern sollten, den Ausbruch des Krieges heraufbeschworen. Denn es ist nur eine halbe Wahrheit, daß die Besänftigungspolitik gegenüber dem Nationalsozialismus den zweiten Weltkrieg unvermeidlich gemacht hat — die andere Hälfte dieser Wahrheit wird meistens verschwiegen: daß nämlich die Ausschließung Moskaus von den Münchener Verträgen des Jahres 1938 den Sowjets kaum eine andere Politik übrig ließ als die, Hitler die Chance eines Einfrontenkrieges zu gewähren!

Aber das ist noch nicht einmal der wesentliche Punkt in der Verkennung der zentralen Frage für eine Verständigung zwischen Westen und Osten als Voraussetzung für einen echten und dauerhaften Frieden. Dieser Punkt ist die Erkenntnis, daß — wie immer man auch über Theorie und Doktrin des Sozialismus denken mag — der Versuch einer Neuordnung der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen im Gemeinschaftsleben durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als dauerndes und aus der menschlichen Entwicklung nicht mehr auszuschließendes, gleichberechtigtes Ordnungsstreben neben dem westlichen Liberalismus anerkannt werden muß. Bei der Frage nach einer Verständigung zwischen den einander entgegengesetzten Ordnungssystemen kann es nur darum gehen, die Mittel und Methoden einer Verwirklichung des Sozialismus den Gegebenheiten einer

neuen Weltlage in dem Maße anzupassen, daß er keiner ausgesprochenen Kampfmaßnahmen zu seiner Behauptung bedarf. Die innere Evolution des Sowjetsystems ist darum zu einem großen Teile an die Voraussetzung eines allgemeinen Friedens gebunden. Es ist also genau umgekehrt, wie die amerikanischen Wünsche es haben möchten: jene Evolution kann nicht die Vorbedingung für die Vertragswürdigkeit, sie wird vielmehr erst die Frucht eines Friedens sein.

Die Vereinigten Staaten hatten die große Aufgabe, als „ehrlicher Makler" nicht nur im Nahen Osten zu wirken, sondern in allen Zonen, wo Konflikte ernsthafte Gestalt annahmen, ganz und gar jedoch nicht als die Macht, welche berufen ist, die Welt für den Frieden reif zu machen (to police the world for peace). Als dieser „honest broker" können die USA nicht in der Rolle des Vorkämpfers gegen den internationalen Kommunismus auftreten, so hat es soeben eine mutige Frau, Miß Dorothy Thompson, ausgedrückt.

Nein, die brennenden Probleme des Nahen Ostens wie Europas, des Rüstungsabbaues, die allmähliche Verselbständigung der zentraleuropäischen Nationen nicht anders auch wie die Wiedervereinigung Deutschlands — sie alle können nur durch eine Verständigung der Westmächte mit den Ostmächten auf dem Boden der Gleichberechtigung ihrer politischen und sozialen Ordnungen gelöst werden, nicht aber durch Kampf gegen den internationalen Kommunismus. Und der Friede ist nicht durch eine Hegemonie zu begründen, auch nicht durch eine der wohlwollendsten und friedfertigsten Nation.

Dr. Georg Groeninger

Welt-Wende oder Welt-Ende?

Eine Betrachtung über Recht und Gemeinschaft im Völkerleben

I.

Wohl kaum ein Volk hat einen so tiefen Sturz erlebt wie das unsere in den Jahrzehnten seit 1914. Wohl kaum ein Volk hat einen so umfassenden Zerfall aller seiner Ordnungen vor Augen gesehen. In Enttäuschung und innerer Not steht es einem ungewissen Schicksal gegenüber. Die Lasten und Folgen der Kriege haben ein Meer von Bedrängnis und Wirrsal hinterlassen. Die Lasten neuer Rüstung häufen neue Sorgen zu den alten. Wie sollen wir den Ausweg finden aus der Verstrickung dieses rauhen Geschehens, das uns seit dem Beginn des ersten Weltkrieges so erbarmungslos erfaßt hat? Das ist die bange Sorge, die jeden beschäftigt, der die immer weiter wachsende Last und die Ungewißheit unseres Daseins täglich drückender empfindet.

Soll es wirklich keinen Weg geben, der uns wieder zum Licht und ins Freie führt? Keinen Weg, der nach dem Ringen von so vielen Jahren endlich wieder einmal auf bessere Tage hoffen läßt? Doch, es gibt einen Weg: es ist d e r W e g d e s R e c h t s. Die im Ungeist des Hasses und der Gewalt zerstörten Ordnungen sind im Geist des Rechts wieder herzustellen, im Geist eines Rechts, das so alt ist wie die Menschheit selbst und in die Seele des Menschen bei seiner Erschaffung eingeschrieben wurde. Lebensrecht und Menschenwürde — das sind die a b s o l u t e n W e r t e, auf deren Unantastbarkeit Staats- und Völkerordnung beruhen.

Mit Maßnahmen innerstaatlicher Gesetzgebung, mit Organisationen wirtschaftlicher und kultureller Art, mit den althergebrachten Methoden der Politik einer weit überholten Vergangenheit, mit Bündnissen auf der einen Seite, die zu Spannungen und Feindschaft auf und mit der anderen führen, oder mit Militärpakten ist die Existenz von Völkern heute nicht mehr zu sichern. Die Völker brauchen eine neue und höhere Ordnung, die nach dem Wegräumen all der Trümmer — auch der geistigen Trümmer! — unserer fehlgeleiteten Geschichte im Geist des Verstehens zu schaffen ist. Durch Technik, Verkehr und wirtschaftliche Verflechtung ist unsere Erde ein Ganzes, eine Einheit geworden, die zu sinnvollen Lösungen ihrer Probleme drängt. Da kann es nur die Aufgabe unserer Zeit sein, neben die einzel- und innerstaatlichen Ordnungen die zwischenstaatliche Ordnung zu setzen.

Entschlossenheit wird nach kurzer Atempause der Kampf wieder aufgenommen. Die Welt geht neuen kritischen Spannungen entgegen, deren Folgen unabsehbares Unheil über die Völker bringen können. Wir nähern uns dem Atomkriege mehr als je in den vergangenen Jahren.

Zu dieser Schlußfolgerung wird man durch die Forderung des Präsidenten nach besonderen Vollmachten für die Stabilisierung der Lage im Nahen Osten — in Amerika als Mittlerer Osten bezeichnet und die Gebiete von Libyen bis Pakistan, von der Türkei bis Äthiopien umfassend — gezwungen, womit Amerika den Anspruch auf dieses Gebiet als ausschließliche Interessen- und Sicherheitssphäre des Westens erhebt. Daß es sich dabei nicht um die Stellungnahme zu einem politischen Einzelproblem handelt, erweist die Rede Eisenhowers, in der der internationale Kommunismus als die spaltende Macht in der Welt bezeichnet wird, mit welchem es — so muß der Hörer oder Leser schließen — keine Verständigung geben könne. Die Nationen und Völker, die unter seiner Herrschaft leben, werden freundlich begrüßt, aber hinter dem Wunsch nach einer Besserung ihres Schicksals kann man unmöglich die Aufforderung verkennen, zu ihrem Teile zur Beseitigung der spaltenden Macht beizutragen. Während das erstere als „Eisenhower-Doktrin*)" die verschärfte Wiederaufnahme der Trumanschen „Rückdrängungs"-Politik ist, muß man hinter dem höchst ungewöhnlichen unmittelbaren Appell an fremde Nationen über den Kopf ihrer Regierungen hinweg die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten sehen, in naher Zukunft eine endgültige Entscheidung im Konflikt zwischen Westen und Osten herbeizuführen, das, was man in den USA einen „showdown" nennt.

Welches sind die Motive dieser epochalen Wendung in der amerikanischen Außenpolitik, die genau die entgegengesetzte Linie eingeschlagen hat, welche man nach den Äußerungen des Präsidenten während der Wahl und aus der Willenskundgebung des amerikanischen Volkes durch die Wahl erwarten durfte? Welches sind die Absichten und Ziele? Was werden die voraussichtlichen Folgen sein?

In einer — die Bedeutung seines Anliegens besonders hervorhebenden außerordentlichen Sitzung des Kongresses — ersuchte der persönlich erscheinende Präsident um eine Resolution, die ihn ermächtigt, jederzeit ohne vorherige Befragung des Kongresses militärische Machtmittel einzusetzen, um die politische Unabhängigkeit jeder nahöstlichen Nation gegen Angriffe durch kommunistische Mächte zu sichern. Er forderte zu dem bisherigen wirtschaftlichen Hilfsprogramm 200 Millionen Dollars für dieses Gebiet als einen

*) Wir verweisen unsere Leser auf den abschließenden Teil dieses Heftes, wo wir die wichtigsten Abschnitte aus der Eisenhower-Doktrin ebenso abgedruckt haben wie wichtige Auslandsstimmen zu dieser Botschaft des amerikanischen Präsidenten. Die Redaktion

„Kick and rush"

In den Schnellzügen der Bundesbahn liegt neuerdings eine von der Bonner „Bundeszentrale für Heimatdienst" subventionierte Zeitschrift auf („Wir" — Unterhaltung und Wissen für jedermann), die einer Erwähnung nicht sonderlich wert wäre, wenn sie nicht auch einen Sportteil enthielte.

In diesem wird — auf Seite 8 — für ein neuartiges Fußballspiel geworben, das man am besten mit „Europa-Kick" bezeichnen könnte. Das Spielfeld ist, laut Abbildung, Europa und wird von jener Linie geteilt, die man gemeinhin immer noch den Eisernen Vorhang nennt. In der linken Hälfte haben 5 Spieler in schmucken Jerseys Aufstellung genommen — der eine auf den Britischen Inseln, drei im Raum West- bis Südeuropa und einer etwa in Holland. Aber sie können nicht anfangen, denn der sechste Mann fehlt noch (daß es bei „Europa-Kick" nicht 11, sondern nur 6 Mann zu sein brauchen, geht vielleicht darauf zurück, daß der Erfinder des Spiels überzeugt ist, 11 werde man sowieso nie zusammenbekommen). Aber 6 müssen es laut Spielregel sein; der sechste ist zwar schon sichtbar, aber erst halb: als Schattenriß. Er steht da, hat die Hände in die Hüften gestemmt und blickt ziemlich gedankenvoll in das andere Spielfeld ostwärts — wo laut Abbildung keine Gegenspieler zu sehen sind — und er scheint tatsächlich zu überlegen: soll ich oder soll ich nicht? Das versteht man besser, wenn man anhand der Abbildung beachtet, daß sein Platz die Bundesrepublik ist und daß er laut Aufstellung die Rolle des Stoppers einzunehmen hat — und jeder Fußballkenner weiß, daß ein Stopper immer die Hauptlast des Kampfes zu tragen hat.

Warum aber zögert der (deutsche) Stop-

besonderen Dispositionsfond. Eine Entschließung, die die Maßnahme des Präsidenten im voraus billigt, sollte ihr moralisches Gewicht stärken.

Auf den ersten Blick hin scheinen sich diese Maßnahmen im Rahmen der bisherigen Sicherung vor krisenhaften Entwicklungen in einem besonders kritischen Gebiete zu halten. Bei näherer Betrachtung jedoch zeigt sich dahinter eine Konzeption.

Der wesentliche Punkt bei dieser Schutzgarantie ist ihre einseitige und nicht allgemein gültige Fassung. Die Erklärung wendet sich ausdrücklich gegen Angriffe durch kommunistische Mächte, obzwar kürzlich erst eine der nahöstlichen Nationen von nichtkommunistischen Staaten angegriffen wurde. Es handelt sich um eine Warnung ausschließlich an die Adresse des Kommunismus, wobei man sich zu fragen haben wird, welche Anzeichen vorhanden waren, um Angriffe durch kommunistische Mächte befürchten zu müssen. Ferner soll die Warnung die Erklärung einer dauernden Politik sein, eines bleibenden Interesses Amerikas an dem Gebiet, das es damit als zu seiner Einflußzone gehörig bezeichnet. Endlich richtet sich die Warnung nicht nur gegen Angriffe seitens einer von Kommunisten beherrschten fremden kommunistischen oder nahöstlichen Macht, obwohl eine solche zur Zeit nicht existiert, sondern sie wendet sich auch an alle Staaten und Völker dieser Zone mit dem Hinweise, sie sollten sich mit dem Kommunismus in keine Verbindung einlassen. Damit ist die Erklärung von viel weiterreichender Bedeutung, als sie einer Schutz-Garantie für dieses Gebiet zuzuerkennen wäre. Sie ist — mit den Worten eines der führenden USA-Kolumnisten, James Reston — eine „globale Monroe-Doktrin", eine „Hände weg!"-Erklärung gegen jede Ausdehnung des Sowjetsystems auf ein Gebiet, das die Vereinigten Staaten nicht unter die Herrschaft von Ideen und Ordnungen fallen sehen wollen, die dem Handel und der Ideologie Amerikas feindlich sind.

Reston macht auf den bemerkenswerten Unterschied zwischen der ursprünglichen und der neuen Monroe-Doktrin aufmerksam. Vor 133 Jahren versuchte der Präsident, fremde Mächte — u. a. damals auch Rußland, das Alaska besaß und sich in Kalifornien festzusetzen anschickte — von den an das amerikanische Staatsgebiet angrenzenden Gebieten fernzuhalten. Die neue Doktrin versucht, die Sowjets aus Gegenden auszuschließen, die vor dem Staatsgebiet der UdSSR liegen und sowjetische Sicherungslinien flankieren, aus Gebieten, in denen auch die Sowjetunion lebenswichtige Interessen hat. Im Gegensatz zur ursprünglichen weist die neue Doktrin nicht fremde Einflüsse aus dem eigenen Gebiet ab, sondern sie verlangt vielmehr die Unterordnung des Sicherheitsbedürfnisses anderer Mächte und der Entscheidungsfreiheit der Völker dieser Zone über ihre eigenen Lebensformen unter die Interessen der USA.

---

per? Weiß er, daß das gegnerische Spielfeld viele, viele Male größer ist, als es ihm in der Abbildung dargestellt wird? Denkt er an bestimmte Erfahrungen, die er bei ähnlichen Spielen schon hat machen müssen? Oder ist er ganz einfach ein Star, eine Primadonna, die sich erst einmal sehr schön bitten lassen will?

Jedenfalls klärt ihn der geistreiche Texter des Spiels darüber auf, daß er unbedingt mitspielen müsse, denn erst durch ihn werden „die Mannschaften einander einigermaßen gleichwertig und kann von einem fairen Kampf die Rede sein". Außerdem wird er daran erinnert, daß „der Beitritt zum Sportverein Verpflichtungen mit sich" bringe.

Solcherart an seiner Sportlerehre gepackt, müßte er nun eigentlich mitspielen — zumal ihm auch noch vorgehalten wird: „Zu seinem Wort stehen, halten, was man versprochen hat — das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Im Leben des Einzelnen wie im Leben der Völker." Also ist er ein Lump, wenn er in der Kabine bleibt.

Wir aber sollten ihm noch ein Weilchen Zeit wünschen, nachzudenken. Kann sein, daß er dahinterkommt, bevor es zu spät ist: hinter die Masche, daß dieses perverse Spielchen K r i e g heißt, daß „Europa-Kick" nicht mit einem Fußball aus Leder, sondern mit einer niedlichen kleinen W a s s e r s t o f f k u g e l ausgetragen wird und daß schon beim ersten Torschuß wahrscheinlich niemand mehr da sein wird, der noch begeistert „Toooor —!" jubelt.

Hier ist vielmehr ein anderer Sportruf angebracht: ein langanhaltendes „Buh!" auf die Förderer und Herausgeber, die da zulassen, daß man in einer Zeitschrift, die täglich Tausenden zur kostenlosen Lektüre angeboten wird, die Lebensfrage unseres Volkes so ekelerregend verharmlost.

Johannes Weidenheim

neuen Weltlage in dem Maße anzupassen, daß er keiner ausgesprochenen Kampfmaßnahmen zu seiner Behauptung bedarf. Die innere Evolution des Sowjetsystems ist darum zu einem großen Teile an die Voraussetzung eines allgemeinen Friedens gebunden. Es ist also genau umgekehrt, wie die amerikanischen Wünsche es haben möchten: jene Evolution kann nicht die Vorbedingung für die Vertragswürdigkeit, sie wird vielmehr erst die Frucht eines Friedens sein.

Die Vereinigten Staaten hatten die große Aufgabe, als „ehrlicher Makler" nicht nur im Nahen Osten zu wirken, sondern in allen Zonen, wo Konflikte ernsthafte Gestalt annahmen, ganz und gar jedoch nicht als die Macht, welche berufen ist, die Welt für den Frieden reif zu machen (to police the world for peace). Als dieser „honest broker" können die USA nicht in der Rolle des Vorkämpfers gegen den internationalen Kommunismus auftreten, so hat es soeben eine mutige Frau, Miß Dorothy Thompson, ausgedrückt.

Nein, die brennenden Probleme des Nahen Ostens wie Europas, des Rüstungsabbaues, die allmähliche Verselbständigung der zentraleuropäischen Nationen nicht anders auch wie die Wiedervereinigung Deutschlands — sie alle können nur durch eine Verständigung der Westmächte mit den Ostmächten auf dem Boden der Gleichberechtigung ihrer politischen und sozialen Ordnungen gelöst werden, nicht aber durch Kampf gegen den internationalen Kommunismus. Und der Friede ist nicht durch eine Hegemonie zu begründen, auch nicht durch eine der wohlwollendsten und friedfertigsten Nation.

Dr. Georg Groeninger

Welt-Wende oder Welt-Ende?

Eine Betrachtung über Recht und Gemeinschaft im Völkerleben

I.

Wohl kaum ein Volk hat einen so tiefen Sturz erlebt wie das unsere in den Jahrzehnten seit 1914. Wohl kaum ein Volk hat einen so umfassenden Zerfall aller seiner Ordnungen vor Augen gesehen. In Enttäuschung und innerer Not steht es einem ungewissen Schicksal gegenüber. Die Lasten und Folgen der Kriege haben ein Meer von Bedrängnis und Wirrsal hinterlassen. Die Lasten neuer Rüstung häufen neue Sorgen zu den alten. Wie sollen wir den Ausweg finden aus der Verstrickung dieses rauhen Geschehens, das uns seit dem Beginn des ersten Weltkrieges so erbarmungslos erfaßt hat? Das ist die bange Sorge, die jeden beschäftigt, der die immer weiter wachsende Last und die Ungewißheit unseres Daseins täglich drückender empfindet.

Soll es wirklich keinen Weg geben, der uns wieder zum Licht und ins Freie führt? Keinen Weg, der nach dem Ringen von so vielen Jahren endlich wieder einmal auf bessere Tage hoffen läßt? Doch, es gibt einen Weg: es ist *der Weg des Rechts*. Die im Ungeist des Hasses und der Gewalt zerstörten Ordnungen sind im Geist des Rechts wieder herzustellen, im Geist eines Rechts, das so alt ist wie die Menschheit selbst und in die Seele des Menschen bei seiner Erschaffung eingeschrieben wurde. Lebensrecht und Menschenwürde — das sind die *absoluten Werte*, auf deren Unantastbarkeit Staats- und Völkerordnung beruhen.

Mit Maßnahmen innerstaatlicher Gesetzgebung, mit Organisationen wirtschaftlicher und kultureller Art, mit den althergebrachten Methoden der Politik einer weit überholten Vergangenheit, mit Bündnissen auf der einen Seite, die zu Spannungen und Feindschaft auf und mit der anderen führen, oder mit Militärpakten ist die Existenz von Völkern heute nicht mehr zu sichern. Die Völker brauchen eine neue und höhere Ordnung, die nach dem Wegräumen all der Trümmer — auch der geistigen Trümmer! — unserer fehlgeleiteten Geschichte im Geist des Verstehens zu schaffen ist. Durch Technik, Verkehr und wirtschaftliche Verflechtung ist unsere Erde ein Ganzes, eine Einheit geworden, die zu sinnvollen Lösungen ihrer Probleme drängt. Da kann es nur die Aufgabe unserer Zeit sein, neben die einzel- und innerstaatlichen Ordnungen die zwischenstaatliche Ordnung zu setzen.

Ordnung im Leben der Völker zu schaffen, ist die entscheidende Aufgabe. Sie ist keine Utopie, sondern Lebensnotwendigkeit. Was aber notwendig ist, muß getan und darf nicht umgangen werden. Es gibt im Zeitalter der Atomgefahren und der radioaktiven Verseuchung keinen anderen Weg, um die Menschheit vor dem Schlimmsten zu bewahren. Vernunft und Rechtsbewußtsein fordern, daß man dem anderen das gleiche Recht zugestehen muß, das man für sich in Anspruch nimmt, in erster Linie das Recht zum Leben.

II.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts war man dem Gedanken einer Völkerordnung ernsthaft nähergetreten. Bei den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 waren die Vertreter der Staaten Europas und der übrigen Welt am Werke, um durch die Minderung von Kriegsgefahren und Rüstungslasten den Grundstein für eine Rechtsordnung der Völker zu legen. Ein verheißungsvoller Anfang mit wertvollen Erkenntnissen, wenn auch mit zunächst noch bescheidenem praktischem Erfolg — aber immerhin: der Weg zum internationalen Schiedsgericht war im großen Staatenverbande beschritten worden. Es war ein weithin vernehmbares Bekenntnis zum Recht, zur Vernunft und zu einer höheren Ordnung, einer Ordnung, die sich heute um den Preis von Leben oder Untergang als unumgängliches Gebot für die Existenz der ganzen Menschheit darbietet.

Durch den Rüstungswettstreit der Großmächte nach der zweiten Haager Friedenskonferenz, eine Verhöhnung von Recht und Gewissen, wurde dieser Ansatz zu einer höheren Ordnung im Keime erstickt. So kam es zum Kriege, und mit ihm kamen die verheerenden Folgen in tausendfältigen Formen von äußerer und innerer Not. Heute erleben wir, wie die europäische „Ordnung" aussieht, die man — durch eine Politik der Stärke — mit Waffen erzwingen will, anstatt sie mit vernünftiger Überlegung und mit dem common sense eines gesunden Rechts- und Pflichtbewußtseins aufzubauen.

III.

Es gibt nur zwei Wege, den der Gewalt oder den des Rechts. Die Werkzeuge der Gewalt sind Mißtrauen, Haß und Kampf bis zur Vernichtung. Die Werkzeuge des Rechts sind Verständigung und Ausgleich. Nun scheint es, angesichts der verhärteten Fronten in der West-Ost-Spannung, daß eine Annäherung im Geiste des Verstehens kaum noch möglich ist — und dennoch bleibt kein anderer Weg. Denn der Machtgedanke führt zur Verschärfung, nur der Rechtsgedanke zur Lösung der Probleme. Der übliche Hinweis auf Korea als Grund für unsere Aufrüstung wird durch den Hinweis auf Indochina entkräftet: auch hier bestand ein Konflikt zwischen Ost und West. Hier wurde nach einem siebenjährigen Kampf, der nahe daran war, einen Weltkrieg auszulösen, durch den entschlossenen Ver-

---

Katharina Seibert

„Gespräche mit Nehru"

„Sehr viele Menschen auch im Westen haben begriffen, daß eine Neuordnung unserer Beziehungen zum Osten mehr und mehr zur entscheidenden Aufgabe unserer Generation wird." Diese beachtenswerten Worte äußerte der französische Journalist Tibor Mende im Rahmen seiner Fragen, die er bei seinen „Gesprächen mit Nehru" an den indischen Premier stellte.

Diese vier Gespräche, die im Winter 1955/56 geführt, auf Tonband aufgenommen und kürzlich auch in deutscher Übersetzung herausgebracht worden sind, verdienen um so mehr Beachtung, als seit etwa einem Jahrzehnt von Nehru kein Buch mehr erschienen ist: denn Zeit zum Lesen und Schreiben hat er eigentlich immer nur im Gefängnis gehabt.

Freimütig spricht er seine Gedanken über die Probleme der Weltpolitik aus, und darüber wird auch die lautere Persönlichkeit dieses klugen und weitblickenden Mannes sichtbar, den Gandhi einmal den ungekrönten König von Indien nannte. Selten nur gelingt es wie ihm einem Staatsmanne, die Ideen seines Volkes zu lenken und zu vertreten. Allmählich kommt wohl auch den weniger Einsichtigen bei uns die Rolle zum Bewußtsein, die asiatische Persönlichkeiten zunehmend im Weltgeschehen und selbst in europäischen Angelegenheiten spielen. Studienjahre in England, Deutschland oder Frankreich haben ihnen durchweg eine eigene Kenntnis dieses Kontinents vermittelt und damit eine Sicherheit des Urteils

ständigungswillen des französischen Staatsmannes Mendès-France die Verhärtung ebenso wie die eisige Stimmung im Genfer Verhandlungssaale überwunden, und es wurde Friede. Dieser Wille zum Verstehen und zur Tat ist in seiner vorbildlichen Bedeutung kaum gewürdigt worden. Dennoch zeigt er, daß selbst in verzweifelten Situationen noch immer Wege zu finden sind, wenn ein ernsthafter Wille vorhanden ist und wenn die geheimen Vorbehalte einer verschleierten Politik, diese unheimlichen Belastungen des Vertrauens, wegfallen.

Die gesamte Welt wartet auf Verständigung und auf Entspannung der explosiven Atmosphäre, die alles gesunde Leben erstickt. Man sollte nun endlich, im zwölften Jahre nach dem Kriege, Frieden schließen und im Geiste der Haager Konferenzen die Rechtsgemeinschaft der Völker weiterbauen. Würde die Angstpsychose aus Feindgesinnung und aus Sorge um Vormachtstellungen ausgeschaltet, läge die Verständigung weit näher, als wir anzunehmen wagen. Die Grundlagen des Rechts sind gegeben. Es sind die Elemente unseres Daseins — auch im Völkerleben —, die der Politik als Normen gesetzt sind. Man braucht nur auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurückzugreifen, die die USA als Rechtsprinzip der Außenpolitik aufgestellt, unter dem Druck des ersten Weltkrieges aber aufgegeben haben. Sie besagt, daß jeder Kontinent als unantastbares Gebiet für sich bestehe und daß kein anderer Staat das Recht haben könne, sich eigenmächtig in fremde Bereiche einzumischen.

IV.

In gleichem Sinne haben sich die Völker der afro-asiatischen Welt 1955 auf der Konferenz von Bandung unter der Führung Indiens und Chinas zusammengeschlossen, um nach den Grundsätzen des Rechts und der gegenseitigen Achtung ihre Gemeinschaft zu betonen. Hier hat sich die dritte Größe im modernen Weltgeschehen gemeldet. Sie trumpft nicht mit Waffenstärke auf, aber sie verfügt über solche Menschenzahlen und Flächengrößen und über derartige urwüchsige Wirtschaftsmöglichkeiten, daß sie das kleine abgekämpfte Europa mit seiner überdehnten Zivilisation und seinen kriegs- und rüstungszermürbten Nationen in nicht ferner Zeit in den Schatten stellen kann. Das würde besonders rasch der Fall sein, wenn diese Völkergemeinschaft im Geiste Gandhis und östlicher und indischer Weisheit politisch geführt wird und unter Verzicht auf militärische Gewalt und deren unvermeidliches Fiasko eine internationale Aufbauarbeit leistet, die unseren westlichen Begriffen noch reichlich fremd ist. Dann kann dort ein Völkerverband entstehen, der uns Europäer politisch belehren und für die bessere Zukunft der Menschheit bahnbrechend werden könnte.

Wir sollten nämlich begreifen, daß wir mit den Glanzleistungen in Wirtschaft und Technik und mit dem Stolz unserer Heere wirklich recht wenig erreicht haben, weil wir das

---

ermöglicht, die bei den allermeisten westlichen Staatsmännern mit viel enger begrenztem Horizont leider nicht vorausgesetzt werden kann und in solchem Ausmaß weder als wichtig erkannt noch auch nur erstrebt worden ist.

Daher sind Nehrus bittere Worte zweifellos berechtigt, dem Westen mangele das Verständnis dafür, daß Asiens Probleme nicht ohne Asien gelöst werden könnten, noch immer versuche man sich daran in London, in Washington, in Paris oder wo immer es sonst noch sein mag. Das nimmt man in Asien nicht nur übel, sondern es führt auch zwangsläufig zu nichts. Verhandlungen mit Fürsten oder Angehörigen der alten, einstmals führenden Oberschicht sind meistens zwecklos, selbst dort, wo man mit ihnen zu Vereinbarungen gelangt. Denn der große Umbruch in Asien hat diese Schichten zerstört oder entmachtet und überall die Bedeutung der breiten Volksmassen gesteigert, die vielleicht eines Tages diese Fürsten aus dem Lande vertreiben. Daher hält Nehru für wichtiger noch als wirtschaftliche Hilfe ein besseres Verständnis für die großen Veränderungen in Asien und Afrika und die Anpassung an diese Veränderungen. Natürlich darf Wirtschaftshilfe niemals an politische Bedingungen geknüpft werden, und ökonomische Theorien sollten nicht die Rolle militanter Heilslehren übernehmen. Nehru verlangt, das Ziel jeder Hilfe müsse höher und edler sein als die Gewinnung von Bundesgenossen im kalten Kriege, und für sein Land betont er, daß er gar nicht zuviel an Finanzhilfe wünsche, weil das indische Volk den Aufbau möglichst weitgehend aus eigener Kraft leisten solle.

Beste, was uns gelungen ist, im Geist der Waffen sinnlos zerschlagen haben. Heute stehen wir vor der Gefahr der Weltvernichtung durch atomare Zerstörungskraft. Darum ist die Notwendigkeit planetarischer Betrachtung der außenpolitischen Beziehungen unter Ausschaltung der unseligen Freund/Feind-Politik nach den Maßstäben weltumspannender Rechts- und Ordnungsbegriffe begründet.

Die Zukunft der Menschheit entscheidet sich nicht in unserem Ost-West-Konflikt. Er kann einzig ihre Vernichtung heraufführen, wenn es zum Einsatz von Atomwaffen käme. Die Schicksalsfrage der Menschheit wird entschieden mit der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Völkern der weißen Rasse und den zwei Dritteln der übrigen Erdmenschen und Erdfläche: das ist der Sinn der Konferenz von Bandung. Hier können wir mit Waffen überhaupt nichts bewirken.

Es wäre eine bittere Tragik für unsere Völker des Abendlandes, wenn sie im wirtschaftlichen Kräfteverzehr der Rüstungen und im Geist der Waffen noch weiter in die Tiefe absinken würden, während sich fernab, bei den „heidnischen" Völkern, eine Gemeinschaft des Rechts und des Verstehens erheben würde, die mit unverbrauchter Kraft die weltpolitische Führung übernehmen könnte. Noch bitterer aber wäre es, wenn aus der Vernichtung der beiden Weltkriege die Führer anderer Völker zu deren Bestem die einzig richtige Lehre zögen, indes die abendländischen Völker im Machtstreben herrschender Sonderinteressen und restaurativer Ideen immer mehr und immer rascher versinken würden.

V.

In diesem Blickfelde zeigte sich nun ein Lichtstrahl, der die Menschheit aufatmen ließ, die Einladung des Präsidenten Eisenhower an den indischen Ministerpräsidenten und Gandhi-Jünger Nehru zum vertraulichen Gespräch im Dezember 1956. Macht und Gewissen des Westens, nach gerade vorangegangener Bewährung im Kampf um Ägypten, und östliche Humanitätsgesinnung schienen über das Schicksal der Welt beraten zu wollen. Vielleicht das bedeutendste Ereignis des ganzen Jahres! Das war die erste Hoffnung — leider blieb es bei diesem flüchtigen Schein.

Es gibt keinen Zweifel, daß der Konflikt zwischen den politisch unfruchtbaren Machtblöcken im Osten und im Westen keine Lösung der Weltprobleme heraufführt. Nach den akuten Gefahren in Ungarn und im Nahen Osten lagen Vermutung und Erwartung greifbar nahe, daß die beiden Staatsmänner eine weltumspannende Verbindung beraten würden, die den westlichen Gegensatz zum Osten und mit ihm den gesamten europäischen Gefahren- und Brandherd im Interesse seiner eigenen Befriedung ausschaltete. Dann wäre aus der Begegnung zweier Welten auf der Brücke zwischen Washington und Bandung eine weitreichende Perspektive der Entspannung für die Befriedung der ganzen Welt

---

Gerade Asien — so hofft Indiens Ministerpräsident — könnte eine Kraft sein, die für den Frieden wirkt: im großen ganzen ist es „weniger streitsüchtig gewesen als Europa". Jedoch wird man in einiger Zukunft Asien, Europa und Amerika gar nicht mehr als getrennte Einheiten sehen, da die heutigen Gegebenheiten geographische Grenzen und Unterschiede auslöschen und die Kontinente ganz natürlich einander näherrücken — sofern es keinen Krieg gibt. Für diesen Fall kann man überhaupt nichts voraussagen.

Große Sorgen bereiten dem asiatischen Staatsmann zunächst aber noch Rassenhaß und Kolonialismus, zumal der Westen nicht einsehen will, wie brennend gerade diese Probleme für Asien und Afrika sind. Die Vorherrschaft irgendeiner Gruppe, mag sie politisch, wirtschaftlich oder rassisch bestimmt sein, ist in der heutigen Welt einfach nicht mehr möglich. Alle asiatischen Nationen sind in diesen Fragen derselben Ansicht, so sehr sie auch sonst differieren mögen. Und Nehru befürchtet, es werde in Afrika zu ungeheuren, rassisch bedingten Unruhen kommen, wenn es nicht gelingt, den Kolonialismus zu unterbinden. In diesem Zusammenhange spricht er von einer neuen Abart des Kolonialismus: eine kleine herrschende Schicht hält ein Land unter Kontrolle und nennt das dann Selbstverwaltung. Diese Leute sind reaktionärer als die konservativsten Reaktionäre im alten Europa, sie leben in einer Atmosphäre der Angst vor der großen Mehrheit von Menschen, die sie regieren, und sie sind einzig darauf bedacht, diese Menschen weiterhin zu unterdrücken. Fundstätten von Uran oder die Entdeckung anderer, gegenwärtig be-

eröffnet worden, eine natürliche Basis zu konstruktiver Politik. Hätte es auch einen besseren Gedanken geben können, um die gefahrenvolle Spannung zwischen den Völkern der farbigen Welt und denen der weißen Rasse in sinnvolle, fruchtbringende Bahnen umzuleiten?

Leider ist es anders gekommen — Mars hatte die Hand im Spiel. So wurde die jener Zusammenkunft überraschend nachfolgende Eisenhower-Doktrin proklamiert, die im Gegensatz zur Monroe-Doktrin steht und alle bisher gehegten Hoffnungen wieder zerschlägt. Sie ist mit Enttäuschung aufgenommen worden, besonders in England und Frankreich, vor allem jedoch in der östlichen Welt. Denn sie will Machtsicherung in fremden Ländern, wenn auch in Verbindung mit Angeboten wirtschaftlicher Hilfe. Die Araber versammeln sich in den Moscheen, sie beten um den Frieden und hören dort Ansprachen zur politischen Lage. Aus der Welt des Islam klingt es wie aus der Welt des Christentums, weltliche Interessen suchen Schutz und Kraft in Mekka wie in Rom, das Heilige wird in den Dienst des Weltlichen gestellt, und es verliert damit seine Kraft für die Befriedung und Befreiung der Welt.

Das Prestige, das die USA-Regierung durch ihre Aktion zum Abzug fremder Truppen aus Ägypten gewonnen hat, wird mit ihren eigenen Aufmarschplänen wieder ausgelöscht. Nach kurzem Hoffnungsschimmer entstehen damit neue Spannungen in dieser unruhigsten Ecke unseres Planeten, wo drei Kontinente mit Macht- und Wirtschaftsinteressen (Öl!) und nicht zuletzt mit den tief wurzelnden Gegensätzen zwischen Christentum und Islam aufeinanderstoßen. Weil selbst die Religionen den Geist der größeren Gemeinschaft nicht mehr in sich tragen, können sogar sie dem Geist des Friedens nicht dienen.

VI.

In solchen Zusammenhängen begegnet die Weihnachtsbotschaft des Papstes jetzt noch größeren Bedenken als zuvor. Der Papst spricht hier von der sittlichen Pflicht zum Wehr- und zum Kriegsdienst und gegen dessen Verweigerung aus Gewissensgründen. Selbst der Kreuzzugsgedanke wird um der Religion willen gebilligt. — Will die Kirche angesichts all des Leides, das durch Schwert und Krieg über die Menschheit gekommen ist, und trotz der Atomgefahren noch immer die Waffen segnen, noch immer das Schwert als Symbol der Macht tragen, obwohl Christus es dem Jünger Petrus mit der deutlichen Warnung aus der Hand nahm: „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen"? Schon deutlich genug hat sich dieses Wort erfüllt. — Kann es einen noch überzeugenderen Beweis für die Notwendigkeit von Recht und Gemeinschaft im Völkerleben geben? Liegt hier nicht auch ein Hinweis auf das höchste Gesetz zum Schutze des Lebens? „Das Böse ist, Leben vernichten." Auch das Leben des „Feindes" ist geschützt.

Wir rufen nach den „absoluten Werten" und vergessen dabei, daß wir sie mit unseren

---

sonders begehrter Stoffe können es gerade den afrikanischen Völkern nur noch weiter erschweren, endlich ebenfalls frei zu werden.

Wie berechtigt diese Sorge Nehrus ist, besagen Meldungen aus Südafrika, die hierzulande bemerkenswert wenig Beachtung finden. Mehr als 20 000 Afrikaner indischer Abstammung, so schreibt die große indische Zeitung „Hindu", sind unter dem Apartheids-Gesetz allein aus Johannesburg zwangsweise entfernt und wenigstens zwanzig Meilen weit von der Stadt entfernt frisch angesiedelt worden, von derselben Stadt, in der sie einen bescheidenen Lebensunterhalt zu verdienen suchen und zu der für sie als einzige Verbindung der allgemeine „track" (Steppenpfad) führt. Die Eigentumsverluste dieser Zwangsevakuierten werden auf 10 Millionen Pfund geschätzt. Wagt aber jemand auch nur einen Protest, wird er verhaftet und unweigerlich verurteilt. Darüber hinaus gilt jeder Inder oder eingeborene Afrikaner, wenn er eine Lohnerhöhung fordert, als Kommunist, und er wird als solcher behandelt, hat Krishna Menon vor der UNO erklärt. Anläßlich eines gleichzeitigen Verhörs von 156 Angeklagten hat ein Kordon von 500 Polizisten das Gerichtsgebäude abgesperrt und aus einer Menge von etwa 1500 Menschen Verhaftungen vorgenommen, als sich unter ihnen „Unruhe bemerkbar machte". Es sind schon sehr gewichtige Hinweise, wenn vor der UNO von afro-asiatischer Seite mit Unterstützung durch Südamerikanische Staaten in solchen Geschehnissen eine ernste Kriegsgefahr für die Zukunft erblickt und einmal mehr die Tatsache angemerkt wird, daß nun einmal zwei Drittel

religiösen und ethischen Pflichten und Idealen haben verkümmern lassen. Im hohen Kult haben wir das Göttliche verehrt, die Weisheiten gelehrt, das Erhabene gepriesen, und dennoch sind wir in die Tiefe gesunken. Denn alle unsere Energien der äußeren Macht haben sich als innere, als geistige Schwäche erwiesen, und an dieser Schwäche sind wir gescheitert. Von je her haben wir zu Faust und Schwert mehr Vertrauen gehabt als zu den höheren, zu den absoluten Werten des Geistes. Das ist unsere politische Not. Bei den Indern, die Gandhi und Nehru folgen, erleben wir es sichtbar, daß es möglich ist, auch die Politik nach den absoluten Werten von Ethik und Humanität auszurichten. Angesichts der Wegenot politischer Führung sucht und braucht die Menschheit diese Kraft, den göttlichen Funken, der in jedem geistig freien Menschen mächtig ist und zur Geltung drängt. Aber diese Kraft kann nicht wirksam werden, wenn ihr in der Politik Widerstand entgegengesetzt wird, wenn also Geld-, Besitz- und Waffenmacht den absoluten Werten den Weg versperren. Was nützt alle hohe Weisheit, wenn die Gemeinschaft dabei doch zugrunde geht!

Es kann nur noch eine Befreiung kommen, wenn nämlich dem angeblichen Wirtschaftswunder das viel größere Wunder in der Politik folgt, die Abkehr von der Feind-Psychose und die Anerkennung des Lebensrechtes für alle Völker. Erst wenn das fundamentalste Recht jeglicher Ordnung, das Leben selbst, bejaht wird, ist die Grundlage für eine Rechtsgemeinschaft der Völker gegeben. Es geht um die schwerste Aufgabe, die jemals der Politik gestellt worden ist, nämlich um die Verhinderung einer grauenhaften Katastrophe, die uns mit ihren Vorboten bereits bedrohlich nahe gekommen ist.

VII.

Mit der radikalen Vernichtungstechnik unseres Jahrhunderts ist das Verhängnis der Geschichte über uns hereingebrochen. Es ist nicht Schicksal, nicht Vorsehung oder Rache Gottes für die Sünden der Menschen, es ist, schon seit den Tagen Konstantins, das vielfach unverantwortliche Treiben der Mächtigen gegen das Lebensrecht derer, die „unten" stehen und die man so gemeinhin das Volk und die Völker nennt. Mit den höchsten Begriffen von Gott, Ehre, Freiheit, Heimat und Vaterland werden die Völker zu den schwersten Opfern angetrieben, um schließlich alles zu verlieren, wofür sie gekämpft hatten. Mit dem Gespenst fremder Gefahren hat man sie geängstigt und in Kampfwut versetzt. Aber bis heute hat man nicht begriffen und nicht begreifen wollen, daß die „weiße Gefahr" unser schlimmstes Verderben war und daß unser Kontinent mit seinen klugen Menschen (homo sapiens!) und seiner überspitzten Zivilisation, mit seiner Anbetung des Materialismus und seiner seelisch absterbenden Kultur zur größten Gefahr für sich selbst und für die Menschheit geworden ist. Im „Zusammenbruch des Geistes" haben wir uns selber an den Rand des Abgrundes gebracht. Nun rüsten wir gegen den Osten und können (oder

---

der Menschheit anderen als den weißen Rassen angehören!

Bei Nehrus unverändert ablehnender Einstellung gegenüber militärischen Machtblöcken und dem kalten Kriege geht man aber dennoch fehl in der Annahme, er sei ein Pazifist in dem bei uns gebräuchlichen Sinne, vielmehr geht seine Überzeugung auf Gandhis Weg zur gewaltlosen Lösung aller Probleme zurück. Daher verlangt Indiens Premier auch von keinem anderen Staatsmann, dieser solle Pazifist sein. Jeder möge seine Macht behalten, nur solle er damit nicht andere immerfort bedrohen. Die Taktik des kalten Krieges aber, wobei jedermann den anderen auf der Gegenseite für einen Teufel hält, könne nur zu einem Kriege führen, zumindest in unseren Herzen, was vielleicht das noch schlimmere Übel bedeute. Könnten wir nur den Haß besiegen, so meint er, würden alle Streitfragen viel einfacher werden, weil die menschliche Seite der Beziehungen zueinander wichtiger ist als die politische oder die militärische.

Zwar hat sich der Ministerpräsident Indiens, der sein Land nach demokratischen Grundsätzen regiert und sich um den Aufbau der indischen Wirtschaft in echtem, nicht doktrinärem Sozialismus bemüht, schon früh auch mit den Ideen des Kommunismus befaßt, aber immer wieder weist er autoritäre Gewaltmethoden entschieden und leidenschaftlich zurück. Kommunistisches Gesellschaftsideal und bolschewistische Praxis sind für ihn zwei ganz verschiedene Dinge, deren Gleichsetzung — was auch westliche Kenner der Sowjetunion nur bestätigen können — einfach unstatthaft und falsch ist. Ihm gefallen die sowjetischen

wollen) nicht verstehen, daß allein wir mit den traurigen Beispielen unserer Geschichte — Christenvölker in ständigen Kämpfen gegeneinander — und mit unserem krassen Materialismus — aus dem Sozialismus und Bolschewismus erwachsen sind — die Gefahr im Osten geschaffen haben. Niemand kann das wohl noch überzeugender formulieren als der amerikanische Bischof Fulton J. Sheen: „Der Kommunismus gehört zu unserer materialistischen westlichen Welt wie der Eiter zum Geschwür" (S. 37, 41 in: Der Kommunismus und das Gewissen der westlichen Welt).

Wer diese Tatsachen übersieht, kann in der Politik den rechten Weg nicht finden. Es ist ein bedauerliches Zeichen, daß man auch heute wieder, genau wie zuvor, diejenigen Menschen verdächtigt und unterdrückt, die angesichts der großen Gefahr zum Frieden durch Verständigung raten und den „Frieden" der Waffenbereitschaft ablehnen. Waffen können heute einen Sinn nur noch i n der Gemeinschaft haben, aber nicht g e g e n sie, also einzig zur Sicherung der Gemeinschaft, nicht zu ihrer Vernichtung, zum Krieg.

Es ist notwendig, daß von hier aus im Wahljahre die Linien ganz klar abgesteckt werden. In der Außenpolitik entscheidet sich die ganze Zukunft. Und es geht um die letzte Alternative, die entweder W e l t w e n d e o d e r W e l t e n d e bedeutet.

Mit der Frage „Völkermord oder Weltfriede?" ruft die „Neue Juristische Wochenschrift" (Heft 1/1957) zur Verantwortung vor dem Weltgewissen auf. Sie fordert ein „bis zum äußersten radikales Denken", um die „Situation geistig zu bewältigen, in der wir heute stehen . . . und so lange stehen werden, als die Atomwaffe existiert." Es ist zu begrüßen, daß nun auch in der Welt der Juristen Stimmen laut werden gegen die „zwischenstaatliche Anarchie", gegen die Vergewaltigung des Rechts und gegen das ewige Zerren um den Vorrang in der Macht, selbst in der Idee eines atomaren Gleichgewichts, das die Völker physisch und wirtschaftlich aufreiben muß. Bis ins letzte ernstzunehmen ist die Forderung, man müsse „der Politik der gegenseitigen Bedrohung und Einschüchterung . . . ein Ende machen und damit die psychologischen und realen Voraussetzungen schaffen für die dem heutigen Völkerrecht aufgegebene S c h ö p f u n g e i n e r u m f a s s e n d e n F r i e d e n s o r d n u n g". Das ist d i e Aufgabe der Politik: unter die Irrungen und Methoden der Vergangenheit einen Strich zu setzen und den Weg des Rechtes anstelle des Weges der Gewalt zu gehen, durch Lebensbejahung die Lebensvernichtung zu überwinden und eine G e m e i n s c h a f t d e r V ö l k e r zu begründen, die dem Leben einen Sinn und dem Dasein aller eine menschenwürdige Form gibt.

Der Weg steht offen. Nur muß die Kraft der absoluten Werte in uns stärker wirken als die Kräfte der Vernichtung.

Wenn man so nahe vor dem Abgrund steht, muß man umkehren.

Das gilt auch in der Politik.

Praktiken durchaus nicht, und er will sie in seinem Lande nicht haben, ja, er ist sich sicher, daß er ein autoritäres Regime in Indien nicht überleben werde.

Was in Rußland und China geschehen ist, mag ein Teil ihrer geschichtlichen Entwicklung sein. Er hält es nicht für seine Sache, Chinas Methoden zu kritisieren, aber Nehru meint, das eine oder das andere lasse sich daraus lernen, weil viele Probleme Indiens von ähnlicher Art sind wie die chinesischen. Und da die indische Philosophie immer die Nichteinmischung, insbesondere jedoch die religiöse Toleranz gelehrt hat, ist manches von Gandhis Geist selbst von Radikalen und Kommunisten aufgenommen worden.

Auch in den menschlichen Beziehungen, sagt dieser Staatsmann, hat jede Ursache ihre Wirkung, jede Tat, die wir tun, und jeder Gedanke, den wir denken. Sind Tat oder Gedanke böse, so auch ihre Wirkung. Krieg, Furcht vor dem Kriege und Vorbereitung auf den Krieg bringen böse Gedanken hervor, Haß und Bitterkeit und Zerstörungswut. Es ist unsere Aufgabe, dem entgegenzuwirken. Gegenwärtig erleben wir das sonderbare Schauspiel, daß die Kräfte des Bösen und der Gewalt immer stärker werden, obwohl alle Menschen den Frieden wünschen. Dem zu entfliehen, muß es einen Weg geben, der außerhalb der herkömmlichen Politik liegt.

Tibor Mende sagt, Menschen wie Nehru säßen in einer Art von Gefängnis, da sie ihrer Zeit in gewisser Weise voraus sind und sich von einer Welt umgeben sehen, die für ihre Ideen noch nicht reif ist.

Ist Europa diese Welt —?

Ordnung im Leben der Völker zu schaffen, ist die entscheidende Aufgabe. Sie ist keine Utopie, sondern Lebensnotwendigkeit. Was aber notwendig ist, muß getan und darf nicht umgangen werden. Es gibt im Zeitalter der Atomgefahren und der radioaktiven Verseuchung keinen anderen Weg, um die Menschheit vor dem Schlimmsten zu bewahren. Vernunft und Rechtsbewußtsein fordern, daß man dem anderen das gleiche Recht zugestehen muß, das man für sich in Anspruch nimmt, in erster Linie das Recht zum Leben.

II.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts war man dem Gedanken einer Völkerordnung ernsthaft nähergetreten. Bei den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 waren die Vertreter der Staaten Europas und der übrigen Welt am Werke, um durch die Minderung von Kriegsgefahren und Rüstungslasten den Grundstein für eine Rechtsordnung der Völker zu legen. Ein verheißungsvoller Anfang mit wertvollen Erkenntnissen, wenn auch mit zunächst noch bescheidenem praktischem Erfolg — aber immerhin: der Weg zum internationalen Schiedsgericht war im großen Staatenverbande beschritten worden. Es war ein weithin vernehmbares Bekenntnis zum Recht, zur Vernunft und zu einer höheren Ordnung, einer Ordnung, die sich heute um den Preis von Leben oder Untergang als unumgängliches Gebot für die Existenz der ganzen Menschheit darbietet.

Durch den Rüstungswettstreit der Großmächte nach der zweiten Haager Friedenskonferenz, eine Verhöhnung von Recht und Gewissen, wurde dieser Ansatz zu einer höheren Ordnung im Keime erstickt. So kam es zum Kriege, und mit ihm kamen die verheerenden Folgen in tausendfältigen Formen von äußerer und innerer Not. Heute erleben wir, wie die europäische „Ordnung" aussieht, die man — durch eine Politik der Stärke — mit Waffen erzwingen will, anstatt sie mit vernünftiger Überlegung und mit dem common sense eines gesunden Rechts- und Pflichtbewußtseins aufzubauen.

III.

Es gibt nur zwei Wege, den der Gewalt oder den des Rechts. Die Werkzeuge der Gewalt sind Mißtrauen, Haß und Kampf bis zur Vernichtung. Die Werkzeuge des Rechts sind Verständigung und Ausgleich. Nun scheint es, angesichts der verhärteten Fronten in der West-Ost-Spannung, daß eine Annäherung im Geiste des Verstehens kaum noch möglich ist — und dennoch bleibt kein anderer Weg. Denn der Machtgedanke führt zur Verschärfung, nur der Rechtsgedanke zur Lösung der Probleme. Der übliche Hinweis auf Korea als Grund für unsere Aufrüstung wird durch den Hinweis auf Indochina entkräftet: auch hier bestand ein Konflikt zwischen Ost und West. Hier wurde nach einem siebenjährigen Kampf, der nahe daran war, einen Weltkrieg auszulösen, durch den entschlossenen Ver-

---

Katharina Seibert

„Gespräche mit Nehru"

„Sehr viele Menschen auch im Westen haben begriffen, daß eine Neuordnung unserer Beziehungen zum Osten mehr und mehr zur entscheidenden Aufgabe unserer Generation wird." Diese beachtenswerten Worte äußerte der französische Journalist Tibor Mende im Rahmen seiner Fragen, die er bei seinen „Gesprächen mit Nehru" an den indischen Premier stellte.

Diese vier Gespräche, die im Winter 1955/56 geführt, auf Tonband aufgenommen und kürzlich auch in deutscher Übersetzung herausgebracht worden sind, verdienen um so mehr Beachtung, als seit etwa einem Jahrzehnt von Nehru kein Buch mehr erschienen ist: denn Zeit zum Lesen und Schreiben hat er eigentlich immer nur im Gefängnis gehabt.

Freimütig spricht er seine Gedanken über die Probleme der Weltpolitik aus, und darüber wird auch die lautere Persönlichkeit dieses klugen und weitblickenden Mannes sichtbar, den Gandhi einmal den ungekrönten König von Indien nannte. Selten nur gelingt es wie ihm einem Staatsmanne, die Ideen seines Volkes zu lenken und zu vertreten. Allmählich kommt wohl auch den weniger Einsichtigen bei uns die Rolle zum Bewußtsein, die asiatische Persönlichkeiten zunehmend im Weltgeschehen und selbst in europäischen Angelegenheiten spielen. Studienjahre in England, Deutschland oder Frankreich haben ihnen durchweg eine eigene Kenntnis dieses Kontinents vermittelt und damit eine Sicherheit des Urteils

ständigungswillen des französischen Staatsmannes Mendès-France die Verhärtung ebenso wie die eisige Stimmung im Genfer Verhandlungssaale überwunden, und es wurde Friede. Dieser Wille zum Verstehen und zur Tat ist in seiner vorbildlichen Bedeutung kaum gewürdigt worden. Dennoch zeigt er, daß selbst in verzweifelten Situationen noch immer Wege zu finden sind, wenn ein ernsthafter Wille vorhanden ist und wenn die geheimen Vorbehalte einer verschleierten Politik, diese unheimlichen Belastungen des Vertrauens, wegfallen.

Die gesamte Welt wartet auf Verständigung und auf Entspannung der explosiven Atmosphäre, die alles gesunde Leben erstickt. Man sollte nun endlich, im zwölften Jahre nach dem Kriege, Frieden schließen und im Geiste der Haager Konferenzen die Rechtsgemeinschaft der Völker weiterbauen. Würde die Angstpsychose aus Feindgesinnung und aus Sorge um Vormachtstellungen ausgeschaltet, läge die Verständigung weit näher, als wir anzunehmen wagen. Die Grundlagen des Rechts sind gegeben. Es sind die Elemente unseres Daseins — auch im Völkerleben —, die der Politik als Normen gesetzt sind. Man braucht nur auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurückzugreifen, die die USA als Rechtsprinzip der Außenpolitik aufgestellt, unter dem Druck des ersten Weltkrieges aber aufgegeben haben. Sie besagt, daß jeder Kontinent als unantastbares Gebiet für sich bestehe und daß kein anderer Staat das Recht haben könne, sich eigenmächtig in fremde Bereiche einzumischen.

IV.

In gleichem Sinne haben sich die Völker der afro-asiatischen Welt 1955 auf der Konferenz von Bandung unter der Führung Indiens und Chinas zusammengeschlossen, um nach den Grundsätzen des Rechts und der gegenseitigen Achtung ihre Gemeinschaft zu betonen. Hier hat sich die dritte Größe im modernen Weltgeschehen gemeldet. Sie trumpft nicht mit Waffenstärke auf, aber sie verfügt über solche Menschenzahlen und Flächengrößen und über derartige urwüchsige Wirtschaftsmöglichkeiten, daß sie das kleine abgekämpfte Europa mit seiner überdehnten Zivilisation und seinen kriegs- und rüstungszermürbten Nationen in nicht ferner Zeit in den Schatten stellen kann. Das würde besonders rasch der Fall sein, wenn diese Völkergemeinschaft im Geiste Gandhis und östlicher und indischer Weisheit politisch geführt wird und unter Verzicht auf militärische Gewalt und deren unvermeidliches Fiasko eine internationale Aufbauarbeit leistet, die unseren westlichen Begriffen noch reichlich fremd ist. Dann kann dort ein Völkerverband entstehen, der uns Europäer politisch belehren und für die bessere Zukunft der Menschheit bahnbrechend werden könnte.

Wir sollten nämlich begreifen, daß wir mit den Glanzleistungen in Wirtschaft und Technik und mit dem Stolz unserer Heere wirklich recht wenig erreicht haben, weil wir das

---

ermöglicht, die bei den allermeisten westlichen Staatsmännern mit viel enger begrenztem Horizont leider nicht vorausgesetzt werden kann und in solchem Ausmaß weder als wichtig erkannt noch auch nur erstrebt worden ist.

Daher sind Nehrus bittere Worte zweifellos berechtigt, dem Westen mangele das Verständnis dafür, daß Asiens Probleme nicht ohne Asien gelöst werden könnten, noch immer versuche man sich daran in London, in Washington, in Paris oder wo immer es sonst noch sein mag. Das nimmt man in Asien nicht nur übel, sondern es führt auch zwangsläufig zu nichts. Verhandlungen mit Fürsten oder Angehörigen der alten, einstmals führenden Oberschicht sind meistens zwecklos, selbst dort, wo man mit ihnen zu Vereinbarungen gelangt. Denn der große Umbruch in Asien hat diese Schichten zerstört oder entmachtet und überall die Bedeutung der breiten Volksmassen gesteigert, die vielleicht eines Tages diese Fürsten aus dem Lande vertreiben. Daher hält Nehru für wichtiger noch als wirtschaftliche Hilfe ein besseres Verständnis für die großen Veränderungen in Asien und Afrika und die Anpassung an diese Veränderungen. Natürlich darf Wirtschaftshilfe niemals an politische Bedingungen geknüpft werden, und ökonomische Theorien sollten nicht die Rolle militanter Heilslehren übernehmen. Nehru verlangt, das Ziel jeder Hilfe müsse höher und edler sein als die Gewinnung von Bundesgenossen im kalten Kriege, und für sein Land betont er, daß er gar nicht zuviel an Finanzhilfe wünsche, weil das indische Volk den Aufbau möglichst weitgehend aus eigener Kraft leisten solle.

Beste, was uns gelungen ist, im Geist der Waffen sinnlos zerschlagen haben. Heute stehen wir vor der Gefahr der Weltvernichtung durch atomare Zerstörungskraft. Darum ist die Notwendigkeit planetarischer Betrachtung der außenpolitischen Beziehungen unter Ausschaltung der unseligen Freund/Feind-Politik nach den Maßstäben weltumspannender Rechts- und Ordnungsbegriffe begründet.

Die Zukunft der Menschheit entscheidet sich nicht in unserem Ost-West-Konflikt. Er kann einzig ihre Vernichtung heraufführen, wenn es zum Einsatz von Atomwaffen käme. Die Schicksalsfrage der Menschheit wird entschieden mit der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Völkern der weißen Rasse und den zwei Dritteln der übrigen Erdmenschen und Erdfläche: das ist der Sinn der Konferenz von Bandung. Hier können wir mit Waffen überhaupt nichts bewirken.

Es wäre eine bittere Tragik für unsere Völker des Abendlandes, wenn sie im wirtschaftlichen Kräfteverzehr der Rüstungen und im Geist der Waffen noch weiter in die Tiefe absinken würden, während sich fernab, bei den „heidnischen" Völkern, eine Gemeinschaft des Rechts und des Verstehens erheben würde, die mit unverbrauchter Kraft die weltpolitische Führung übernehmen könnte. Noch bitterer aber wäre es, wenn aus der Vernichtung der beiden Weltkriege die Führer anderer Völker zu deren Bestem die einzig richtige Lehre zögen, indes die abendländischen Völker im Machtstreben herrschender Sonderinteressen und restaurativer Ideen immer mehr und immer rascher versinken würden.

V.

In diesem Blickfelde zeigte sich nun ein Lichtstrahl, der die Menschheit aufatmen ließ, die Einladung des Präsidenten Eisenhower an den indischen Ministerpräsidenten und Gandhi-Jünger Nehru zum vertraulichen Gespräch im Dezember 1956. Macht und Gewissen des Westens, nach gerade vorangegangener Bewährung im Kampf um Ägypten, und östliche Humanitätsgesinnung schienen über das Schicksal der Welt beraten zu wollen. Vielleicht das bedeutendste Ereignis des ganzen Jahres! Das war die erste Hoffnung — leider blieb es bei diesem flüchtigen Schein.

Es gibt keinen Zweifel, daß der Konflikt zwischen den politisch unfruchtbaren Machtblöcken im Osten und im Westen keine Lösung der Weltprobleme heraufführt. Nach den akuten Gefahren in Ungarn und im Nahen Osten lagen Vermutung und Erwartung greifbar nahe, daß die beiden Staatsmänner eine weltumspannende Verbindung beraten würden, die den westlichen Gegensatz zum Osten und mit ihm den gesamten europäischen Gefahren- und Brandherd im Interesse seiner eigenen Befriedung ausschaltete. Dann wäre aus der Begegnung zweier Welten auf der Brücke zwischen Washington und Bandung eine weitreichende Perspektive der Entspannung für die Befriedung der ganzen Welt

---

Gerade Asien — so hofft Indiens Ministerpräsident — könnte eine Kraft sein, die für den Frieden wirkt: im großen ganzen ist es „weniger streitsüchtig gewesen als Europa". Jedoch wird man in einiger Zukunft Asien, Europa und Amerika gar nicht mehr als getrennte Einheiten sehen, da die heutigen Gegebenheiten geographische Grenzen und Unterschiede auslöschen und die Kontinente ganz natürlich einander näherrücken — sofern es keinen Krieg gibt. Für diesen Fall kann man überhaupt nichts voraussagen.

Große Sorgen bereiten dem asiatischen Staatsmann zunächst aber noch Rassenhaß und Kolonialismus, zumal der Westen nicht einsehen will, wie brennend gerade diese Probleme für Asien und Afrika sind. Die Vorherrschaft irgendeiner Gruppe, mag sie politisch, wirtschaftlich oder rassisch bestimmt sein, ist in der heutigen Welt einfach nicht mehr möglich. Alle asiatischen Nationen sind in diesen Fragen derselben Ansicht, so sehr sie auch sonst differieren mögen. Und Nehru befürchtet, es werde in Afrika zu ungeheuren, rassisch bedingten Unruhen kommen, wenn es nicht gelingt, den Kolonialismus zu unterbinden. In diesem Zusammenhange spricht er von einer neuen Abart des Kolonialismus: eine kleine herrschende Schicht hält ein Land unter Kontrolle und nennt das dann Selbstverwaltung. Diese Leute sind reaktionärer als die konservativsten Reaktionäre im alten Europa, sie leben in einer Atmosphäre der Angst vor der großen Mehrheit von Menschen, die sie regieren, und sie sind einzig darauf bedacht, diese Menschen weiterhin zu unterdrücken. Fundstätten von Uran oder die Entdeckung anderer, gegenwärtig be-

eröffnet worden, eine natürliche Basis zu konstruktiver Politik. Hätte es auch einen besseren Gedanken geben können, um die gefahrenvolle Spannung zwischen den Völkern der farbigen Welt und denen der weißen Rasse in sinnvolle, fruchtbringende Bahnen umzuleiten?

Leider ist es anders gekommen — Mars hatte die Hand im Spiel. So wurde die jener Zusammenkunft überraschend nachfolgende Eisenhower-Doktrin proklamiert, die im Gegensatz zur Monroe-Doktrin steht und alle bisher gehegten Hoffnungen wieder zerschlägt. Sie ist mit Enttäuschung aufgenommen worden, besonders in England und Frankreich, vor allem jedoch in der östlichen Welt. Denn sie will Machtsicherung in fremden Ländern, wenn auch in Verbindung mit Angeboten wirtschaftlicher Hilfe. Die Araber versammeln sich in den Moscheen, sie beten um den Frieden und hören dort Ansprachen zur politischen Lage. Aus der Welt des Islam klingt es wie aus der Welt des Christentums, weltliche Interessen suchen Schutz und Kraft in Mekka wie in Rom, das Heilige wird in den Dienst des Weltlichen gestellt, und es verliert damit seine Kraft für die Befriedung und Befreiung der Welt.

Das Prestige, das die USA-Regierung durch ihre Aktion zum Abzug fremder Truppen aus Ägypten gewonnen hat, wird mit ihren eigenen Aufmarschplänen wieder ausgelöscht. Nach kurzem Hoffnungsschimmer entstehen damit neue Spannungen in dieser unruhigsten Ecke unseres Planeten, wo drei Kontinente mit Macht- und Wirtschaftsinteressen (Öl!) und nicht zuletzt mit den tief wurzelnden Gegensätzen zwischen Christentum und Islam aufeinanderstoßen. Weil selbst die Religionen den Geist der größeren Gemeinschaft nicht mehr in sich tragen, können sogar sie dem Geist des Friedens nicht dienen.

VI.

In solchen Zusammenhängen begegnet die Weihnachtsbotschaft des Papstes jetzt noch größeren Bedenken als zuvor. Der Papst spricht hier von der sittlichen Pflicht zum Wehr- und zum Kriegsdienst und gegen dessen Verweigerung aus Gewissensgründen. Selbst der Kreuzzugsgedanke wird um der Religion willen gebilligt. — Will die Kirche angesichts all des Leides, das durch Schwert und Krieg über die Menschheit gekommen ist, und trotz der Atomgefahren noch immer die Waffen segnen, noch immer das Schwert als Symbol der Macht tragen, obwohl Christus es dem Jünger Petrus mit der deutlichen Warnung aus der Hand nahm: „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen"? Schon deutlich genug hat sich dieses Wort erfüllt. — Kann es einen noch überzeugenderen Beweis für die Notwendigkeit von Recht und Gemeinschaft im Völkerleben geben? Liegt hier nicht auch ein Hinweis auf das höchste Gesetz zum Schutze des Lebens? „Das Böse ist, Leben vernichten." Auch das Leben des „Feindes" ist geschützt.

Wir rufen nach den „absoluten Werten" und vergessen dabei, daß wir sie mit unseren

---

sonders begehrter Stoffe können es gerade den afrikanischen Völkern nur noch weiter erschweren, endlich ebenfalls frei zu werden.

Wie berechtigt diese Sorge Nehrus ist, besagen Meldungen aus Südafrika, die hierzulande bemerkenswert wenig Beachtung finden. Mehr als 20 000 Afrikaner indischer Abstammung, so schreibt die große indische Zeitung „Hindu", sind unter dem Apartheids-Gesetz allein aus Johannesburg zwangsweise entfernt und wenigstens zwanzig Meilen weit von der Stadt entfernt frisch angesiedelt worden, von derselben Stadt, in der sie einen bescheidenen Lebensunterhalt zu verdienen suchen und zu der für sie als einzige Verbindung der allgemeine „track" (Steppenpfad) führt. Die Eigentumsverluste dieser Zwangsevakuierten werden auf 10 Millionen Pfund geschätzt. Wagt aber jemand auch nur einen Protest, wird er verhaftet und unweigerlich verurteilt. Darüber hinaus gilt jeder Inder oder eingeborene Afrikaner, wenn er eine Lohnerhöhung fordert, als Kommunist, und er wird als solcher behandelt, hat Krishna Menon vor der UNO erklärt. Anläßlich eines gleichzeitigen Verhörs von 156 Angeklagten hat ein Kordon von 500 Polizisten das Gerichtsgebäude abgesperrt und aus einer Menge von etwa 1500 Menschen Verhaftungen vorgenommen, als sich unter ihnen „Unruhe bemerkbar machte". Es sind schon sehr gewichtige Hinweise, wenn vor der UNO von afro-asiatischer Seite mit Unterstützung durch Südamerikanische Staaten in solchen Geschehnissen eine ernste Kriegsgefahr für die Zukunft erblickt und einmal mehr die Tatsache angemerkt wird, daß nun einmal zwei Drittel

religiösen und ethischen Pflichten und Idealen haben verkümmern lassen. Im hohen Kult haben wir das Göttliche verehrt, die Weisheiten gelehrt, das Erhabene gepriesen, und dennoch sind wir in die Tiefe gesunken. Denn alle unsere Energien der äußeren Macht haben sich als innere, als geistige Schwäche erwiesen, und an dieser Schwäche sind wir gescheitert. Von je her haben wir zu Faust und Schwert mehr Vertrauen gehabt als zu den höheren, zu den absoluten Werten des Geistes. Das ist unsere politische Not. Bei den Indern, die Gandhi und Nehru folgen, erleben wir es sichtbar, daß es möglich ist, auch die Politik nach den absoluten Werten von Ethik und Humanität auszurichten. Angesichts der Wegenot politischer Führung sucht und braucht die Menschheit diese Kraft, den göttlichen Funken, der in jedem geistig freien Menschen mächtig ist und zur Geltung drängt. Aber diese Kraft kann nicht wirksam werden, wenn ihr in der Politik Widerstand entgegengesetzt wird, wenn also Geld-, Besitz- und Waffenmacht den absoluten Werten den Weg versperren. Was nützt alle hohe Weisheit, wenn die Gemeinschaft dabei doch zugrunde geht!

Es kann nur noch eine Befreiung kommen, wenn nämlich dem angeblichen Wirtschaftswunder das viel größere Wunder in der Politik folgt, die Abkehr von der Feind-Psychose und die Anerkennung des Lebensrechtes für alle Völker. Erst wenn das fundamentalste Recht jeglicher Ordnung, das Leben selbst, bejaht wird, ist die Grundlage für eine Rechtsgemeinschaft der Völker gegeben. Es geht um die schwerste Aufgabe, die jemals der Politik gestellt worden ist, nämlich um die Verhinderung einer grauenhaften Katastrophe, die uns mit ihren Vorboten bereits bedrohlich nahe gekommen ist.

VII.

Mit der radikalen Vernichtungstechnik unseres Jahrhunderts ist das Verhängnis der Geschichte über uns hereingebrochen. Es ist nicht Schicksal, nicht Vorsehung oder Rache Gottes für die Sünden der Menschen, es ist, schon seit den Tagen Konstantins, das vielfach unverantwortliche Treiben der Mächtigen gegen das Lebensrecht derer, die „unten" stehen und die man so gemeinhin das Volk und die Völker nennt. Mit den höchsten Begriffen von Gott, Ehre, Freiheit, Heimat und Vaterland werden die Völker zu den schwersten Opfern angetrieben, um schließlich alles zu verlieren, wofür sie gekämpft hatten. Mit dem Gespenst fremder Gefahren hat man sie geängstigt und in Kampfwut versetzt. Aber bis heute hat man nicht begriffen und nicht begreifen wollen, daß die „weiße Gefahr" unser schlimmstes Verderben war und daß unser Kontinent mit seinen klugen Menschen (homo sapiens!) und seiner überspitzten Zivilisation, mit seiner Anbetung des Materialismus und seiner seelisch absterbenden Kultur zur größten Gefahr für sich selbst und für die Menschheit geworden ist. Im „Zusammenbruch des Geistes" haben wir uns selber an den Rand des Abgrundes gebracht. Nun rüsten wir gegen den Osten und können (oder

---

der Menschheit anderen als den weißen Rassen angehören!

Bei Nehrus unverändert ablehnender Einstellung gegenüber militärischen Machtblöcken und dem kalten Kriege geht man aber dennoch fehl in der Annahme, er sei ein Pazifist in dem bei uns gebräuchlichen Sinne, vielmehr geht seine Überzeugung auf Gandhis Weg zur gewaltlosen Lösung aller Probleme zurück. Daher verlangt Indiens Premier auch von keinem anderen Staatsmann, dieser solle Pazifist sein. Jeder möge seine Macht behalten, nur solle er damit nicht andere immerfort bedrohen. Die Taktik des kalten Krieges aber, wobei jedermann den anderen auf der Gegenseite für einen Teufel hält, könne nur zu einem Kriege führen, zumindest in unseren Herzen, was vielleicht das noch schlimmere Übel bedeute. Könnten wir nur den Haß besiegen, so meint er, würden alle Streitfragen viel einfacher werden, weil die menschliche Seite der Beziehungen zueinander wichtiger ist als die politische oder die militärische.

Zwar hat sich der Ministerpräsident Indiens, der sein Land nach demokratischen Grundsätzen regiert und sich um den Aufbau der indischen Wirtschaft in echtem, nicht doktrinärem Sozialismus bemüht, schon früh auch mit den Ideen des Kommunismus befaßt, aber immer wieder weist er autoritäre Gewaltmethoden entschieden und leidenschaftlich zurück. Kommunistisches Gesellschaftsideal und bolschewistische Praxis sind für ihn zwei ganz verschiedene Dinge, deren Gleichsetzung — was auch westliche Kenner der Sowjetunion nur bestätigen können — einfach unstatthaft und falsch ist. Ihm gefallen die sowjetischen

wollen) nicht verstehen, daß allein wir mit den traurigen Beispielen unserer Geschichte — Christenvölker in ständigen Kämpfen gegeneinander — und mit unserem krassen Materialismus — aus dem Sozialismus und Bolschewismus erwachsen sind — die Gefahr im Osten geschaffen haben. Niemand kann das wohl noch überzeugender formulieren als der amerikanische Bischof Fulton J. Sheen: „Der Kommunismus gehört zu unserer materialistischen westlichen Welt wie der Eiter zum Geschwür" (S. 37, 41 in: Der Kommunismus und das Gewissen der westlichen Welt).

Wer diese Tatsachen übersieht, kann in der Politik den rechten Weg nicht finden. Es ist ein bedauerliches Zeichen, daß man auch heute wieder, genau wie zuvor, diejenigen Menschen verdächtigt und unterdrückt, die angesichts der großen Gefahr zum Frieden durch Verständigung raten und den „Frieden" der Waffenbereitschaft ablehnen. Waffen können heute einen Sinn nur noch in der Gemeinschaft haben, aber nicht gegen sie, also einzig zur Sicherung der Gemeinschaft, nicht zu ihrer Vernichtung, zum Krieg.

Es ist notwendig, daß von hier aus im Wahljahre die Linien ganz klar abgesteckt werden. In der Außenpolitik entscheidet sich die ganze Zukunft. Und es geht um die letzte Alternative, die entweder Weltwende oder Weltende bedeutet.

Mit der Frage „Völkermord oder Weltfriede?" ruft die „Neue Juristische Wochenschrift" (Heft 1/1957) zur Verantwortung vor dem Weltgewissen auf. Sie fordert ein „bis zum äußersten radikales Denken", um die „Situation geistig zu bewältigen, in der wir heute stehen . . . und so lange stehen werden, als die Atomwaffe existiert." Es ist zu begrüßen, daß nun auch in der Welt der Juristen Stimmen laut werden gegen die „zwischenstaatliche Anarchie", gegen die Vergewaltigung des Rechts und gegen das ewige Zerren um den Vorrang in der Macht, selbst in der Idee eines atomaren Gleichgewichts, das die Völker physisch und wirtschaftlich aufreiben muß. Bis ins letzte ernstzunehmen ist die Forderung, man müsse „der Politik der gegenseitigen Bedrohung und Einschüchterung ... ein Ende machen und damit die psychologischen und realen Voraussetzungen schaffen für die dem heutigen Völkerrecht aufgegebene Schöpfung einer umfassenden Friedensordnung". Das ist die Aufgabe der Politik: unter die Irrungen und Methoden der Vergangenheit einen Strich zu setzen und den Weg des Rechtes anstelle des Weges der Gewalt zu gehen, durch Lebensbejahung die Lebensvernichtung zu überwinden und eine Gemeinschaft der Völker zu begründen, die dem Leben einen Sinn und dem Dasein aller eine menschenwürdige Form gibt.

Der Weg steht offen. Nur muß die Kraft der absoluten Werte in uns stärker wirken als die Kräfte der Vernichtung.

Wenn man so nahe vor dem Abgrund steht, muß man umkehren.

Das gilt auch in der Politik.

Praktiken durchaus nicht, und er will sie in seinem Lande nicht haben, ja, er ist sich sicher, daß er ein autoritäres Regime in Indien nicht überleben werde.

Was in Rußland und China geschehen ist, mag ein Teil ihrer geschichtlichen Entwicklung sein. Er hält es nicht für seine Sache, Chinas Methoden zu kritisieren, aber Nehru meint, das eine oder das andere lasse sich daraus lernen, weil viele Probleme Indiens von ähnlicher Art sind wie die chinesischen. Und da die indische Philosophie immer die Nichteinmischung, insbesondere jedoch die religiöse Toleranz gelehrt hat, ist manches von Gandhis Geist selbst von Radikalen und Kommunisten aufgenommen worden.

Auch in den menschlichen Beziehungen, sagt dieser Staatsmann, hat jede Ursache ihre Wirkung, jede Tat, die wir tun, und jeder Gedanke, den wir denken. Sind Tat oder Gedanke böse, so auch ihre Wirkung. Krieg, Furcht vor dem Kriege und Vorbereitung auf den Krieg bringen böse Gedanken hervor, Haß und Bitterkeit und Zerstörungswut. Es ist unsere Aufgabe, dem entgegenzuwirken. Gegenwärtig erleben wir das sonderbare Schauspiel, daß die Kräfte des Bösen und der Gewalt immer stärker werden, obwohl alle Menschen den Frieden wünschen. Dem zu entfliehen, muß es einen Weg geben, der außerhalb der herkömmlichen Politik liegt.

Tibor Mende sagt, Menschen wie Nehru säßen in einer Art von Gefängnis, da sie ihrer Zeit in gewisser Weise voraus sind und sich von einer Welt umgeben sehen, die für ihre Ideen noch nicht reif ist.

Ist Europa diese Welt —?

Prof. Dr. Hans Rheinfelder

Aufgaben des Christentums in heutiger Zeit

Wollte man über die Aufgaben des Christentums einen Aufsatz für ein katholisches oder evangelisches Kirchenblatt schreiben, so stünde man an einem klar bestimmten Ausgangspunkt. Ein solcher Markstein fehlt demjenigen, der seine Gedanken über diesen Gegenstand für eine politische Zeitschrift niederschreiben will. Denn alsbald hört er die Frage: „Was verstehst Du hier unter Christentum?", und die Frage wird mit Recht gestellt.

Denn die Bezeichnung Christentum wird heute — Gott sei's geklagt! — für sehr verschiedene, ja, für einander widersprechende Begriffe verwendet, so daß sich der Nicht-Christ einem wahren Gestrüpp der Meinungen gegenübersieht. Die Gegensätze sind zum Teil so groß, daß sie einander ausschließen. Gegenüber den zwei Behauptungen „Christus ist wahrer Gott und wahrer Mensch zugleich" und „Christus ist ein von Gott besonders begnadeter Mensch, aber nicht selbst Gott" gibt es nur drei Möglichkeiten der Richtigkeit: 1. die erste Behauptung ist richtig — dann ist die zweite falsch, 2. die zweite Behauptung ist richtig — dann ist die erste falsch, 3. beide Behauptungen sind falsch. Eine vierte Möglichkeit, daß nämlich beide Behauptungen richtig seien, gibt es nicht.

Ebenso widerspruchsvoll sind die zwei Behauptungen „Christus hat sieben Sakramente eingesetzt" und „Christus hat zwei Sakramente eingesetzt". Auch hier gibt es nur jene drei Möglichkeiten, während es unmöglich ist, daß beide Behauptungen richtig seien. Freilich taucht hier schon die Frage auf, ob die beiden widerspruchsvollen Behauptungen nicht doch als identisch erwiesen werden können, wenn man sie in andere Worte übersetzt. Denn nicht selten handelt es sich bei einander so widersprechenden Sätzen gar nicht um ein theologisches, sondern um ein rein philologisches Problem. In unserem Falle hätte der Philologe zu fragen: „Verstehen denn die beiden Behauptungen unter dem Wort ‚Sakrament' genau das gleiche?" Eine sorgfältige, freilich ungewöhnlich mühevolle und daher meistens übersprungene Diskussion des Wortsinnes würde oft eine überraschende Übereinstimmung aufleuchten lassen, wo vorher unversöhnliche logische Gegensätze zu bestehen schienen.

Es ist eine Tragik der menschlichen R e d e, daß für einen und denselben Begriff zwei und mehr verschiedene Wörter verwendet werden können — ein Gewinn für die Dichtung, ein Verderben für die Philosophie! — und daß oft für zwei grundverschiedene Begriffe dasselbe Wort gebraucht wird — woraus abermals die Dichtung Gewinn zu ziehen pflegt, wobei aber das philosophische Gespräch fruchtlos wird. Gehen wir noch einen Schritt zurück, zur Tragik des menschlichen D e n k e n s, so zeigt sich, daß die Menschen nun wieder von einem und demselben Ding sich grundverschiedene Begriffe bilden, während sie von zwei grundverschiedenen Dingen den gleichen Begriff besitzen. Schon stecken wir mitten im Gestrüpp! Und da sollen wir herausfinden, was für einen Begriff wir mit dem Wort „Christentum" meinen und was für ein Ding hinter diesem Begriffe steht? Ein hoffnungsloses Unterfangen, diese Präliminarien auf wenigen Seiten klären zu wollen! Wir bedienen uns daher — für unsere Zwecke, hier und jetzt — eines Provisoriums, mit allen seinen Schwächen, wir suchen für die mannigfaltigen Erscheinungen, die sich Christentum nennen, das „kleinste gemeinsame Vielfache" und verstehen unter Christentum die Gesamtheit aller jener Religionen und Konfessionen, die ihre Lehre und ihre Lebensnorm aus dem Neuen Testament gewinnen wollen. Somit verwenden wir das eine Wort „Christentum" für sehr viele und sehr verschiedene Begriffe und für noch mehr und noch verschiedenere Dinge, aber für unseren Zweck mag dieser weite Gebrauch des Wortes verzeihlich, jedenfalls zweckdienlich sein.

Um die Aufgaben des heutigen Christentums zu erkennen, wird man sich über die besondere Situation des Christentums in unserer Zeit, seine Möglichkeiten und seine Gefährdungen klar werden müssen. Aus der Sündflut zweier Kriege ist eine neue Welt entstanden, die ihren bisherigen Mittelpunkt verloren hat. Zum ersten Male seit dreitausend Jahren hört der Europäer auf, Europa als die Mitte der Welt zu sehen. Noch ist ein anderer Mittelpunkt nicht sichtbar geworden. An die Stelle des Kreises ist eine Ellipse mit zwei Brennpunkten getreten — man mag sie USA und Sowjetunion oder Amerika und Asien nennen — und vielleicht haben wir Europäer uns endgültig an diese neue geometrische Weltfigur zu gewöhnen. Wie wird sich das Christentum darin zurechtfinden? Wohl

könnte auch ein weltpolitisch bedeutungslos gewordenes Europa noch den Mittelpunkt des Christentums tragen und damit neue Weltbedeutung gewinnen, wofern es ihm gelänge, weder nach dem einen noch nach dem anderen politischen Brennpunkt hin abzugleiten, sondern auch in der Ellipse Schnittpunkt der Achsen, also Kreuz, zu bleiben. Aber auf alle Fälle werden ganz neue Probleme auftauchen, die bereits jetzt scharf ins Auge gefaßt werden sollten. Vom Westen her wird zweifellos die amerikanische Gestalt des Christentums mit ihrem Prinzip der Aufsplitterung in immer mehr kleine Gemeinschaften und Sekten auch nach Europa hin wirken, sich da mit den politischen Kämpfern gegen Diktatur und Führerprinzip verbünden und eine Demokratisierung der Religion propagieren. Von Osten her könnte eine Aktivierung der christlichen Ostkirchen unter Moskaus Führung erfolgen, das schon seit langem und auch heute noch, vielleicht heute erst recht wieder, das dritte Rom — nach Rom und Byzanz — zu sein beansprucht. Auf alle Fälle aber werden aus dem Osten die anderen großen Weltreligionen nach Europa dringen und Anhänger gewinnen, Brahmanismus und Buddhismus — beide älter als das Christentum — ferner der jüngere Islam, vielleicht auch noch andere Religionen aus China und Japan. Man kann sich vorstellen, welchen Schwierigkeiten und Gefahren indessen die christlichen Missionen in den Ländern des Ostens ausgesetzt sein werden, wo sie als mehr oder weniger politische, jedenfalls aber als kulturelle Fremdkörper in nationalistisch fühlenden Staaten empfunden werden müssen.

Den Religionen des Ostens wird es dabei zugute kommen, daß in Europa selbst das Christentum in einer Dekadenz begriffen ist, die das gefährlichste Stadium da erreicht hat, wo sie am wenigstens zugegeben, ja, auch nur gesehen wird. Am meisten ist die christliche Substanz in den großen Städten und auf dem Lande im Schwinden. Die letzten Erhebungen stellen fest, daß es in den Städten z. B. wie München oder Köln unter den Katholiken nur noch 10—12 v.H. gibt, die man als praktizierende Katholiken bezeichnen kann. In Diasporagemeinden wie etwa Hamburg ist der Prozentsatz höher, aber in keiner Großstadt werden auch nur entfernt die 50 v.H. erreicht, und überall nimmt der Prozentsatz weiterhin ab. In den allerseltensten Fällen finden diese vielen Entfremdeten den Weg zu einer anderen christlichen Konfession oder zu einer außerchristlichen Religion oder zu einer philosophischen Weltanschauung. Fast regelmäßig führt der Pfad von der Gleichgültigkeit zum Nihilismus, Materialismus, Atheismus: h i e r wächst mit erschreckender Schnelligkeit der fruchtbare Ackerboden für den Kommunismus und für den Bolschewismus, die einstweilen nur noch aus wirtschaftlichen, aber kaum mehr aus weltanschaulichen und ethischen Gründen am siegreichen Einbruch nach ganz Europa gehindert sind. Die Machthaber in Moskau wissen ganz genau, daß sie nur zu warten brauchen und daß bei fortschreitender Entchristlichung Europas ihnen ein unblutiger, großer Sieg ihrer Idee bevorsteht, zu dessen Gewinnung sie keinen Schritt zu tun, keinen Finger zu rühren brauchen. Es scheint in der Tat, daß Sowjetrußland von der alten Kirche das Wartenkönnen, das Denken und Planen in Jahrhunderten gelernt hat.

Das Phänomen des Christentums im heutigen Europa verlangt nach einer Erklärung. Da die Dekadenz bereits seit Jahrhunderten im Gange ist, hat man schon lange auf ihre mannigfachen Ursachen hingewiesen. Sie liegen letzten Endes ausnahmslos in einem Versagen der Christen selbst, in ihrer Nachgiebigkeit, ja, in ihrem Entgegenkommen gegenüber den geistigen Gefahren der Jahrhunderte. Es soll hier nicht noch einmal auf dieses vielfältige Versagen eingegangen werden: über dem Hauptnenner „Abkehr von den Normen des Evangeliums" stehen als Zähler theologische, philosophische, soziale, pädagogische, machtpolitische, militärische, wirtschaftliche und andere Verfehlungen.

Dazu kommen aber heute noch andere Ursachen der Dekadenz, die insofern viel gefährlicher sind, als man sie nicht als Verfehlungen bezeichnen kann. Gegen Verfehlungen, wenn sie erkannt sind, kann der Prediger predigen, vor Verbrechen darf die Schule mit aller Autorität warnen, der Sünden muß das Beichtkind sich schuldig bekennen. Doch an den Wurzeln des Christentums nagen heute nicht nur solche klar erkennbaren und vom Gewissen bestätigten Verfehlungen, sondern auch viel tückischere Feinde, deren Schuld schwerer zu erkennen ist und vor denen kein Prediger, kein Lehrer, kein Beichtvater warnen kann: denn ihre Schuld ist Schuld nur im Sinne von Ursache, nicht Schuld im Sinne von Sünde. Die beiden Grundschädlinge des heutigen Christentums sind das Z u v i e l und das Z u s c h n e l l aller Eindrücke des Lebens. Mit zahlreichen Sendlingen stür-

zen sich diese beiden auf die Menschheit. Am gefährlichsten sind darunter Kino, Radio, Bildfunk, illustrierte Zeitungen — alle diese Dinge als solche, nicht etwa eines unsittlichen Inhaltes wegen. Aber auch Motorrad, Moped und Auto, sofern sie zu übersteigertem und unnotwendigem Gebrauch verleiten, gehören zu ihnen. Welcher Prediger würde nicht völlig unverstanden bleiben, ja, sich lächerlich und unmöglich machen, wollte er sich unterfangen, gegen Kino, Radio, Auto, Toto und andere mehr oder weniger unheimliche Dinge seine warnende oder rügende Stimme zu erheben! Und so bleibt die Gefahr umso größer. Denn der Benutzer dieser Errungenschaften stelle es an, wie er wolle: bedient er sich ihrer nicht mit einer asketischen Selbstbeherrschung — deren aber der moderne Mensch schon lange nicht mehr fähig ist und deren Wert um die Mitte des 20. Jahrhunderts tiefer im Kurse steht als jemals zuvor, tiefer auch als in den Jahrzehnten der Renaissance — so wird er rettungslos dem Zuviel und dem Zu schnell verfallen, in Oberflächlichkeit und Hast geraten, in deren seichter Luft alles echt Menschliche früher oder später absterben muß, Gründlichkeit, Besinnlichkeit, Sammlung, Tiefe, Beharrung, kurz, alle jene Haltungen der Seele, die eine unerläßliche Voraussetzung für das Gedeihen des Christentums, ja, der Religion überhaupt bilden müssen. S o l c h e Gefahren hat Novalis noch nicht ahnen können, als er 1799 in seiner Abhandlung „Die Christenheit oder Europa" (auf den ersten Seiten) immerhin schon Klage darüber erhob, daß dem Christentum dadurch Abbruch geschehe, daß die Menschen zuviel Zeit an die Dinge weltlicher Kultur verschwendeten: „Eine längere Gemeinschaft der Menschen vermindert die Neigungen, den Glauben an ihr Geschlecht, und gewöhnt sie, ihr ganzes Dichten und Trachten den Mitteln des Wohlbefindens allein zuzuwenden, die Bedürfnisse und die Künste ihrer Befriedigung werden verwickelter, der habsüchtige Mensch hat soviel Zeit nötig, sich mit ihnen bekannt zu machen und Fertigkeiten in ihnen sich zu erwerben, daß keine Zeit zum stillen Sammeln des Gemüts, zur aufmerksamen Betrachtung der inneren Welt übrig bleibt." Freilich scheinen die Gefahren des Zuviel und des Zu schnell nicht nur dem Christentum, sondern a l l e n Religionen in der ganzen Welt die Lebensluft zu entziehen; nicht überall in dem gleichen Maße, am meisten sicher in Europa und in Amerika, während die östlichen Religionen den bei ihnen importierten europäischen Erfindungen einstweilen noch das Mißtrauen gesunden Selbsterhaltungstriebes entgegensetzen. Aber wie lange noch?

Wem unsere Zeichnung und unsere Prognose zu düster erscheinen will, der weist vielleicht darauf hin, wie sehr doch tatsächlich das Christentum im Vormarsch begriffen sei, insofern sein Einfluß in aller Welt sich heute spürbar mache, in heidnischen Religionen und in rein weltlichen Organisationen, in der Politik und in der Wirtschaft. Sicherlich, gewisse Verhaltensweisen der christlichen Ethik sind heute beinahe Allgemeingut der Menschheit geworden. Aber man wird in der Beurteilung vieler Erscheinungen doch recht vorsichtig sein müssen. So wäre z. B. zu fragen, ob etwa die Haltung Gandhis oder Nehrus mehr aus christlichem Boden oder mehr aus dem Boden einheimisch indischer Religiosität erwachsen sei. Daß in den säkularisierten Gemeinschaften, die man seit dem 18. Jahrhundert in Europa kennt, viel christliches Moralgut lebendig ist, bezweifelt niemand. Aber eine Verchristlichung ist damit n i c h t geschehen. Eine neue Gefährdung des Christentums in unserer Zeit wird hier sichtbar: dem christlichen Firnis auf der einen Seite entspricht ein heidnischer Firnis auf der anderen. Christianisierung dort, Paganisierung hier — sollte man sich da nicht begegnen können, so recht in der Mitte? Was hier droht, ist nichts Geringeres als die Relativierung des Christentums, seine Ausweitung zu einer bloßen Morallehre auf Grund eines weitherzigen Deismus.

Die Paganisierung des Christentums zeigt sich am furchtbarsten in der Politik. Christliche Politiker, die sich in Wort und Tat zum Christentum bekennen, halten zwar unverrückbar an christlichen Zielen ihrer Politik fest, bedienen sich jedoch zur Erreichung dieser christlichen Ziele rein heidnischer Mittel. Nicht immer, aber doch gelegentlich ist es so, daß der christliche Politiker die Verwendung der christlichen Methoden des Evangeliums zur Erreichung seiner christlichen Ziele bewußt ablehnt. In den meisten Fällen aber ist er sich gar nicht im klaren darüber, wie sehr er sich heidnischer, ja, geradezu widerchristlicher Mittel bedient. Zu christlichen Zielen auf heidnischen Wegen — der Widersinn liegt auf der Hand!

Gerade von dieser Seite her kann die Gefahr für das Christentum nicht groß genug gesehen werden. Nicht, als ob uns je um die Fortdauer von Christi Werk bangen könnte, hier steht fest die Verheißung; aber der Leuchter kann aus einem Volke weggerückt und zu einem anderen Volke gebracht werden. Christliche Missionare aller Konfessionen können davon erzählen, wie fragwürdig ihr ganzes Wirken wird, wenn ihre Neophyten durch Verkehr mit Europäern, besonders durch Reisen in Europa, mit den Methoden der christlichen Staaten, mit ihren Heeressystemen, mit ihren Kriegen bekannt werden, wenn sie merken, wie gering tatsächlich bei den christlichen Europäern der Glaube an die Kraft des Evangeliums, das Vertrauen zu seinen Methoden ist, so daß sie lieber bei den bewährten heidnischen Methoden der Politik bleiben. Kommt dazu im einzelnen Falle der Opportunismus oder Utilitarismus berufener Hüter des Evangeliums, die zu den heidnischen Methoden ihrer Regierung schweigen, koloniale Verbrechen nicht an den Pranger stellen, ja, bisweilen durch ihr Wort sogar den widerchristlichen Mitteln ihrer Regierungen Vorschub leisten — wie wir es leider hier und da zu beklagen haben —, dann muß bei den neubekehrten Christen, zumal wenn sie aus einer der heidnischen Hochreligionen gekommen sind, der Kredit des Christentums so sehr dahinschwinden, daß niemand einen Stein auf sie werfen wird, wenn sie zum Brahmanismus oder Buddhismus ihrer Väter zurückkehren. Altchristlichen Beobachtern solcher Geschehnisse könnte da wahrhaftig die Anfechtung kommen, am Absolutheitsanspruch des Christentums irre zu werden und allen Religionen gleiche Gültigkeit, je nach Land und Rasse, zuzusprechen. Wenn uns nicht alles täuscht, so wird dieser Relativismus für das europäische Christentum der nächsten hundert Jahre bei weitem die größte äußere Gefahr darstellen, eine Gefahr, die nicht die bereits entchristlichten Europäer, sondern gerade die noch gläubigen, frommen Christen Europas anfallen wird. Hier werden die Christen sich mehr denn je zu bewähren haben, werden den Absolutheitsanspruch des Christentums neu und lebendig erfassen, in seiner Berechtigung aufzeigen, ihn gegenüber echter Toleranz abgrenzen müssen. Die Bewältigung dieser Aufgaben darf auch in der Predigt nicht länger aufgeschoben werden, zumal wenn — wie es immer mehr den Anschein hat — Indien, ein „heidnisches" Land, die Rolle der Friedensstiftung und Vermittlung zu übernehmen sich anschickt, die im Mittelalter dem Christentum, dem Kaiser und dem Papst, zukam. Bei dieser Ablösung soll es vielleicht Indiens providentielle Aufgabe sein, uns Christen den Sinn der Bergpredigt vorzuleben, uns zu beweisen, daß die Gewaltlosigkeit der Bergpredigt eben doch keine Utopie ist und daß Jesu Worte auch an d i e s e n Stellen vielleicht doch wörtlicher zu nehmen sind, als wir bisher geglaubt haben. Schon jetzt müssen uns Christen die Mittel und Erfolge Gandhis nachdenklich machen.

Aus der Erörterung der heutigen Gefährdung des Christentums sind wir nun bereits unversehens in die Erörterung der drängendsten Aufgaben hineingeraten. Wir denken dabei nicht an die Aufgaben christlicher Liebestätigkeit, die auch heute in ihrer ganzen Weite und Mannigfaltigkeit bestehenbleiben, ja, auch in den neuen Nöten einer neuen Zeit erhöhte Aktivität und wachsenden Opfergeist erfordern, sondern an jene Aufgaben, die das Christentum heute zur Rettung und Sicherung seiner eigenen Existenz anpacken muß. Es soll hier auch nicht von dem ersten und wirksamsten christlichen Mittel zur Lösung aller Aufgaben die Rede sein, vom Gebet, das in seiner Wirkung wenigstens theoretisch niemals angezweifelt worden ist. Wir beschränken uns auf die konkreten und spezifischen Aufgaben, die in unserer ganz besonderen Zeit und in unserer Daseinsgefährdung zu den bisherigen Aufgaben hinzukommen.

Die sichtbarste Wunde der Christenheit ist ihre Zerspaltung in viele Konfessionen. Fast haben wir uns so daran gewöhnt, wie wenn es gar nicht anders sein könnte. Aber der Christ darf nie vergessen, daß dieser Zustand widerchristlich ist. Segen muß auf allen ruhen, auf Individuen und Gemeinschaften, die sich das hohepriesterliche Gebet Jesu (Joh. 17) zu eigen machen und der Wiedervereinigung der Christenheit den Weg bereiten helfen. Viel ist schon geschehen, und viel guter Wille ist am Werk. Auf religiösem Gebiet ist die Koexistenz — wir nennen sie hier Toleranz — längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Gelegentliche Trübungen des konfessionellen Friedens sind zu beklagen, dürfen uns aber nicht mutlos machen. Der große französische Theologe Henri de Lubac schreibt in seinen „Nouveaux Paradoxes" (S. 65 ff.) die schönen Sätze: „Bei der Suche nach der christlichen Einheit geht es ganz und gar nicht ebenso wie bei den Verhandlungen der Diplomaten oder bei den Besprechungen zwischen politischen Parteien. Wenn

diese nicht zu einer Vereinbarung gelangen, dann ist nichts erreicht. Auf religiösem Gebiet dagegen trägt jede Bemühung schon ihren Erfolg in sich. Jeder ernsthafte Wille nach Vereinigung ist ein wirklich vollzogener Schritt auf die Vereinigung zu. Und selbst angenommen, diese Vereinigung in ihrer vollen Gestalt sollte immer wieder entgleiten, ja, sogar immer unwahrscheinlicher werden, so bedeutet doch jeder einzelne der Schritte, die zu diesem Ziel getan worden sind, einen absoluten Gewinn. Welch wunderbares Paradox! Jede innere Einstellung auf dieses Ziel bringt uns der Vereinigung tatsächlich näher, weil sie die Liebe vermehrt, die schon in sich eine einigende Kraft trägt." Sich kennenlernen, sich verstehen, sich lieben — auf diesem Wege muß früher oder später die Wiedervereinigung der gespaltenen Christenheit erfolgen, nicht in einem Kompromiß der Lehren (den es in Wahrheitsfragen nie geben kann), aber doch so, daß alle ihr Bestes in die neue, große Gemeinschaft mitbringen, jeder sich bereichert, niemand sich betrogen fühlt. Die Christenheit wird entweder wieder zur Einheit des Glaubens gelangen, oder sie wird in der fortschreitenden religiösen Dekadenz Europas den Ideen aus dem kommunistischen Osten erliegen.

Die Schließung dieser sichtbarsten aller Wunden am Leib des Christentums darf uns jedoch nicht ganz so in Anspruch nehmen, daß wir nicht sofort auch an andere Aufgaben herangingen, vor allem an die Heilung der unsichtbarsten aller Wunden, des religiösen Luftmangels. Wenn die Welt, in der wir heute leben, so bleibt, wie sie ist, dann wird das Christentum über kurz oder lang ersticken müssen, weil die Voraussetzungen für das Wachsen und Gedeihen irgendeiner Religion nicht mehr gegeben sind. Einer der klügsten Sätze der mittelalterlichen Theologie und Philosophie lautet: Gratia supponit naturam, d. h. „Die Gnade kann nur auf dem Boden unversehrter Natur aufbauen." Den Hütern des Christentums wird immer auch die propädeutische Aufgabe zufallen — zumal da der Staat in dieser Hinsicht wenig oder gar nichts tut — diese natura, diese naturhaften Voraussetzungen der Religion zu schützen und immer wieder zu erneuern; sonst wird aller Dienst an der gratia, alle Seelsorge fruchtlos bleiben müssen. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß die natura als Fundament der gratia noch niemals so schadhaft gewesen ist wie heute.

Seit zehn Jahren hat man wieder viel von den Menschenrechten gesprochen. Aber niemand hat sich zum Anwalt der vier Urrechte aller Menschen gemacht, die noch vor den sogenannten Menschenrechten unverlierbarer Besitz jedes Menschen sein müßten: das Recht auf L i c h t, D u n k e l h e i t, L u f t und S t i l l e. Wo nur ein einziges dieser Rechte verletzt wird, ist natura verwundet und damit der Untergrund für gratia schadhaft geworden. Nicht alle vier Urrechte sind jeweils gleichmäßig angefochten. Der Mensch im mittelalterlichen Kerker entbehrte des Lichtes. Die Gestapo hat ihren Gefangenen oft das Dunkel der Nacht vorenthalten und sie zur Zeit des Schlafes unter grelle Beleuchtung versetzt. In unseren vergasten Großstädten ist die Luft nicht mehr zumutbar. Die Stille aber scheint auf der ganzen Welt verschwunden zu sein, seitdem Explosionsmotoren, auf Erden und in der Luft, überallhin sich bewegen dürfen (man vergleiche dazu, was Eduard Spranger in seinem Aufsatz „Wider den Lärm", 1956, darüber zu sagen hat!). Mir scheint, man könnte später einmal — gerade im Hinblick auf die schauerliche Verletzung der vier Urrechte des Menschen — unser Jahrhundert als das „Jahrhundert der Brutalität" bezeichnen, einer Brutalität, die in den zwei Weltkriegen, in den Konzentrationslagern, in den Oradourisierungen in Frankreich, in der Tschechoslowakei und besonders in Algerien ihre Spitzenleistungen vollbracht hat, die aber ihre Wurzel schon in den kleinsten Rücksichtslosigkeiten des Alltags besitzt, selbst des Alltags in den Kirchen, wo man, ohne sich überhaupt noch etwas dabei zu denken, mit den Füßen auf die Kniebänke steigt. Bei solchen Kleinigkeiten beginnt es. Die Zigarette in ihrer heutigen Verwendung oder den Explosionsmotor könnte man geradezu als Symbole moderner Rücksichtslosigkeit wählen.

Hier läge eine propädeutische Aufgabe des Staates, liegt eine propädeutische Aufgabe des Christentums, die man bisher viel zu wenig beachtet hat, deren Nichtbeachtung aber das Scheitern vieler Missionierungen zur Folge hat. In der natura wieder die Grundlage der gratia zu schaffen, das ist die Forderung, die man heute als ein lautes „Videant consules!" in die Christenheit hineinrufen muß. W i e freilich die natura geheilt, dem Menschen die Stille und die Luft zurückgegeben, die Gefährdung durch das Zuviel und Zu schnell gebannt werden kann, das zu überlegen, ist ein weites Feld. Sicher ist nur, daß die Aufgabe angepackt und bewältigt werden m u ß, wenn Christentum, wenn überhaupt Religion weiterbestehen soll.

Auf der Grundlage der natura muß sodann das Christentum mehr als je ganz integral aufgebaut werden. Das mag vielen wehtun, aber nur integrales Christentum kann den Gefährdungen unserer Zeit standhalten. Auch jene Stellen des Neuen Testamentes, die man vielfach als Utopien oder als nur für bestimmte Menschen und Situationen gültig erklärt oder bestenfalls ignoriert hat, sollten neu durchdacht und ganz ernstgenommen werden. Daß bei dem heutigen Zustand der Verteidigungswaffen jede Verteidigung mit solchen Waffen sündhaft und sinnlos ist, weil sie nicht nur viel mehr Unschuldige als Schuldige trifft, sondern auch den Verteidiger selbst immer mehr schädigt und ihm in jedem Falle mehr Verderben bringt, als wenn er sich überhaupt nicht mit Kriegswaffen wehrte — das ist allen klar geworden, die die Verheerungen des zweiten Weltkrieges mit eigenen Augen und mit wachen Sinnen gesehen haben. Heute wäre zu prüfen, ob das Evangelium Christi uns nicht christlichere und wirksamere Mittel der Verteidigung an die Hand gibt, Mittel, die überdies durch ihren Adel dem Christentum von neuem die Herzen der Welt gewinnen müßten.

Hier stehen wir vor einer der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben, die dem Christentum von heute gestellt sind. Da fast alle Staaten der Erde, auch die christlichen, heute mehr oder weniger unchristliche oder widerchristliche Politik treiben, so hat das Christentum die Aufgabe und heilige Pflicht, dem Staate mannhaft das Johanneswort „Non licet!" — „Es ist dir nicht erlaubt!" — entgegenzurufen. Und der Christ, jeder nach seinen Möglichkeiten, muß solchen Widerspruch freimütig wagen — so freimütig wie Dante gegenüber dem Kaiser und gegenüber dem Papst, jener Dante, dem doch, nicht zuletzt um dieses Freimuts willen, ein späterer Papst, Benedikt XV., 1921 eine eigene Enzyklika gewidmet hat, so daß der Dichter und Politiker Dante der einzige nicht heiliggesprochene Laie ist, dem solche Auszeichnung zuteil geworden ist!

Das freimütige Wort des heutigen Christen muß an dem Wort des Apostels Paulus sich ausrichten, der seinen Schüler Timotheus ermahnt, opportune importune zu sprechen, d. h., ob es bequem oder unbequem sein mag. Ehrfürchtig beugen wir uns vor Professor Huber, den Geschwistern Scholl und ihren Kommilitonen, vor den Männern des 20. Juli, die, ihrem Gewissen folgend, einer rechtmäßig gewählten Regierung entgegentraten und ihr den Gehorsam kündigten, weil sie Unrecht tat und das Volk in Aufrüstung, Krieg und Ruin hineinführte. Nicht immer wird solches Handeln erfordert werden, immer aber das freie Wort. Das Christentum, seine berufenen Wächter, aber auch jeder Christ haben das Recht, ja, im Gewissen die Pflicht, den Staatsmann zur Ordnung zu rufen, wenn er nach widerchristlichen Zielen strebt, wenn er christliche Ziele mit widerchristlichen Mitteln zu erreichen sucht, wenn er mit Unehrlichkeit und Betrug arbeitet.

Darf man noch von christlicher Demokratie reden, wenn fast ein ganzes Volk eine Invasion in Ägypten mißbilligt, der Staatsmann aber sich gegen den Willen des Volkes eine Parlamentsmehrheit sichert und die Invasion doch vollzieht? Wo liegt da der Unterschied zum Führerstaat Hitlers? Auch bei der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland sind gewiß alle Spielregeln der demokratischen Politik eingehalten worden: die Parlamentsmehrheit ist zustandegekommen, und so konnte die Einführung erfolgen, obwohl die Mehrheit des Volkes entschieden dagegen war. Aber liegt hier nicht eine ganz große Gefahr, nicht nur für die Lauterkeit des Christentums, sondern auch für das Staatsleben? Welcher denkende Bürger wird noch wählen wollen, wenn er gewärtigen muß, daß der von ihm gewählte Abgeordnete mehr auf den Wunsch des Führers als auf den Willen der Wähler achtet!

Verheerend müßte sich solche politische Unstimmigkeit und Unlauterkeit auf das Christentum auswirken, wenn nicht sofort ein deutliches „Non licet!" vernehmbar würde. Erst wenn jeder Christ diese Aufgaben seines Gewissens erkennt, sich nicht scheut, den Staatsmann zur Rede zu stellen, wo immer er von christlicher Norm abweicht, erst dann kann ein christlicher Staat wirklich gedeihen, erst dann das Christentum wieder zu Ansehen und Einfluß gelangen. Solches freimütige Christentum meint auch Novalis, wenn er gegen Ende des erwähnten Aufsatzes schreibt:

> „Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und die Völker sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr altes, friedenstiftendes Amt installieren."

Die polnischen Katholiken

angesichts der neuen politischen Lage in Polen

An führende Kreise des polnischen Katholizismus haben sich die „Blätter für deutsche und internationale Politik" mit der Bitte gewandt, die in Fluß geratene Umgestaltung des gesamten Lebens in Polen zu schildern. Daraufhin ist der Redaktion der nachfolgende Artikel zugegangen. Er dürfte bei den Lesern der „Blätter" um so mehr aufmerksame Beachtung finden, als die jüngsten Parlamentswahlen 69 katholische Abgeordnete in den neuen Sejm gebracht haben.

Wollte man kurz und bündig die Einstellung der polnischen Katholiken zu den Ereignissen in Polen charakterisieren, zu denen die VIII. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei (PVAP) vom 17. bis 20. Oktober v. Jhs. den Anstoß gegeben hat, dann müßte man feststellen, daß diese Stellungnahme nicht nur wohlwollend war, sondern mehr noch: positiv und aktiv. Es leuchtete nämlich schon lange vor den allgemein bekannten Geschehnissen dieser vier Oktobertage ein, daß die Tendenz des im Gange befindlichen Kampfes, das Verlangen nach Liberalisierung des politischen Lebens, nach Gesetzlichkeit, nach Liquidierung der Obergewalt des Sicherheitsdienstes, nach Neuregelung der Beziehungen zur Sowjetunion — daß alles das im Endeffekt zu einer Verbesserung in der Lage der Kirche in Polen, zu einer Ausweitung der Religionsfreiheit, zu einer Wiedergutmachung der der katholischen Öffentlichkeit im vorangegangenen Zeitabschnitt zugefügten Schäden führen müßte.

Der Gang der Entwicklung hat diese Voraussichten vollauf bestätigt.

Schon binnen einer Woche nach der Bildung des neuen Politischen Büros der PVAP mit Wladyslaw Gomulka an der Spitze und nach der Wiederaufnahme in das Zentral-Komitee der Partei von früher aus ihm ausgeschlossenen Männern — z. B. Marian Spychalski, Ignacy Loga-Sowinski und Zenon Kliszko — kehrte der Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszinski, nach Warschau zurück. Einige Tage später folgte die Rückkehr der Bischöfe Stanislaw Adamski als Ordinarius, Herbert Bednorz als Koadjutor und Juliusz Bieniek als Suffragan der Diözese Kattowitz und Antoni Baraniak als Suffragan von Gnesen in ihre Residenzen, und fast gleichzeitig wurde die Gemischte Kommission aus Vertretern der Regierung und des Episkopats zur Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche berufen. Am 4. Dezember wurden die Bischöfe ernannt, die von nun an die Diözesen der Westgebiete verwalten werden, an deren Spitze bisher nur Kapitularvikare standen. Weitere vier Tage darauf wurde ein Kommuniqué der oben erwähnten Gemischten Kommission über die in ihr vereinbarten Beschlüsse veröffentlicht, die die strittigsten und schwierigsten konfessionellen Probleme regeln. Aus diesen Tatsachen wird deutlich, daß die katholische Kirche Polens sich schon zwei Monate nach den Oktoberereignissen in einer neuen, unvergleichlich besseren Lage als zuvor befand, und die Perspektiven des katholischen Lebens in Polen scheinen diesen Optimismus zu begründen.

Jedoch erschöpft das vorstehend Gesagte, was die Haltung der polnischen Katholiken und die sich aus der neuen Sachlage ergebenden aktuellen Vorteile betrifft, selbstverständlich nicht das gesamte Problem. Das Ganze ist weit komplizierter, und der Schlüssel zu seinem Verständnis liegt viel tiefer

Um die katholische Haltung richtig zu verstehen und um sich bewußt zu werden, warum die Dinge in Polen so ganz anders als in Ungarn abgelaufen sind, muß man vor allem die spezifischen Wesenszüge des „polnischen Oktober" und der nachfolgenden Wochen in Erinnerung bringen, zumal sie in den ausländischen Kommentaren im allgemeinen nicht berücksichtigt worden sind. Insbesondere muß da festgestellt werden, daß der in Polen erfolgte Umschwung — weder mit seinem Verlauf noch in seinen Entwicklungstendenzen — die grundlegenden Prämissen der polnischen Politik aus geographischer und innenpolitischer Lage nicht verletzt hat. Trotz des sehr weitgehenden Revisionismus, d. h. trotz des heftigen Strebens nach einer Änderung der Formulierungen und der Praxis der stalinistischen Jahre, sind beständig solche Axiome geachtet worden wie z. B. das von der *Notwendigkeit, freundschaftliche* und der Allianz entsprechende Beziehungen zur Sowjetunion aufrecht zu erhalten, von denen — bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in

Europa und in der Welt — die polnische Westgrenze abhängig ist. Ebensowenig hat man die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beanstandet, die Grundsätze der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung so wenig wie die auf der Nationalisierung der Produktionsmittel basierende sozialistische Gesellschaftsordnung oder etwa die allgemeine Richtung der ökonomischen Entwicklung, die sich aus der notwendigen schnellen Industrialisierung des Landes ergibt. Mit anderen Worten: während der „polnischen Oktoberrevolution" haben sich nirgendwo deutlich Forderungen nach einer Rückkehr zur kapitalistischen Ordnung gezeigt.

Dabei ist zu unterstreichen, daß in diesen Fragen eine fast einmütige Haltung aller Staatsbürger geherrscht hat. Die im zweiten Weltkriege gesammelten Erfahrungen haben in der polnischen Nation zweifellos das Verständnis für ihre eigene Staatsraison vertieft, und das hat Polen ermöglicht, die schöpferischen und zugleich sehr gefährlichen Oktober- und Dezembertage durchzustehen.

Die Haltung der Katholiken ist dabei von der der Polen mit anderen weltanschaulichen Überzeugungen nicht abgewichen. Charakteristisch ist, daß der Primas von Polen bereits in seinen ersten Äußerungen zur Ruhe, zur Geduld und zur Einigkeit aller Polen ohne Rücksicht auf die sie trennenden religiösen oder philosophischen Unterschiede gemahnt hat. Ebenso charakteristisch ist, daß die nach der VIII. Plenarsitzung der PVAP neugebildeten katholischen Gruppen — die ja zum überwiegenden Teile aus Menschen bestehen, die vorher zum Sozialismus und zum politischen System Volkspolens negativ eingestellt waren! — jetzt dem Aufbau des Sozialismus ihre Unterstützung leihen. Von größter Bedeutung war in diesem Zusammenhange die Einstellung Gomulkas den Katholiken gegenüber: schon in seiner zielsetzenden Rede vom 20. Oktober erklärte er, daß „die Idee, nur Kommunisten könnten die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen, ärmlich" sei.

Und abermals muß, wie schon vorher, festgestellt werden, daß der Hinweis auf das in der gesamten polnischen Nation vertiefte Verständnis für die Imponderabilien ihrer eigenen Politik und auf die daraus abgeleitete Haltung der Katholiken den Sachverhalt nicht restlos erklärt, obschon dieser Hinweis von grundlegender Bedeutung ist.

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß sich während der letzten zwölf Jahre innerhalb der katholischen Öffentlichkeit Polens vieles geändert hat. Aus verschiedenen Gründen — zu den wichtigsten zählt das Wirken der PAX-Vereinigung und das der durch sie organisierten Bewegung der sozial fortschrittlichen Katholiken — haben die polnischen Katholiken mit überwiegender Mehrheit ihre früher konservative Einstellung zu sozialen Angelegenheiten gewandelt. Naturgemäß gibt es sehr mannigfache Abstufungen dieses Sozialgefühls, und sie reichen von einer Einstellung, deren Formulierungen die Grenzen der päpstlichen Enzykliken nicht überschreiten, bis zur Bejahung sozialistischer Lösungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Man darf nicht vergessen, daß vor dem Kriege von 1939 Polen ein Land mit einer recht rückständigen Sozialstruktur war, daß sich damals eine gewisse Aushöhlung des polnischen Katholizismus durch deutliche konservative Tendenzen zeigte und daß unmittelbar am Ende des zweiten Weltkrieges die überwiegende Mehrheit des Volkes, also auch die der Katholiken, grundsätzlich negativ zu der sich entfaltenden Revolution stand. Hätten in der Zeit seither die Menschen diese Evolution nicht durchgemacht, würde sich die Lage in Polen während des Oktober-Umbruchs sicherlich anders gestaltet haben.

Hier muß auch auf die gegen die PAX-Vereinigung gerichtete Pressekampagne hingewiesen werden, die mit den Ereignissen des Oktober einsetzte. Sie erscheint als widersinnig im Lichte dessen, was soeben über den Sieg der von der PAX-Vereinigung propagierten Thesen vom sozialen Radikalismus im Bewußtsein der Katholiken gesagt worden ist. Zur Klärung dieser Frage ist es notwendig, an einige Tatsachen zu erinnern.

Vorab ist festzuhalten, daß in der Zeit vor dem Oktober die innerkatholische Situation nicht normal war. Das Fehlen vieler führender Katholiken im politischen Leben beruhte entweder auf den Maßnahmen der damaligen volkspolnischen Behörden, die viele dieser Persönlichkeiten ausschalteten oder verhafteten, oder auf deren persönlicher Einstellung (bzw. auf beiden Motiven). Infolgedessen wurde die PAX zum einzigen aktiv wirkenden katholischen Zentrum. Nach erfolgter Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens entstanden neue katholische Zentren. Von ihnen muß besonders die Initiative der ersten Redaktion im Krakauer „Tygodnik Powszechny" (Allgemeines Wochenblatt) erwähnt werden und die des in ihr mitwirkenden Warschauer Schriftstellers Jerzy Zawieyski, weil

beide bestrebt waren, ihre Sonderstellung gegenüber der PAX hervorzuheben. Es hat aber den Anschein, als ob in dem Maße, wie sich die politischen Verhältnisse des Landes normalisieren, diese Gruppe es für nicht mehr notwendig erachten wird, ihre besondere Haltung zu betonen.

Der grundsätzliche Angriff jedoch gegen die PAX-Vereinigung ist von den marxistischen Zeitungen geführt worden — aber es ist unverhältnismäßig viel leichter, die Ursache dafür aufzuzeigen. Es sieht so aus, als ob gewissen doktrinär marxistischen Kreisen daran gelegen hätte, das Wachstum des einzigen politischen katholischen Faktors unter den neuen und liberaleren Verhältnissen zu verhindern, weil ihnen das als gefährlich erschien. Diese Befürchtung hat offenbar die Grundlage der ganzen Kampagne gebildet, doch sieht es so aus, als wenn diese Furcht mit der Zeit immer mehr verschwinden will.

Abschließend bleibt die Frage zu beantworten, welche Zukunftsperspektiven für den Katholizismus und für die Katholiken jetzt erkennbar sind. Prophezeiungen und detaillierte Voraussagen sind unmöglich. Die Pessimisten verweisen darauf, daß trotz der jetzigen sozialistischen Liberalisierungspolitik die PVAP nicht aufgehört hat, eine marxistische Partei zu sein, was späterhin zu Schwierigkeiten im Zusammenleben mit einer so ansehnlichen Macht wie der katholischen Kirche Polens führen kann. Demgegenüber meinen die Optimisten, daß der Gang der Entwicklung im Rahmen von Gesetzlichkeit und Toleranz sowie der Aufbau dessen, was allgemein als „polnischer Weg zum Sozialismus" bezeichnet wird, die Aussichten der Kirche ständig verbessern werden. Wie immer, wird wohl die Wahrheit in der Mitte liegen. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gläubigen und Glaubenslosen, zwischen Staat und Kirche werden sicherlich von Zeit zu Zeit ernsthafte Schwierigkeiten hervorrufen. Andererseits aber muß — angesichts des entschiedenen Willens der Katholiken wie der kirchlichen Hierarchie, zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse und zur Entfaltung der Wirtschaft beizutragen — dieser Beitrag von den marxistischen Regierenden berücksichtigt werden und sich als Verbesserung der Aussichten für die Katholiken auswirken.

Es geht also um die Lösung des Problems, daß auf der einen Seite die Haltung der katholischen Bevölkerung Polens in sozialen Fragen ständig fortschrittlicher werde, auf der anderen die Praxis einer wirklichen Toleranz sich immer weiter ausbreite. Da sich gegenwärtig beide Prozesse positiv entwickeln, blickt die katholische Öffentlichkeit vertrauensvoll in die Zukunft, um so mehr, als sie selber entschlossen ist, aktiv zum Fortschreiten dieser Entwicklung beizutragen.

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

2. Brief:

Im Namen des Volkes!

Jugenheim (Bergstraße), im Februar 1957

Mein Lieber,

ich sage Dir: ich komme zu Dir als einer derer, die Dich gewählt, Dich in den Bundestag gesandt und somit Dir das Mandat, den „Auftrag", den „Befehl" gegeben haben. Wie konnte es in diesen zehn Jahren zu dieser Bankrotterklärung jeglicher christlicher Politik kommen? Denn daß Deutschland in eine Wiederaufrüstung und eine Wiederaufrichtung der allgemeinen Wehrpflicht von Euch hineingeschleust wurde, ist ein offenkundiger Bankrott jeder christlichen Politik. Darüber bist Du Dir doch wohl klar —? Schiebe die Schuld nicht auf die bösen anderen! Mache es Dir nicht so bequem wie jener Kardinal, der die erste Predigt vor Offizieren der neuen Bundeswehr hielt und dabei meinte, so lange die bösen anderen nicht abrüsten, müßten wir eben . . . ! Nun, eben das zu verhindern, wäre ja gerade die Aufgabe einer sich christlich nennenden Politik gewesen — wozu braucht man Christen in der Politik, wenn sie das nicht zu erwirken trachten! Die Schuld dieses Versagens tragen eindeutig die Christen, trägt eindeutig jetzt, in den Jahren seit 1945/46, die Partei der CDU/CSU, die wenigstens vor Christus die Ehrfurcht hätte aufbringen sollen, seinen Namen und sein Zeichen aus ihrem Namen zu streichen, ehe sie hingingen und ihn verrieten, IHN, der eindeutig gesagt hat:

beide bestrebt waren, ihre Sonderstellung gegenüber der PAX hervorzuheben. Es hat aber den Anschein, als ob in dem Maße, wie sich die politischen Verhältnisse des Landes normalisieren, diese Gruppe es für nicht mehr notwendig erachten wird, ihre besondere Haltung zu betonen.

Der grundsätzliche Angriff jedoch gegen die PAX-Vereinigung ist von den marxistischen Zeitungen geführt worden — aber es ist unverhältnismäßig viel leichter, die Ursache dafür aufzuzeigen. Es sieht so aus, als ob gewissen doktrinär marxistischen Kreisen daran gelegen hätte, das Wachstum des einzigen politischen katholischen Faktors unter den neuen und liberaleren Verhältnissen zu verhindern, weil ihnen das als gefährlich erschien. Diese Befürchtung hat offenbar die Grundlage der ganzen Kampagne gebildet, doch sieht es so aus, als wenn diese Furcht mit der Zeit immer mehr verschwinden will.

Abschließend bleibt die Frage zu beantworten, welche Zukunftsperspektiven für den Katholizismus und für die Katholiken jetzt erkennbar sind. Prophezeiungen und detaillierte Voraussagen sind unmöglich. Die Pessimisten verweisen darauf, daß trotz der jetzigen sozialistischen Liberalisierungspolitik die PVAP nicht aufgehört hat, eine marxistische Partei zu sein, was späterhin zu Schwierigkeiten im Zusammenleben mit einer so ansehnlichen Macht wie der katholischen Kirche Polens führen kann. Demgegenüber meinen die Optimisten, daß der Gang der Entwicklung im Rahmen von Gesetzlichkeit und Toleranz sowie der Aufbau dessen, was allgemein als „polnischer Weg zum Sozialismus" bezeichnet wird, die Aussichten der Kirche ständig verbessern werden. Wie immer, wird wohl die Wahrheit in der Mitte liegen. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gläubigen und Glaubenslosen, zwischen Staat und Kirche werden sicherlich von Zeit zu Zeit ernsthafte Schwierigkeiten hervorrufen. Andererseits aber muß — angesichts des entschiedenen Willens der Katholiken wie der kirchlichen Hierarchie, zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse und zur Entfaltung der Wirtschaft beizutragen — dieser Beitrag von den marxistischen Regierenden berücksichtigt werden und sich als Verbesserung der Aussichten für die Katholiken auswirken.

Es geht also um die Lösung des Problems, daß auf der einen Seite die Haltung der katholischen Bevölkerung Polens in sozialen Fragen ständig fortschrittlicher werde, auf der anderen die Praxis einer wirklichen Toleranz sich immer weiter ausbreite. Da sich gegenwärtig beide Prozesse positiv entwickeln, blickt die katholische Öffentlichkeit vertrauensvoll in die Zukunft, um so mehr, als sie selber entschlossen ist, aktiv zum Fortschreiten dieser Entwicklung beizutragen.

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

2. Brief:

Im Namen des Volkes!

Jugenheim (Bergstraße), im Februar 1957

Mein Lieber,

ich sage Dir: ich komme zu Dir als einer derer, die Dich gewählt, Dich in den Bundestag gesandt und somit Dir das Mandat, den „Auftrag", den „Befehl" gegeben haben. Wie konnte es in diesen zehn Jahren zu dieser Bankrotterklärung jeglicher christlicher Politik kommen? Denn daß Deutschland in eine Wiederaufrüstung und eine Wiederaufrichtung der allgemeinen Wehrpflicht von Euch hineingeschleust wurde, ist ein offenkundiger Bankrott jeder christlichen Politik. Darüber bist Du Dir doch wohl klar —? Schiebe die Schuld nicht auf die bösen anderen! Mache es Dir nicht so bequem wie jener Kardinal, der die erste Predigt vor Offizieren der neuen Bundeswehr hielt und dabei meinte, so lange die bösen anderen nicht abrüsten, müßten wir eben . . . ! Nun, eben das zu verhindern, wäre ja gerade die Aufgabe einer sich christlich nennenden Politik gewesen — wozu braucht man Christen in der Politik, wenn sie das nicht zu erwirken trachten! Die Schuld dieses Versagens tragen eindeutig die Christen, trägt eindeutig jetzt, in den Jahren seit 1945/46, die Partei der CDU/CSU, die wenigstens vor Christus die Ehrfurcht hätte aufbringen sollen, seinen Namen und sein Zeichen aus ihrem Namen zu streichen, ehe sie hingingen und ihn verrieten, IHN, der eindeutig gesagt hat:

Wer zum Schwerte greift, wird durch das Schwert umkommen!

und der seiner Kirche jedes andere Beispiel gegeben hat, nur nicht das eines Armeebischofs im Dienste des Pontius Pilatus.

Man soll den Namen nicht eitel nennen.

Doch darüber werden wir noch viel miteinander zu reden haben. Vorweg dieses eine:

Alle Gesetze werden verkündet mit den Worten: Im Namen des Volkes!

Bist Du Dir darüber klar, was das heißt? Nichts kann Gesetz werden und nichts darf Im Namen des Volkes verkündet werden, was das Volk nicht will: denn der Abgeordnete ist ja nur Mandatsträger, ist ja nur jemand, der einen Auftrag, einen Befehl empfing, nicht aber ist er der Inhaber einer Blanko-Vollmacht, die ihm auch ermöglichte, seine Stimme, die ja des Volkes Stimme ist und bleiben muß, einem Gesetzesantrag zu geben, der g e g e n den Willen, gegen den e i n d e u t i g e n Willen derer ist, die ihm das Mandat gaben.

Nun ist es doch eindeutig bei der Wiederaufrüstung und bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht so, daß Abgeordnete der CDU in krassestem Widerspruch zur Mehrheit des deutschen Volkes und zur Mehrheit der Bevölkerung dieses Not-Staates Bundesrepublik ein höchst verhängnisvolles Gesetzeswerk in Kraft gesetzt haben und daß der Bundespräsident dieses Gesetzeswerk verkündet hat — im klaren Bewußtsein, daß hier die Worte „Im Namen des Volkes" der Wahrheit nicht entsprechen. Nein, das war n i c h t w a h r! Das war L ü g e!

Wohin kommen wir, wenn die Mandatsträger sich vom Willen des Volkes unabhängig machen und gegen den eindeutigen Willen des Volkes Gesetze schaffen! Das ist Staatsstreich! Das ist Umsturz des Volkswillens! Das ist der Sturz der Demokratie! Das ist die Errichtung einer Parteiendiktatur!

Sage nicht, es ginge nicht nur um das Gewissen Deiner Wähler (die Du verraten hast), Du hättest gehandelt nach D e i n e m Gewissen! Dein Gewissen kann, wenn es mit dem Deiner Wähler nicht mehr übereinstimmt, Dich nur ermächtigen, das Dir verliehene Mandat zurückzugeben, aber niemals darf das Gewissen eines Einzelnen das der Vielen vergewaltigen.

Und schon hören wir eine seltsame, pseudodemokratische These, mit welcher gewisse demokratisch gewählte Parlamentarier sich diktatorisch gebärden und der schwersten Verletzung ihrer Pflicht — nämlich in allem den Willen des Volkes zu respektieren — pfiffig eine erschlichene Rechtsgrundlage verschaffen wollen. Nach Pressemeldungen hat der Bundesminister Dr. v. Merkatz am 10. September v. Js. auf dem Landesparteitag der hessischen Deutschen Partei erklärt: „Es gibt kein Kriegsdienstverweigerungsrecht aus Gewissensgründen! Das Gewissen lügt!", und weiter soll er hinzugefügt haben, den Wählern könne das Urteil über die großen Probleme wie z. B. die Wehrpflicht nicht überlassen werden, das müsse zum Selbstmord des Staates führen.

Das sagt ein demokratisch gewählter Abgeordneter, ein nach demokratischen Vorschriften zu seinem Amt gelangter Minister in der demokratischen Bundesrepublik — und es entsteht k e i n Sturm, der diesen Bundesminister hinwegfegt! Nicht im Volk und nicht im Parlament. Ganz ruhig geht alles seinen Gang weiter, als verberge sich in solchen Worten nicht ein mörderischer Anschlag auf das gemeine Wohl, als habe ein belangloser Schwätzer das nebensächlichste Zeug dahergeredet, als sei das Volk der Meinung: Politiker darf man nicht sehr ernst nehmen, so etwas schwätzt viel und von Berufs wegen. Nein, dahinter steht eine tiefernste Not, an der ein Volk zugrunde gehen kann und nicht nur zugrunde gehen kann, sondern in der Tat zugrunde geht.

Betrachtet man unsere Parlamente aus der Nähe, sind sie nichts geistig Imponierendes. Die einzelnen Abgeordneten sind meistens als Vertreter irgendwelcher Interessen kleinerer oder größerer Gruppen dort hineingelangt, und in den meisten Fällen werden die Parlamente überfordert, wenn wir die einzelnen Abgeordneten betrachten. Edgar Jung — der in den Tagen des sog. Röhm-Putsches von 1934 in den Berliner Gestapo-Kellern verblutete — schrieb nach dem ersten Weltkrieg im Hinblick auf die bei uns rasch üblich gewordene „Demokratie" ein Buch mit dem bösen Titel „Die Herrschaft der Minderwertigen". Ich möchte mich von diesem Titel ausdrücklich distanzieren: ich habe unter diesen Abgeordneten gelebt, ich bin Jahre hindurch einer der Ihrigen gewesen und habe ihr Leben geteilt — ich kenne sie also, ihre Biederkeit wie ihre Unzuständigkeit in den großen Schicksalsfragen eines Volkes. Es ist diese herdenmäßige Zustimmung der Aufrüstungsabgeordneten im Bonner Parla-

ment etwas vom Deprimierendsten, was das politische Leben in der Zeit nach dem zweiten Weltkriege bietet. Ein Volk, dessen Politik auf so primitivem Niveau steht: so ohne jede Sicht der gewaltigen Umwälzungen, die sich vor unseren Augen in der gesamten Menschheit vollziehen, mit der Projizierung von Kriegervereins-Horizonten aus dem Jahre 1866 in das anhebende Atomzeitalter, als wäre nichts geschehen, als lägen nicht zwei Weltkriege hinter uns und als stände nicht die grausigste Bedrohung der ganzen Erde vor uns — — — das macht hoffnungslos. Was diese Ahnungslosen vollziehen, scheint uns die Lösung der Siegel im Buche der Apokalypse zu sein, die Selbstzerstörung des Menschengeschlechts durch seine harmlosesten und zugleich ahnungslosesten Funktionäre. Genau so, wie kleine Kinder, die über Streichhölzer geraten, eine Scheune anzünden und ein ganzes Dorf einäschern, können derartige Parlamente den Erdball mit allem Leben in die Luft sprengen.

Staat und Kirche sind gleichermaßen durch eine elementare Gefahr bedroht. Sie geben beide ihrem Funktionär, dem geringsten und einfältigsten Abgeordneten wie dem geringsten und einfältigsten Kaplan, die Möglichkeit, sich als „Staat" oder als „Kirche in Person" zu glauben und in dieser Überheblichkeit der Vertausendfachung seines Wesens, der Verhunderttausendfachung und Vermillionenfachung seines kleinen armseligen Wesens über die Millionen Schicksal zu verhängen. Sie, die in den seltensten Fällen imstande sind, die Prozesse zu erkennen, welche heute ganze Völker durchdringen, verflechten, sich voneinander abkehren oder sich zueinander hinwenden lassen, sie allein bestimmen, daß einem ganzen, in seiner Tagesarbeit dahintaumelnden Volk die Schweißtropfen seiner harten Fron, die zu Brot werden wollen und zu Haus und Hof für sie, für ihre Kinder und Kindeskinder — wieder weggenommen und als Milliarden in die Aufrüstung einer apokalyptischen Katastrophe geworfen werden!

Hier tut sich ein wahrhaft ungeheuerlicher politischer Abgrund auf, in dem keineswegs Verbrecher oder Lumpen, nein: lauter harmlose und brave, höchst biedere Leute die Moira der Apokalypse auslösen, indem sie eine Verantwortung auf sich nehmen, die sie gar nicht tragen können. Da können wir nur mit dem ersten Präsidenten des Parlaments von Weimar beten:

„Und nun empfehle ich das deutsche Volk der Barmherzigkeit Gottes!"

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärische Brennpunkte im Mittelmeer

Gedanken über Eisenhowers Nahost-Doktrin (I)

Von jeher ist das Mittelmeer mit seinen Anrainer-Gebieten ein politisches Spannungsfeld gewesen, in dem militärische Entscheidungen oft gestaltende Kräfte von geschichtlichem Ausmaß und für geschichtliche Dauer auslösten. Und in der Kriegsgeschichte besteht kaum noch ein Zweifel, daß die militärische Niederlage der Achsenmächte im zweiten Weltkrieg wesentlich mitbedingt war durch das dem „Feldherrn" Hitler vorzuwerfende Verkennen der militärischen Bedeutung dieses Meeresraumes.

Nun hat die leichtfertige und verfehlte Suez-Intervention der Engländer, Franzosen und Israelis im Spannungsfeld des Mittelmeeres neue militärische Brennpunkte geschaffen und alte, die bisher unter der Oberfläche schwelten, wieder aufflackern lassen, zumindest aber in ein neues Licht der Betrachtung gerückt.

Wir wollen zunächst die Brennpunkte im einzelnen betrachten und daran eine militärische Beurteilung der Gesamtlage im Mittelmeer anschließen, wie sie heute durch die Eisenhower-Doktrin ein neues Gesicht erhält.

Während der Suez-Krise tauchte das alte Problem Gibraltar auf, als spanische Flottenverbände ins Mittelmeer ausliefen, nicht nur, um den Arabern in ihrer Notzeit die traditionelle Sympathie Spaniens zu beweisen, sondern auch, um den ungebrochenen Anspruch Spaniens auf Gibraltar erneut zu betonen. Und zwar geschah das in einem ausgesprochenen Schwächemoment Englands und offenbar ohne Einspruch der USA, von denen die gesamte Wehrpolitik der Spanier abhängig ist.

Auch Malta hat seine Bedeutung im Mittelmeer während des Ägyptenkrieges blitz-

ment etwas vom Deprimierendsten, was das politische Leben in der Zeit nach dem zweiten Weltkriege bietet. Ein Volk, dessen Politik auf so primitivem Niveau steht: so ohne jede Sicht der gewaltigen Umwälzungen, die sich vor unseren Augen in der gesamten Menschheit vollziehen, mit der Projizierung von Kriegervereins-Horizonten aus dem Jahre 1866 in das anhebende Atomzeitalter, als wäre nichts geschehen, als lägen nicht zwei Weltkriege hinter uns und als stände nicht die grausigste Bedrohung der ganzen Erde vor uns — — — das macht hoffnungslos. Was diese Ahnungslosen vollziehen, scheint uns die Lösung der Siegel im Buche der Apokalypse zu sein, die Selbstzerstörung des Menschengeschlechts durch seine harmlosesten und zugleich ahnungslosesten Funktionäre. Genau so, wie kleine Kinder, die über Streichhölzer geraten, eine Scheune anzünden und ein ganzes Dorf einäschern, können derartige Parlamente den Erdball mit allem Leben in die Luft sprengen.

Staat und Kirche sind gleichermaßen durch eine elementare Gefahr bedroht. Sie geben beide ihrem Funktionär, dem geringsten und einfältigsten Abgeordneten wie dem geringsten und einfältigsten Kaplan, die Möglichkeit, sich als „Staat" oder als „Kirche in Person" zu glauben und in dieser Überheblichkeit der Vertausendfachung seines Wesens, der Verhunderttausendfachung und Vermillionenfachung seines kleinen armseligen Wesens über die Millionen Schicksal zu verhängen. Sie, die in den seltensten Fällen imstande sind, die Prozesse zu erkennen, welche heute ganze Völker durchdringen, verflechten, sich voneinander abkehren oder sich zueinander hinwenden lassen, sie allein bestimmen, daß einem ganzen, in seiner Tagesarbeit dahintaumelnden Volk die Schweißtropfen seiner harten Fron, die zu Brot werden wollen und zu Haus und Hof für sie, für ihre Kinder und Kindeskinder — wieder weggenommen und als Milliarden in die Aufrüstung einer apokalyptischen Katastrophe geworfen werden!

Hier tut sich ein wahrhaft ungeheuerlicher politischer Abgrund auf, in dem keineswegs Verbrecher oder Lumpen, nein: lauter harmlose und brave, höchst biedere Leute die Moira der Apokalypse auslösen, indem sie eine Verantwortung auf sich nehmen, die sie gar nicht tragen können. Da können wir nur mit dem ersten Präsidenten des Parlaments von Weimar beten:

„Und nun empfehle ich das deutsche Volk der Barmherzigkeit Gottes!"

General a. D. Dr. Franz Beyer

Militärische Brennpunkte im Mittelmeer

Gedanken über Eisenhowers Nahost-Doktrin (I)

Von jeher ist das Mittelmeer mit seinen Anrainer-Gebieten ein politisches Spannungsfeld gewesen, in dem militärische Entscheidungen oft gestaltende Kräfte von geschichtlichem Ausmaß und für geschichtliche Dauer auslösten. Und in der Kriegsgeschichte besteht kaum noch ein Zweifel, daß die militärische Niederlage der Achsenmächte im zweiten Weltkrieg wesentlich mitbedingt war durch das dem „Feldherrn" Hitler vorzuwerfende Verkennen der militärischen Bedeutung dieses Meeresraumes.

Nun hat die leichtfertige und verfehlte Suez-Intervention der Engländer, Franzosen und Israelis im Spannungsfeld des Mittelmeeres neue militärische Brennpunkte geschaffen und alte, die bisher unter der Oberfläche schwelten, wieder aufflackern lassen, zumindest aber in ein neues Licht der Betrachtung gerückt.

Wir wollen zunächst die Brennpunkte im einzelnen betrachten und daran eine militärische Beurteilung der Gesamtlage im Mittelmeer anschließen, wie sie heute durch die Eisenhower-Doktrin ein neues Gesicht erhält.

Während der Suez-Krise tauchte das alte Problem Gibraltar auf, als spanische Flottenverbände ins Mittelmeer ausliefen, nicht nur, um den Arabern in ihrer Notzeit die traditionelle Sympathie Spaniens zu beweisen, sondern auch, um den ungebrochenen Anspruch Spaniens auf Gibraltar erneut zu betonen. Und zwar geschah das in einem ausgesprochenen Schwächemoment Englands und offenbar ohne Einspruch der USA, von denen die gesamte Wehrpolitik der Spanier abhängig ist.

Auch Malta hat seine Bedeutung im Mittelmeer während des Ägyptenkrieges blitz-

artig aufleuchten lassen. Es diente damals den Engländern als Bereitstellungsraum für die zweite Welle ihrer militärischen Kräfte. Und da zeigten sich unter den bereitgestellten britischen Truppenverbänden Zersetzungserscheinungen, die sicherlich irgendwie mit den antienglischen Bestrebungen auf der Insel im Zusammenhang standen. Während meutereiähnliche Erscheinungen in den Kolonialkriegen Frankreichs eine beinahe alltägliche Erscheinung sind, waren die Vorfälle auf Malta und Zypern doch etwas der Mentalität englischer Soldaten durchaus Fremdes. Gewiß kennt die mehr freiheitliche Struktur der Disziplin in der britischen Wehrmacht nicht die straffen Formen wie etwa in Rußland oder Deutschland, daß aber die Vorfälle unter den Reservisten auf Malta und Zypern über das auch in England Gewohnte weit hinausgegangen sind, beweist das Eingreifen des damaligen britischen Ministerpräsidenten Eden in diese Angelegenheit. Er begnügte sich nicht mit der in solchen Fällen üblichen kriegsgerichtlichen Untersuchung, sondern ordnete die Bildung eines besonderen ministeriellen Untersuchungsausschusses an, der auch die Versorgung der Familien der Reservisten unter die Lupe nehmen sollte. Außerdem versprach Eden persönlich den von den Reservisten geforderten Urlaub und ihre Heimkehr bis zum Weihnachtsfest.

Ein weiterer militärischer Brennpunkt erster Ordnung ist der Balkanraum.

Als sich im April des Jahres 1949 die NATO bildete, beschränkte sie sich, abgesehen von dem als Vorposten zu wertenden Zypern, auf den mehr konsolidierten Westteil des Mittelmeeres und zog ihre Grenze entlang der Adria. Dadurch aber wurde die natürliche strategische Einheit des Mittelmeeres in zwei Teile zerschnitten, und die Länder der Ägäis wurden aus dem westlichen Militärpaktsystem ausgeklammert. Griechenland und die Türkei reagierten auf diese Konzeption der NATO mit Enttäuschung und Bestürzung, zumal ihnen die seit 1939 bestehenden Bündnisse mit England und Frankreich auch keinen genügenden Ersatz für die Schließung der aufgerissenen Lücke boten, eine Erkenntnis, die der Interventionskrieg in Ägypten durchaus bestätigte. Auch die amerikanische Truman-Doktrin vom 12. März 1947, die jeder angegriffenen Nation amerikanische Hilfe verheißt, und die das Weiße Haus auch im Suez-Konflikt warnend betonte, genügte dem griechischen und türkischen militärischen Schutzbedürfnis nicht. Denn sie ist nur ein einseitiges politisches Versprechen, wie sie seit dem ersten Weltkriege zu Hunderten abgegeben, aber nicht gehalten worden sind, jedoch kein rechtsverbindlicher Vertrag. Positiv im militärischen Sinne werten Griechenland und die Türkei lediglich die Anwesenheit der britischen Mittelmeerflotte und vor allem die der mit allen Mitteln der Atom-Schiffsartillerie und der Atom-Luftwaffe ausgerüsteten, auf Neapel basierten amerikanischen 6. Flotte, ferner den Ausbau eines Netzes von NATO-Flugzeugbasen, das von den Azoren über die nordafrikanische Küste bis nach Saudi-Arabien, dem Irak und der Türkei greift. Allerdings ist die westliche Vormachtstellung in der Luft wieder recht fraglich geworden, nachdem die amtliche Auswertung des im Juni 1956 durchgeführten Luftverteidigungs-Manövers des Südeuropakommandos der NATO vorlag. Aus diesem Manöver, das die Überprüfung der Luftverteidigung und überhaupt der NATO-Luftkriegsmöglichkeiten im Mittelmeerraume zur Aufgabe hatte und an dem die gesamten Luftverteidigungs-Organisationen von Frankreich, Italien, Griechenland, der Türkei und der britischen Insel Malta teilnahmen, ergab sich die eindeutige Feststellung, daß die technische Luftrüstung der westeuropäischen Staaten im Mittelmeerraum einem modernen Luftangriff aus dem Osten nicht gewachsen wäre.

Griechenland und die Türkei zogen aus allen diesen Erfahrungen die Lehre, daß sie ihre eigene militärische Kraft stärken müßten und alles daran zu setzen hätten, den „Ernstfall" im und am Mittelmeer überhaupt zu vermeiden.

Andererseits hatte man auf dem Balkan aus der Kriegsgeschichte ersehen, daß Hitler, bevor er 1941 in die Sowjetunion einfiel, zuerst Griechenland als Flankendeckung für diesen Stoß erobert hatte. Daraus folgerte man, daß ein sowjetischer Stoß nach Westeuropa auch vom Balkan ausgehen und bestrebt sein könnte, zuvor Griechenland militärisch auszuschalten. Ebenfalls in der Türkei ist die Furcht vor einem russischen Stoß nach Westen traditionell, man hat dort den historischen russischen Drang nach den Meerengen der Dardanellen und durch sie hindurch in die Ägäis in 21 Kriegen während der letzten beiden Jahrhunderte zur Genüge kennengelernt.

Im Hinblick auf solche Gefahren hat man weiterhin erkannt, daß eine militärische Zusammenarbeit Griechenlands und der Türkei mit Jugoslawien erforderlich ist; denn

ebenso, wie die Türkei zur Verteidigung der Meerengen der griechischen Flankendeckung an ihrer thrakischen Grenze bedarf, haben Griechenland und Jugoslawien im Wardartal ihre gemeinsame militärische Achillesferse. Wer diesen 370 km langen, westlich der jugoslawischen Stadt Skolpje entspringenden, durch Mazedonien fließenden und bei Saloniki ins Mittelmeer mündenden Balkanfluß in seinen Besitz gebracht hat, könnte nach dem deutschen Vorbilde von 1941 von diesem Flußtal her die griechische Front nach Süden, die jugoslawische nach Norden hin aufrollen, die Landverbindung zum albanischen Raume herstellen und so ein geeignetes Sprungbrett nach Italien finden.

Es zeigt sich also, daß gegen den Osten sich weder Griechenland noch die Türkei noch auch Jugoslawien allein verteidigen können. Sie müssen ihre gemeinsame Verteidigung so eng wie möglich koppeln, und das trotz der grundlegenden Verschiedenheit ihrer politischen Organisation: Griechenland ist eine konstitutionelle Monarchie, die Türkei eine demokratische Republik und Jugoslawien eine nationalkommunistische Diktatur. Daher ist es aus militärischen Gründen schon verständlich, daß die sowjetische Politik immer wieder Anstrengungen macht, Tito aus dieser Bundesgenossenschaft zu lösen und ihn ins östliche Lager zurückzuführen, und ebenso versteht man es, daß Tito dieses Werben von beiden Seiten zum eigenen Vorteil und zu dem seines Landes weidlich auszunutzen bemüht ist.

Auf Grund der soeben geschilderten militärischen Verhältnisse am Nordrande des Mittelmeeres gelang es der Initiative der griechischen Außenpolitik — hierbei nachdrücklich von der anglo-amerikanischen Diplomatie unterstützt — nach langwierigen Verhandlungen am 23. Februar 1953 in Ankara zunächst ein lockeres „Freundschaftsabkommen" zustandezubringen, das sich weiter zum B a l k a n p a k t entwickelte. Dieser errichtete am 7. November 1953 ein ständiges Sekretariat und wurde im Abkommen von Bled im August 1954 zu einer regelrechten M i l i t ä r a l l i a n z ausgestaltet. Als politisches Dach für dieses Militärbündnis Griechenlands, der Türkei und Jugoslawiens dient seit dem Januar 1955 ein parlamentarischer Ausschuß von je 20 Abgeordneten dieser Länder, der aber nur beratende Funktionen hat.

Der in der Öffentlichkeit nur wenig bekannte Balkanpakt (nicht zu verwechseln mit dem Bagdadpakt, auf den wir noch zu sprechen kommen) faßt nun die Wehrkraft von drei Völkern mit anerkannt guten militärischen Eigenschaften zusammen. Er umschließt 45 Millionen Menschen, die allerdings über einen Raum von zusammen etwa 1,16 Millionen qkm verteilt sind, was ungefähr dem gemeinsamen Raum Westdeutschlands, Frankreichs, Italiens, der Beneluxstaaten und der Schweiz entspricht. Im Frieden hat diese balkanische Militärallianz rund eine Million Soldaten unter den Waffen, im Kriegsfalle etwa 4 Millionen. An Ausbildung und Kampfmoral ist diese Balkan-Wehrmacht gut, ihre Ausrüstung ist durch amerikanische Lieferungen auf einen genügenden Stand gebracht worden, wenn auch noch ein fühlbarer Mangel an schweren Waffen für das Heer und an See- und Luftstreitkräften besteht.

Zweifellos ist die Verschiedenartigkeit des „inneren Gefüges" ein erheblicher Nachteil, der sich schon aus den voneinander abweichenden politischen Organisationsformen dieser drei Staaten ergibt. Ebenso nachteilig im militärischen Sinne ist die Divergenz in der Außenpolitik der drei Balkanpakt-Länder, die in absehbarer Zeit kaum auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden kann. Die Türkei, durch ein Bündnis mit Pakistan und dem Irak und damit indirekt mit dem Bagdadpakt verbunden, setzt ihren harten Kurs gegenüber der Sowjetunion fort. Jugoslawien treibt trotz seiner Annäherung an den Westen im Balkanpakt die immer mehr Bedeutung erlangende, von den Großmächten immer mehr anerkannte „bündnisfreie Politik" Nehrus (Neutralismus). Griechenland endlich wird durch die ungeschickte und intransigente Zypern-Politik Englands in eine immer deutlicher werdende Feindschaft zu London und damit auch zwangsläufig in eine gewisse Gegnerschaft zur NATO getrieben.

Immerhin hat der Balkanpakt auch heute noch eine ernsthafte Bedeutung für die Militärpolitik des Westens — andernfalls hätten die USA ihre finanzielle Unterstützung für unmittelbare und mittelbare militärische Zwecke dieses Paktes längst eingestellt. Offenbar erwartet der Westen von dieser Allianz folgendes: sie soll die Südflanke Europas und die Nordflanke des Mittelmeeres, ferner die des Nahen Ostens und auch Nordafrikas sichern sowie Italiens Stellung auf dem Lande abstützen, und außerdem bedroht sie aus dem jugoslawischen Raum heraus die Flanke eines sowjetischen Vorstoßes gegen West-

europa, und endlich rückt sie die wehrwirtschaftliche Achillesferse des Kolosses im Osten — die kaukasische Ölförderung, die mehr als die Hälfte der sowjetischen Rohölförderung ausmacht — näher in die Reichweite der westlichen Luftwaffe. Denn es ist klar, daß alle diese Militärpakte nicht nur der Verteidigung dienen, sondern bei passender Lage auch zu Instrumenten des Angriffs gemacht werden können.

Im Zusammenhang mit dem griechischen Partner des Balkanpakts muß nun auch auf einen weiteren militärischen Brennpunkt im Mittelmeer hingewiesen werden, nämlich auf Zypern.

Diese wegen ihrer Lage im Dreieck des Vorderen Orients militärisch besonders wichtige Insel, deren strategischen Wert gerade der Ägyptenkrieg besonders deutlich zeigte, gehört ethnologisch unbestreitbar zu Griechenland. Denn von den rund 500 000 Zyprioten sind 420 000, also rund vier Fünftel, Griechen, nur 17 v. H. Türken und der Rest Syrer und Juden.

1878 hatte der türkische Sultan unter der Drohung eines russischen Angriffs Zypern als Protektorat dem britischen Bundesgenossen unterstellt, sich aber ausdrücklich die eigentlichen Souveränitätsrechte vorbehalten. Die russische Gefahr ging damals vorüber — aber der Brite blieb, und er blieb bis heute. Die britische Besetzung Ägyptens 1882 machte Zypern als exzentrische militärische Basis für Großbritannien noch wertvoller. Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges proklamierte England gleich 1914 die volle Annexion der Insel und verlieh ihr den Status einer Kronkolonie. 1915 bot London den Griechen die Insel als Preis für ihren Kriegseintritt auf alliierter Seite an. Griechenland lehnte damals ab, trat aber dafür im zweiten Weltkrieg auf die Seite der Achsengegner, ohne aber als erwarteten Lohn die Rückgabe Zyperns zu erlangen.

Obwohl England diese Insel als Sicherung seines Seeweges nach Indien nach dessen Selbständigwerden nicht mehr braucht, hat es Zypern zu seiner Hauptbastion im östlichen Mittelmeer ausgebaut — und zugleich zu einem Hauptstützpunkt der NATO, nachdem britischerseits die Suezkanalzone als militärische Widerstandslinie hatte aufgegeben werden müssen. Vor allem aus diesen militärischen Erwägungen lehnte auch die konservative Regierung Englands bisher alle, bis in die jüngste Zeit hinein wiederholten Angebote Griechenlands ab, im Falle der Eingliederung Zyperns ins griechische Mutterland die britischen und NATO-Flotten- und Luftbasen auf der Insel zu belassen. Großbritannien besteht weiterhin auf seiner vollen außenpolitischen und militärischen Oberhoheit und will als äußerstes Zugeständnis den Zyprioten in einer Verfassung höchstens die beschränkten Rechte eigener innerer Selbstverwaltung geben. Besonders verbittert es die Griechen, daß London zwar den Sudanesen volle Selbstbestimmung zuerkannt hat, sie aber den politisch und kulturell ungleich reiferen Bewohnern Zyperns vorenthält. Griechenland hat deswegen den Zypern-Fall vor die Vereinten Nationen gebracht und ist in seinem Anliegen von den arabischen und asiatischen Staaten sowie von der UdSSR unterstützt worden.

So kann es nicht verwundern, daß Griechenland sich in der Suez-Krise eindeutig auf die ägyptische Seite stellte, mehrere Tausende von Freiwilligen zu Nasser entsandte und die starke griechische Kolonie in Ägypten sich anstandslos in die ägyptische Mobilmachung einfügen ließ.

Aber die militärische Bedeutung Zyperns für Griechenland einerseits, England und die NATO andererseits hat noch einen Aspekt, den man im modernen Kriege ganz besonders zu fürchten pflegt: Die Gefahr eines Bürgerkrieges. Der nationalgriechische Charakter der Bevölkerung und ihre ebenfalls nach der orthodoxen Mutterkirche Griechenlands orientierte Religiosität haben sich in der Enosis-Bewegung zusammengefunden, der Bewegung für die Vereinigung der Insel mit Griechenland. Sie reicht von dem jetzt durch die Briten unklugerweise auf die Seychellen verbannten Erzbischof Makarios — als Haupt der autokephalen Kirche der ungekrönte Stellvertreter des griechischen Königs — bis zu den zypriotischen Kommunisten. Und sie ist trotz der beim Anschluß zu erwartenden wirtschaftlichen Nachteile und aller „harten" oder „weichen" Gegenmaßnahmen des britischen Gouverneurs ungebrochen. Sie hat sich inzwischen von der Insel aus über ganz Griechenland ausgebreitet und im griechischen Volk warme Sympathie gefunden. Was man von ihr im Kriegsfalle erwarten kann, davon geben einen Vorgeschmack die sich häufenden Attentate auf britische und französische Soldaten, vor allem während ihrer Bereitstellung auf Zypern zum Angriff gegen Ägypten. (Forts. u. Schluß im März-Heft)

Wirtschaft

Kolonialismus über die Hintertreppe

Von der Montanunion, dem gemeinsamen Markt und Nordafrika

Leider nur sehr selten kommt man in die Versuchung, europäischen Außenministern Beifall zu zollen. Heute darf es einmal der Fall sein, wennschon dieses Lob auch nur befristet und unter Vorbehalt ausgesprochen werden kann.

Ende Januar haben in einem Schlößchen an der Peripherie Brüssels streng geheime Verhandlungen stattgefunden. Die führenden politischen Vertreter der Montanunion-Länder hatten sich versammelt, um die Probleme zu diskutieren, die mit der geplanten Schaffung eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Instanz zur friedlichen Nutzung der Atomkraft zusammenhängen. Wenn man den hinterher augegebenen Kommuniqués vertrauen darf, ist eine weitgehende Einigung erzielt worden, bis auf einen einzigen Punkt der Tagungsordnung — über den bald erneut verhandelt werden soll — und gerade die Tatsache, daß man sich in dieser einen Frage n i c h t hat einigen können, scheint für eine wachsende Einsicht bei den meisten Teilnehmern zu sprechen, daß daran einiges faul sei.

Dieses Teilproblem betrifft die projektierte Einbeziehung der überseeischen Besitzungen namentlich Frankreichs in den angestrebten gemeinsamen Markt, und dazu ist verschiedenes zu sagen.

I.

Die wesentlichen Reste des französischen Kolonialreiches liegen in der Sahara und um diese rd. 5 Mill. qkm große Wüste herum. Angesichts der ausgesprochen antikolonialistischen Auflösungserscheinungen, die in jüngster Zeit gerade Afrika erschüttern und ständig stärker zutage treten, hat sich die Regierung in Paris beeilt, einen seit langem ventilierten Plan zur Erschließung und Industrialisierung Französisch-Afrikas aufzustellen. Daß diese Erwägungen sich gerade jetzt zu einem sehr konkreten Projekt verdichtet haben, ist eine unbestreitbare Konsequenz einmal des in Algerien brennenden Aufstandes gegen die Kolonialherrschaft des französischen „Mutterlandes", zum anderen des völlig mißlungenen militärischen Abenteuers in Ägypten. Die Annahme des sog. Sahara-Statuts durch die Nationalversammlung und seine rasch folgende Ratifizierung in der letzten Dezemberwoche bedeuten, daß Frankreich seine letzte koloniale Karte ausgespielt hat: sie soll die „Sahara Française" nach Möglichkeit zu einem integrierenden Bestandteil unseres westlichen Nachbarn machen.

Und nun ist man bestrebt, alles zu vertuschen, was diese Absicht stören und vielleicht gar die zur geldlichen Beteiligung an diesem so „lukrativen Geschäft" eingeladenen Partner stutzig machen könnte.

So haben, um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, bereits Marokko und Tunis ihre Ansprüche auf die südlich an ihre Territorien angrenzenden Saharagebiete geltend gemacht und nachgewiesen, und daß die Angliederung Mauretaniens an Marokko gerade von Si Allal el Fassi gefordert worden ist, dem Chef der Istqlal-Partei, hat in Paris sehr verstimmt. Die Regierung ist gezwungen gewesen, auf die politische Vereinheitlichung dieses Riesenraumes zu verzichten und sich auf eine umfassende wirtschaftliche Aufschließung zu beschränken, obschon in der stillen Hoffnung, den (nur vertagten) politischen Schritt dann eben n a c h dem wirtschaftlichen tun zu können.

Und warum diese Jagd nach noch mehr Sand, Steinen und Felsen —?

Diese für weiße Menschen fast unzugänglichen Gebiete, die nur von wenigen nomadisierenden Tuaregs, Hoggars, Ajjers Tubus oder Mauren bewohnt werden, bergen unermeßliche Reichtümer an Eisen, Kupfer, Mangan und Uran, vor allem aber an — Öl. Eine einzige Hubschrauberforschung fand die auf 1,5 Mill. t Mächtigkeit geschätzten Manganvorkommen von Guettara, während fast gleichzeitig bei Gara Djebilet über 40 km weit sich erstreckende Eisenerzlager entdeckt wurden, die mit 3 Milliarden t zu den reichsten der Welt gehören. Kupfer bei Djebel Sahrom, Blei bei Taouz, verkokungsfähige Kohle nahe Béchar (einige Hunderte von Millionen t!), neue

Fundstätten von Anthrazit und Eisenerz — — und doch sind das alles nur „kleine Fische" gegenüber den unvorstellbaren Mengen von Öl, auf denen weite Saharabezirke förmlich schwimmen! Edjele, Hassi Messaoud, Tuat: das sind heute noch unbekannte Namen, aber sie können vielleicht schon morgen oder übermorgen wichtiger sein als Kirkuk und Kuweit. Und die bereits jetzt sicher festgestellten Erdgasvorkommen enthalten Milliarden Kubikmeter.

Die Planungsbüros der französischen Gesellschaften können kaum folgen mit dem, was man von ihnen verlangt: Trassierung und Bau von festen Wüstenstraßen, Errichtung oder Verlängerung von Eisenbahnen, Schaffung von Pipelines — etwa von Edjele nach Gabes und von Hassi Messaoud nach Sfax oder Bône am Mittelmeer, von Tuat nach Port Etienne am Atlantik — — — und das nur in e i n e r, der nördlichen Zone von Mauretanien bis zur libyschen Grenze.

II.

Zu dumm für die spekulativen Initiatoren, daß vom Politischen her die Dinge so gar nicht nach Wunsch gehen!

Da ist einmal die seit dem Ende November v. Js. angelaufene Räumung des Fezzan durch französische Truppen, über die man in den westeuropäischen Blättern kaum etwas gefunden hat. Es handelt sich dabei um die südlichste der drei Provinzen Libyens, die Verbindung der Cyrenaika und Tripolitaniens mit der Sahara, im Winter 1942/43 von General Leclerc auf seinem Kriegszuge vom Tschadgebiet gegen Rommels Afrikakorps besetzt und trotz der schon 1949 erfolgten Begründung des selbständigen Königreichs Libyen unter dem früheren Emir Edriss el Senussi noch volle sieben Jahre lang nicht geräumt. Bis jetzt. Und gerade gegenwärtig wäre es doch so angenehm gewesen, die im Fezzan festgestellten ungeheuren Ölvorkommen so ganz nebenbei mit erfassen und ausbeuten zu können, ganz zu schweigen von der erwünschten Zugabe, die wichtigste Wüstenpiste zwischen Ägypten und dem südlichen Algerien weiterhin kontrollieren zu können, die über Kufra nach In Sallah führt.

Hinzu kommt, daß auch die Tunesier immer weniger auf Vordermann zu bringen sind. Der großarabische Gedanke vom Maghreb, einem selbständigen Araberreich von Sollum bis Casablanca, also unter Einbeziehung Libyens, Tunesiens, Algeriens und Marokkos, erweist auch dort seine zündende Kraft, trotz der abwiegelnden und beschwichtigenden Politik der Regierung Burghiba, und man verrät den Franzosen kein Geheimnis mit der Feststellung, daß über tunesisches Gebiet den Freiheitskämpfern der F.L.N. (Algerische Befreiungsfront) wesentliche Hilfe geleistet wird.

Und Algerien ist und bleibt nun einmal der schwächste Punkt in der französischen Rechnung. Als sich mit ungeahnter Schnelligkeit die Nachricht verbreitete, daß Frankreich neue und sehr einschneidende Pläne in der nördlichen Sahara verfolge und mit den Dezembergesetzen dem Generalresidenten für Algerien weitere gewichtige Vollmachten zugedacht habe, flammte die nationale Empörung abermals hoch auf: denn für die Einwohner des algerischen Südens endet ihr Land ganz und gar nicht an der sehr fiktiven Verwaltungsgrenze, die irgendwelche Beamten irgendwann einmal auf der Karte gezogen haben. Und Uamran, der Kommandant der F.L.N.-Verbände in den kabylischen Bergen, antwortete mit der Bildung kleiner, sehr beweglicher Kommandogruppen, die sich nur nachts zu ihren Operationen auf den Weg machen, weswegen sie die Bevölkerung als „Engel der Nacht" bezeichnet und, soweit man französisch orientiert ist, fürchtet. Die Franzosen selber haben zugeben müssen, daß seit dem Dezember die Kämpfe an Härte und Umfang fühlbar zugenommen hätten, und sie haben bis auf den heutigen Tag noch kein Mittel gefunden, diesen blitzschnellen Vorstößen der algerischen Kommandos bis nach Algier und Constantine, ins Departement Oran und nach Bougie zu begegnen.

III.

Endlich aber hat eine sorgfältige Überprüfung der sich in Nordafrika eröffnenden wirtschaftlichen Aussichten und Möglichkeiten gezeigt, daß Frankreich einwandfrei außerstande ist, sie allein zu realisieren. Man braucht also Partner, wirtschaftlich und namentlich finanziell sehr potente Partner. Und was einst den englischen Kolonisatoren, die sich stets gern der Mission bedienten, um ökonomische Chancen in Übersee erkunden zu lassen, die bittere Kennzeichnung eingetragen hat „Sie sagen Christus und meinen Kattun", müßte man in der Gegenwart zutreffend dahin abwan-

deln: „Die Franzosen reden von sozialer Erschließung und meinen Erze und Öl" — denn genau das ist es, was hinter dem Plan der Montanunion steckt.

Die unter französischer Oberhoheit — bisher! — stehenden Riesenräume der Sahara mit ihren vorerst nur in Umrissen bekannten ungeheuren Rohstoffvorkommen verlangen Milliarden über Milliarden an Investitionskapitalien. In Paris hofft man da ganz zuversichtlich vor allem auf die Bundesrepublik, und man ist, wenn auch nicht sehr gern, bereit, in den sauren Apfel zu beißen und für entsprechende Summen einiges an Konzessionen usw. zu opfern. Im Namen des gemeinsamen Marktes, natürlich. Und selbstverständlich ist daran nicht etwa die französische Regierung interessiert, sondern die Montanunion, wie es sich genau so von selber versteht, daß man nicht mit der Tür ins Haus fällt und von riesenhaften Verdienstmöglichkeiten durch kolonisatorische Methoden spricht, sondern humanitäre Aufgaben vorschiebt.

Die finanzkräftigen Partner in der Montanunion — denn auch holländische und italienische, belgische und selbst luxemburgische Kapitalisten sind herzlich eingeladen — sollen mit ihrem Gelde helfen, Schulen und Krankenhäuser für die „Eingeborenen" zu bauen, Straßen und Häfen anzulegen, Kanäle zu graben usw., aber auch hie und da Bergwerke und Fabriken zu errichten und ähnliche Unternehmungen zu schaffen. Alles im Zeichen des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes in den „unterentwickelten Gebieten".

Eine verlockende Offerte, in der Tat, aber zugleich eine, die die größten politischen Gefahren in sich schließt. Und wenn, wie eingangs bemerkt, die beteiligten Außenministerien der Montanunionsländer nicht auf Anhieb Ja und Amen dazu gesagt haben, dann spricht das für ihre kluge Einsicht, daß man sich an diesem Geschäft ziemlich erheblich die Finger verbrennen könne, ja, höchstwahrscheinlich sogar kräftig versengen müsse.

Denn zumindest sehr bedeutende Teile des zur Ausbeutung vorgesehenen Raumes werden von Ländern und Völkern mit Recht beansprucht, die gewiß unter westeuropäischem Aspekt nicht auf unserer Zivilisationsstufe stehen, aber dafür vor aller Welt seit Jahr und Tag nachdrücklichst beweisen, daß sie in erster Linie f r e i sein wollen von jeder kolonialen Bevormundung, sie möge sich verbrämen oder tarnen wie auch immer. Und gerade dieses Moment sollte denkbar sorgfältig beachtet werden. Wenn ein europäisches Volk dem Schicksal dafür dankbar sein darf, daß es gegenwärtig nicht mehr mit den Verwünschungen ausgebeuteter und unterdrückter „Farbiger" bedacht wird, so ist es das deutsche, dem Versailles 1919 seinen Kolonialbesitz nahm.

Was damals als ein harter Verlust erschien, erweist sich heute, da so gut wie alle Völker nach Unabhängigkeit und nationalem Selbstbestimmungsrecht verlangen, als ein Gewinn und als ein in seiner wahren Bedeutung vielleicht noch kaum recht erkannter, geschweige denn genutzter Vorteil. Wir haben wirklich keine Veranlassung, ihn für ein womöglich noch so verlockend serviertes Linsengericht vorübergehender oder wahrscheinlicher „Gewinne" aus der Hand zu geben. Wir, und gerade wir, können es uns nicht leisten, das Wohlwollen und die moralische Unterstützung junger Staaten oder organisatorisch noch nicht gefestigter Völker leichtherzig auszuschlagen, weil vielleicht interessierte Unternehmerkreise ein paar große Geschäfte „mitnehmen" möchten . . ., denn niemand von uns weiß, wie wichtig uns vielleicht schon bald im politischen Bereich die Ja-Stimmen arabischer Länder sein können.

Und darum wird Herr v. Brentano klug daran tun, sich klarzumachen — wenn er demnächst die abschließenden Verhandlungen über den gemeinsamen Markt für die Bundesrepublik wahrnimmt —, daß keine geschäftliche Lockung groß genug sein darf, um Deutsche mit dem Makel zu belasten, sie hätten die Hand dazu geboten, den überlebten Kolonialismus direkt oder indirekt zu stützen, wie es Frankreich auf dem Umweg über die Montanunion versucht.

Jean-Baptiste Passeur, Paris
Werner Moldenhauer, Kairo

Berichte und Briefe aus dem Ausland

Zu wenig und zu spät

Ein britischer Vorschlag zur kolonialen Selbstverwaltung

Lauter und dringender als je zuvor wird an die Tore der Kolonialmächte gehämmert: immer neue Völker und Stämme melden ihre Grundrechte auf Selbstbestimmung und Freiheit an, und oft genug wird diese Forderung vom Geklirr der Waffen begleitet.

Nun geht niemand gern aus seinem Hause, das er sich behaglich eingerichtet hat, gibt kein Land gern Besitztümer auf, die seinen Wohlstandsindex und seine Handels- und Zahlungsbilanzen so angenehm auf der Haben-Seite beeinflussen . . . und so versucht beispielsweise Frankreich alles, die Reste seines nordafrikanischen Kolonialbesitzes notfalls auch durch die Hilfe von an sich wenig beliebten Wirtschaftspartnern wie der Bundesrepublik zu halten. Nicht anders ist es um Großbritannien bestellt, wenn man auch in London versteht, dank jahrhundertelanger Praxis weniger Lärm aufkommen zu lassen oder die entstandene Unruhe besser zu dämpfen.

Aber dieser Lärm und diese Unruhe sind da, und sie bereiten nicht nur in den Amtsstuben des Kolonialministeriums schwere Sorgen, während die breite Öffentlichkeit hofft, die bewährte Methode des muddling through, des Sichdurchwurstelns, werde auch diese Schwierigkeiten meistern.

So hat der berühmte „Mann auf der Straße" auch kaum Notiz von einem Buche genommen, das bei aller Beschränkung auf ein koloniales Teilgebiet und Teilthema, nämlich das der künftigen Verwaltung von Kenya, den Finger in die immer schwärende Wunde aller britischen (sowie französischen, belgischen usw.) Kolonialherrschaft legt. Es handelt sich dabei um Lord Altrichams „Kenya's Opportunity".

Der Verfasser ist, damals noch Sir Edward Grigg, von 1925 bis 1930 britischer Gouverneur für Kenya gewesen, und er hat erkannt, daß viele Ursachen für den Mau-Mau-Aufstand und für ähnliche Erscheinungen in der überkommenen Vorstellung liegen, man könne Afrika dadurch entwikkeln, daß man seinen Einwohnern „konstitutionelle Maßanzüge" liefere. Parlamentarische Regierungsformen und westliche Wahlsysteme kurzerhand auf Buschstämme zu übertragen, sei so nützlich wie ein Tanz um Totem-Pfähle und enthalte soviel an politischer Vernunft wie die Einfuhr von Kinderluftballons oder Speiseeis für die Eingeborenen . . .

Lord Altricham stellt sehr richtig fest, daß es nicht „den" Neger und nicht „den" Afrikaner gibt, sondern eine Unzahl afrikanischer Völker mit gewaltigen Unterschieden in Rasse, Sprache und Religion. Darauf aber habe die europäische Kolonisierung absolut keine Rücksicht genommen, sondern die meisten Völker sinnlos zerrissen, womit überall neben ganzen Stämmen auch starke Splitter anderer in den Einwohnern unverständlich gebliebene Grenzen gezwungen wurden, so daß, wenn sie frei entscheiden könnten, durchweg sehr bald Parolen von Wiedervereinigung und Anschluß verwirklicht würden. Zwei Beispiele des Autors mögen folgen: „Die europäisierte G o l d k ü s t e ist in keiner Weise eine demokratische Konstruktion und wird auch keine politische Einheit bleiben. N i g e r i a wird ebenso unfehlbar auseinanderbrechen, wenn wir glauben, es gebe ein ‚nigerisches' Volk, und daraus einen Einheitsstaat mit einer machtvollen zentralen Gesetzgebung machen . . ."

Derlei könnte niemals ein Anreiz für die wirklich besten Häuptlinge oder Stammesältesten sein, sich für die Verwaltung dieser gewaltigen Gebiete zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sehe in Afrika jeder weiße Mann und jede weiße Frau „mit auch nur soviel Verstand wie ein Kaninchen", wohin die bisherige Verwaltungs-„kunst" der Weißen führe: zur Zerstörung des natürlich kraftvollen und primitiv demokratischen Stammeslebens und zur Heraufführung einer afrikanisch-kommunistischen Einparteienherrschaft. In gleicher Richtung wirke die Beseitigung der organisch gewachsenen Systeme von ursprünglichem Bodenbesitz zugunsten einer denkbar unzweckmäßigen neuen Bodenverteilung.

Als Musterbeispiel für Prinzipien, die auch in Afrika nutzbringend anzuwenden wären, führt der Verfasser die Schweiz an und sagt in diesem Zusammenhange: sie

habe die überlegene Vernunft bewiesen, „nicht die Regierungsgewalt zu zentralisieren, sondern im Gegenteil der Zentralregierung nur das absolute Minimum an Befugnissen zu geben, das jede verfassungsmäßige und nationale Einheit haben muß, um sich zu erhalten. Das absolute Minimum ist ebenfalls den Kantonen belassen, und das Schwergewicht liegt bei den sich selbst verwaltenden Gemeinden. Der andere Schlüssel ist ein System, nach dem das Ackerland besessen und beherrscht wird. Jedes Stück schweizerischen Landes, das anbaufähig ist, befindet sich in der Hand kleiner Bauern, die auf dem Lande und von dem Lande leben. Jedes kleine Stück Land in den Alpentälern und auf den Bergweiden gehört einem Bauern und ist faktisch unveräußerlich. Keiner, nicht einer auf tausend, will es verkaufen, und keiner kann es verkaufen, wenn die Gemeinde nicht zustimmt. Das Ergebnis ist ein System örtlicher Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, wie es kein anderes Volk im Westen erreicht hat. Es gibt keinen demokratischeren Staat in der freien Welt als die Schweiz, aber kein Haus ihres Zentralparlaments ist direkt von der örtlichen Wählerschaft oder mit einer gemeinsamen Wahlliste gewählt."

Selbstverständlich will Lord Altricham keine schematische Übernahme des Exempels Schweiz auf Afrika. Wohl aber dürfte es ganz richtig beobachtet sein, wenn er vorschlägt, anstelle der bisherigen Einheitsverwaltung von oben nach unten eine Art Selbstverwaltung von unten nach oben einzurichten (ähnlich wie Gemeinde- und Kantonalverwaltung der Schweiz aufgebaut), dafür aber die alten Stammesbezirke zu benutzen und weitgehend auch das herkömmliche Bodenrecht wiederherzustellen. Afrikanische Kantone sollten möglichst von jeweils einem Stamme gebildet werden und abberufbare Vertreter in ein Zentralparlament mit beschränkten Befugnissen entsenden. Damit könnte Großbritannien wesentliche Schwierigkeiten in seinen Kolonien beheben.

Gewiß wird man den Gedanken und Anregungen dieses britischen Kolonialfachmannes das Prädikat kühn, eigenwillig oder selbständig nicht versagen können, und dennoch gehen seine Vorschläge von einer falschen Voraussetzung aus. Gewiß, etwa Nigeria „ist eine genau so künstliche Schöpfung wie die Schweiz. Seine Völker sind geteilt wie die Schweiz, unterschieden durch Religion, Rasse, Brauch und Lebensbedingungen, und ihr Interesse beschränkt sich auf ihre Stammesangelegenheiten oder bestenfalls auf die Provinz, zu der sie gehören" — aber trotzdem ist es utopisch, zu hoffen, eine neue Form von Kolonialverwaltung könne den afrikanischen Völkern helfen, so friedlich unter englischer, französischer usw. Hoheit zusammenzuleben wie Deutsche, Franzosen und Italiener in der Schweiz. Auch „eine Minderheit von Afrikanern, von der wir naiv annehmen, daß sie unsere Auffassung teilt", reicht einwandfrei nicht mehr hin, das in seinen Grundfesten erschütterte Haus westlicher Kolonialherrschaft zu stützen. Denn wenn der einstige Gouverneur von Kenya warnt: „Afrikas eingeborene Demokratie dadurch zu zerstören, daß man europäische Keile in ihre afrikanischen Stammeswurzeln treibt, führt nicht zum Triumph des westlichen Christentums, sondern des Kommunismus", so sind diese Keile nicht ein falsches Wahlrecht für die Eingeborenen und nicht die Zerschneidung ihrer Stammesgrenzen, sondern der an ihrer Freiheit begangene Raub ebenso wie die Wegnahme ihres Bodens durch Plantagengesellschaften, die Zerschlagung ihres Weltbildes durch artfremde religiöse Vorstellungen und die Abschaffung ihrer dörflichen Häuptlingsverfassungen. „Die große Mehrheit der Afrikaner in die Lage versetzen, sich selber in der Art zu regieren, die sie sich selber wünschen", ist nicht mehr mit noch so gut gemeinten Verwaltungsreformen möglich.

Hier irrt Lord Altricham genau so gründlich, wie es seine noch heute amtierenden Kollegen in London und Paris tun. Die verschiedenen Nationalitäten der Schweiz haben sich nämlich f r e i w i l l i g zusammengeschlossen, die Stämme und Völker Nigerias, der Goldküste usw. hat man unter das koloniale Joch g e z w u n g e n. Und nun erhebt sich auch in Afrika der Ruf der Freiheit immer lauter, manifestiert sich der Willen zur Unabhängigkeit ständig deutlicher, und diese Freiheit, diese Unabhängigkeit sind absolut unvereinbar mit irgendeiner politischen oder wirtschaftlichen Oberhoheit von weißen Beamten und Plantagenbesitzern.

Vor fünfzig Jahren vielleicht hätte die Verwirklichung des Programms von Lord Altricham einen wirklichen Fortschritt bedeutet — heute bietet es bei weitem zu wenig und auch das noch unwiderruflich zu spät.

John D. Fiddler, London

stellen. Bekanntlich weigerten sich die USA, als infolge der militärischen Aggression Englands, Frankreichs und Israels über Ägypten die Gefahr des Verlustes seiner nationalen Unabhängigkeit heraufzog, ihre Bemühungen mit der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen zu vereinen, um entschlossene Maßnahmen zur Abstellung der Aggression zu ergreifen. Die Hauptsorge der USA war nicht Verteidigung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit der arabischen Länder, sondern das Bestreben, sich die Schwächung Englands und Frankreichs im Nahen Osten zunutze zu machen, um ihre Positionen in die Hand zu bekommen.

Jetzt, wo eine günstige Lage im Nahen Osten entstanden ist und reale Möglichkeiten für die Festigung des Friedens und für die Regelung der ungelösten Fragen in diesem Raum bestehen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ein Programm verkündet, das die grobe Einmischung der USA in die Angelegenheiten der arabischen Länder bis zu militärischer Intervention vorsieht. Die aggressive Tendenz dieses Programms und sein kolonialistischer Charakter gegenüber den arabischen Ländern sind so offensichtlich, daß dies durch keinerlei nebelhafte Phrasen von Friedensliebe und Sorge getarnt werden kann, welche die USA für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens angeblich an den Tag legen.

Es ist zulässig, zu fragen, von was für einer Friedensliebe die Autoren der ‚Eisenhower-Doktrin' angesichts dessen sprechen, daß die Gefahr für die Sicherheit der Nah- und Mittelostländer gerade von den Partnerstaaten der NATO ausgeht, in welcher die USA die erste Geige spielen. Von was für einer Sorge für die genannten Länder ist die Rede, wo gerade die USA und ihre NATO-Partner diese Länder als Quelle strategischer Rohstoff- und Kapitalanlagesphären zwecks Herausholung von Höchstprofit betrachten? Ist es denn nicht klar, daß die ungebetenen ‚Verteidiger' der Nah- und Mittelostländer diesem Raum nichts anderes als das Regime eines militärischen Protektorats aufnötigen und die Entwicklung dieser Länder um viele Jahre zurückwerfen wollen?"

„Eine gefährliche Theorie"

Nehrus Antwort auf Eisenhowers Pläne

In einer großen außenpolitischen Rede vor dem indischen Nationalkongreß in Lakshmibainagar / Indore sagte Ministerpräsident Nehru u. a.:

„... Der Rückzug Britanniens hat in Indien kein Machtvakuum ausgelöst, weil das indische Volk einig und bereit war, die neuerrungene Freiheit zu verteidigen. Wir weisen darum auch die Theorie des ‚Machtvakuums' zurück, die von gewisser Stelle propagiert wird. Es handelt sich um eine gefährliche Theorie, die alle Länder bedroht, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt und die Freiheit erlangt haben. Was ist unter Machtvakuum überhaupt zu verstehen? In bezug auf Westasien besteht die Annahme, daß die Länder in diesem Teile der Welt — freie Länder — unter dem Einfluß fremder Mächte standen, der nunmehr ausgeschaltet ist. Diese Länder waren der Gnade der fremden Macht ausgeliefert. Die zweite Auslegung ist die, daß, sobald der Einfluß einer Macht ausgeschaltet ist, das so entstandene Vakuum von einer anderen fremden Macht gefüllt werden soll.

Die Theorie des Machtvakuums ist völlig falsch, da sie ein Wettrennen der Großmächte auslöst, die Einflußgebiete festigt und ausdehnt und die Unabhängigkeit der Länder innerhalb der Einflußsphäre zerstört. Wenn in Westasien wirklich ein Machtvakuum besteht, das ausgefüllt werden muß, so muß es durch die westasiatischen Völker selbst geschehen, durch ihre Macht, ihre Einheit und ihren Fortschritt. Das ist notwendig; denn wenn irgendeine Macht von außen her eingreift, so kann sie eine Zeitlang wertvolle Hilfe leisten, auf die Dauer wird sie jedoch Konflikte heraufbeschwören, und es wird kein Friede herrschen, sondern ein Wettkampf der fremden Mächte um die Vorherrschaft in diesem Gebiet.

Bei der Theorie des Machtvakuums gehen gewisse Kreise von der Annahme aus, daß es in diesem Gebiet einige schwächere Länder gebe. Warum sind Länder schwach? Weil ihre Wirtschaftslage schwach ist. Sie sind rückständig, es herrscht Armut. Wenn eine fremde Macht ein solches Land militärisch besetzt, so wird dadurch das Problem der Armut nicht gelöst. Die Armut, die Hauptursache für die Schwäche dieser Länder, bleibt weiterhin bestehen. Eine fremde Macht, die ein schwächeres Land besetzt, kann es für einige Zeit verteidigen, aber das Kernproblem der Armut und Schwäche kann durch militärische Unterstützung nicht gelöst werden.

Außenstehende geben solchen Ländern militärische Hilfe und Waffen. Millionen sind für die militärische Unterstützung ausgegeben worden, aber wenn ein Zehntel dieser Unterstützung darauf verwandt worden wäre, die Armut zu beheben und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, hätte sich heutzutage und vor unseren Augen das Gesicht der Welt zum Besseren gewandelt.

Der kalte Krieg breitet sich aus, und das ist sehr schlimm. Manchmal hatte ich das Gefühl, daß ein heißer Krieg besser sei als ein kalter. Ein heißer Krieg ist auch nicht gut, weil er Zerstörung mit sich bringt, aber die Menschen verstehen, was er bedeutet. Sie verstehen jedoch nicht diesen kalten Krieg, der Feindschaft, Rivalität und Bosheit in den Herzen der Menschheit erzeugt. Die Folge davon ist das Wettrüsten. Wie soll die Welt in dieser Atmosphäre des kalten Krieges gedeihen?

Indien hat darum immer seine Stimme für den Frieden erhoben."

„Keine Bedingungen ..."

Der syrische Außenminister Salaheddine Bitar hat kürzlich den Präsidenten der Republik Syrien auf dessen Indienreise begleitet und vor der Rückreise auf einer Pressekonferenz in Neu Delhi u. a. ausgeführt:

„Manche westlichen Staaten behaupten und sind bestrebt, es in die Welt hinauszuposaunen, daß der sowjetische Einfluß durch Infiltration seinen Weg in die Nahostländer gefunden habe. Diese Behauptung ist lediglich ein Vorwand für diese Staaten, sich in die inneren Angelegenheiten der Nahostländer einzumischen.

Syrien ist kein kommunistisches Land und steht daher dem Westen keineswegs feindlich gegenüber. Es will kein Werkzeug des Ostens gegen den Westen sein, so wie es kein Werkzeug des Westens gegen den Osten sein will.

Syrien befindet sich im wirtschaftlichen Aufbau und ist bereit, jede Hilfe — von welcher Seite auch immer — anzunehmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sie an keine politische Bedingung geknüpft ist.

Die beste Hilfe ist jene, die im Rahmen der Vereinten Nationen oder unter ihrer Aufsicht gewährt wird."

„Viele Gefahren ..."

Chinesische Journalisten richteten auf einer Ägyptenreise an den stellvertretenden Generalsekretär der Arabischen Liga, Dr. Bellama, Fragen zur Einstellung gegenüber der Eisenhower-Doktrin. Aus seiner Antwort zitieren wir:

„... Niemand kann den Nahen Osten besser verteidigen als seine eigenen Bewohner.

Die Eisenhower-Doktrin hat die Absicht, Nahost vor dem Kommunismus zu schützen. Aber der Kommunismus ist nicht die einzige Gefahr, die uns bedroht. Es gibt viele Gefahren, von denen die Doktrin nicht spricht. Sie hat z. B. den anglo-französischen und israelischen Angriff gegen Ägypten nicht erwähnt.

Die Eisenhower-Doktrin wird noch von den arabischen Staaten geprüft. Deshalb bin ich nicht in der Lage, irgendwelche verbindlichen Voraussagen zu machen. Fest steht jedoch, daß kein arabischer Staat irgendeine Doktrin oder einen Pakt annehmen wird, der seine Unabhängigkeit berührt ..."